

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechs-spaltige Kolonne  
 je oder deren Raum 40 Pfg., für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 30 Pfg. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr  
 vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Aul 1, Nr. 1506.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Sonntag, den 3. Oktober 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

### Grüß dem Parteitage!

Heute versammeln sich in Hamburg die Abgeordneten der deutschen Sozialdemokratie zu unserem jährlichen Parlament. Sie versammeln sich als Vertreter eines Staats im Staate — eines Staats, den die zielbewusste Arbeiterschaft sich im Schooße des Kapitalisten-Klassenstaats geschaffen hat, trotz des Widerstandes, trotz der wüthenden Angriffe der Feinde, und der trotz des Widerstandes, trotz der wüthenden Angriffe der Feinde wachsen und gedeihen wird, bis, aus ihm und aus den Bruderparteien der übrigen Klassenstaaten sich entwickelnd, auf den Trümmern der alten, gemeinschädlich und kulturwidrig gewordenen Welt des Kapitalismus die internationale Zukunftsgesellschaft des Sozialismus die Proletarier aller Länder im Bruderbunde der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit vereinigt.

In Hamburg tagt das Arbeiterparlament an denkwürdiger Stätte.

Hier war das erste Hauptquartier der neuen sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands. Hier wandten nach Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins die Arbeiter sich zuerst in Massen der Sozialdemokratie zu; und hier entstanden zuerst Massenorganisationen der Arbeiter — Organisationen, die bis zum heutigen Tag musterhaft geblieben sind, sowohl auf politischem wie auf gewerkschaftlichem Felde.

Der Saal, in welchem der Parteitag seine Sitzungen hält, sah vor annähernd 30 Jahren die erste sozialdemokratische Massenversammlung in Deutschland.

Hier in Hamburg wurde, als es galt, dem Strom der sozialistischen Bewegung ein breiteres Bett zu geben, den nationalen Gedanken zum internationalen zu erweitern, der sozialistische Internationalismus mit ebenso glühender Begeisterung aufgenommen, wie vorher der Sozialismus des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins; und nirgends ist die Verschmelzung der beiden sozialistischen Fraktionen lebhafter begrüßt, ehrlicher durchgeführt worden, als hier in Hamburg, das heute neben Berlin die vornehmste Hochburg der internationalen Sozialdemokratie Deutschlands ist.

Hier ist das klassische Schlachtfeld der organisierten Klassenkämpfe des Proletariats. Hier sind, mit dem Lauenstein'schen Streik in den sechziger Jahren beginnend, bis zum Ausstand der Hafenarbeiter im vorigen Jahr die hartnäckigsten, opferreichsten Kämpfe des Proletariats um bessere Lebensbedingungen gekämpft worden.

Hier sehen die Mitglieder des Parteitags noch die Spuren des vorjährigen Kampfes, hier wird ihnen frisch ins Gedächtnis gerufen, wie die Staatsgewalt die Eisenblase des „sozialen“ Staates, der über den Parteien thronen und den Schwachen gegen den Starken schütze, in alle Winde zerstäubte, und den Arbeitern, die noch an die Erlösung von oben geglaubt hatten, die eiserne Lehre der Internationalen Arbeiterassoziation einhämmerte:

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

Und ganz nahe bei Hamburg ist die Stätte, wo der Mann lebendig begraben liegt, der in verbrecherischer Thorheit sich vermaß, die deutsche Sozialdemokratie zu vernichten, weil sie sich nicht zu der niederträchtigen Rolle herbeiließ, zu Ruh und Frommen des preussischen Junkerthums die bürgerliche Freiheit niederzubeugen und dem deutschen Volk das Joch des rohesten Polizeis- und Kasernen-Sozialismus auf den Nacken zu heften.

Da liegt er, der in verrücktem Größenwahn meinte, mit den — freilich kolossalen — mechanischen Machtmitteln in seiner Hand die Sozialdemokratie überwinden zu können, — da liegt er überwunden, zerschmettert, verachtet, — ein warnendes Exempel für alle, die da sich einbilden, ihren persönlichen Willen der Menschheit als Gesetz vorzuschreiben und die ewigen Gesetze, nach welchen der menschliche Kulturfortschritt sich vollzieht, fälschen oder bengen zu können.

Die Delegirten unseres Parteitags können mit Stolz von sich, von unserer Partei sagen:

Wir sind es, die diesen verbrecherischen Thor besiegt haben! Und wir werden Jeden besiegen, der in seine Fußstapfen zu treten sich unterjängt.

So ist Hamburg für uns reich an fruchtbaren Lehren und Erinnerungen. Und auch die Umstände, unter denen der Parteitag heute zusammentritt, sind geeignet, unser Kraftgefühl und unser Siegesvertrauen noch zu stärken.

Welches Schauspiel bietet jetzt Deutschland, überhaupt die ganze sogenannte „zivilisirte“ Welt! Der Kapitalismus, dessen Lebensbedingung die Knechtung und Ausbeutung der Arbeit ist, wird mit der unaufhaltsamen Ausbreitung des Sozialismus von Tag zu Tag freizeitsfeindlicher, weil alle Freiheiten und Volksrechte dem Sozialismus zu gute kommen; von Tag zu Tag muß er, um seine Lebensbedingungen zu erfüllen, die Massen des Volkes härter bedrücken, schamloser ausbeuten, brutaler knechten — und so treibt er,

ein Theil der Reakt,  
 die stets das Böse will und stets das Gute schafft,  
 die Massen des Volkes von Tag zu Tag massenhafter dem Sozialismus in die Arme, den zu erdroffeln er in ohnmächtigem Grimm sich abquält.

Alles, was unsere Feinde im Dienste des Kapitalismus gegen die Sozialdemokratie unternehmen, schlägt so zu unseren Gunsten aus. Und je mehr unseren Feinden das Vergebliche ihres Bemühens aufdämmert, zu desto tollerem Schlägen holen sie aus in ihrer Blindheit, desto erfolgreicher arbeiten sie uns in die Hände.

Wohin wir blicken ins Lager unserer Feinde: die wütheste Verwirrung, blödes Gezeter, jämmerliche Rathlosigkeit, Fiasko über Fiasko.

Das Niesenfiasco der europäischen Staatsmannsjunft in der Schelmen-Romödie der orientalischen Frage. Das groteske Wettrennen vor dem Knuten-Bar in Petersburg, dessen barbarisches Regiment die letzte Hoffnung der bankrotten Staatskunst des Kapitalismus ist. Und in Deutschland: die Orgien des „ostelbischen“ Junkerthums, das den Staat als seine Domäne betrachtet und dessen edelstes Doppelstreben darauf hinausgeht, dem Volke „Liebesgaben“ aus der Tasche zu nehmen und einen Knebel in den Mund zu stecken, damit es der zubringlichen Gesellen sich nicht erwehren kann. Attentate über Attentate gegen das allgemeine Wahlrecht, gegen das Vereinsrecht, gegen das Koalitionsrecht. Unter verlogenem Beschrei gegen den „Umsturz“ zynische Fälschungen zum Umsturz der Verfassung, zur Vorbereitung des Staatsstreichs — schmuckige Intrigen, wie sie im Ledert-Lühow-Tausch-Prozeß ans Tageslicht gezogen wurden.

Und die eigentlichen Helden jenes Prozesses, sie treiben heute noch ihr Unwesen.

Die ernstesten Verfassungskonflikte in Aussicht — die Regierungskrise in Permanenz — niemand wissend, wer Koch ist und Keller in den Deutschen Reiche. Und die allen kapitalistischen Parteien in vollster Auflösung.

Innerhalb der kapitalistischen Welt das Chaos — nirgends ein Anseh zu fester Parteibildung, nirgends ein festes Programm, nirgends ein fester Punkt.

Jetzt steht nur die Sozialdemokratie. Jeder Tag legt Zeugniß ab für die Richtigkeit unseres Programms und unserer Taktik. Und die Presse der bankrotten Parteien bedient unsere Partei abwechselnd mit guten Rathschlägen und eifrigen Schimpereien. Sie mögen sich doch selbst helfen! Rathschläge brauchen wir nicht, und das Geschimpfe der Feinde belustigt uns nur.

Die gegenwärtige Presse beschäftigt sich jetzt wieder viel mit unserem Parteitage. Nun, „wenn die Könige bau'n, haben die Räumer zu thun“, und unsere Feinde sollten wahrhaftig froh sein, daß wir ihnen Stoff liefern — in den eigenen Reihen finden sie keinen. Was für Nichtigkeiten sind es, aus denen das politische Leben der anderen Parteien besteht! Wo ist bei ihnen Verständnis für die großen Fragen der Zeit? Sozialreformatorische Bettelstuppen, kleinliche Polizeipolitik, Kulturkämpferische Konfessionsneugier, und — die Hauptsache! — Anschläge auf den Geldbeutel des arbeitenden Volkes — das ist der Inhalt des politischen Lebens unserer Feinde.

Auf dieses engherzige Treiben, diese niedrige Selbstsucht schauen wir mit leidiger Herab. Man soll den Feind nicht unterschätzen — gewiß nicht; aber Achtung vor solchen Feinden kann niemand uns zumuthen.

Sie lernen nicht und sie vergessen nicht. Wieder lehren sie das alte Lied ab vom Zusammenbruch, von der Spaltung der Partei. Wir gönnen ihnen das kindliche Vergnügen.

Nie war die Partei einiger, nie war die Partei fester. Nicht eine Frage liegt vor, die auf dem Kongreß zu ernsthaftem Meinungsstreit führen könnte. Die einzige Frage, die längere Debatten veranlassen wird, ist die der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Sie ist aber in der Parteipresse bereits so gründlich behandelt worden, daß Klarheit geschaffen und damit der Boden für die Verständigung angebahnt ist.

Zu der Polemik wird von unseren Parteigenossen manchmal gedrängt; manchmal springt sie ins Persönliche über. Allein das ist nicht böse Absicht; es entspringt der Unwüchsigkeit einer jungen, stets kämpfenden Partei, und ist dem platten Formenkram der altersschwachen Parteien weit vorzuziehen.

Die Pressefreiheit, die wir unter uns walten lassen, fördert alle Gedanken und Gefühle zu Tag. Alles wird offen verhandelt, ungesunde Säfte können sich im Parteiorganismus nicht ansammeln, und so gereicht jede Polemik zur Kräftigung der Partei.

Wir haben keine Geheimnisse. Die Partei wirkt und der Parteitag tagt im Licht vollster Offenheit. Unsere Rechenschaftsberichte sind jedem zur Verfügung. Wir sind stark genug, auch unsere Schwächen zu zeigen. Welche andere Partei kann das?

Und welche andere Partei hätte die Debatte führen können, die wir bezüglich der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen seit Monaten führen? Von Anfang an wurde festgestellt, daß es nicht eine Frage des Prinzips sei, sondern der Taktik, der Praxis. Und das erhob die Diskussion von vornherein über das Niveau des Persönlichen.

Diesen Charakter wird die Diskussion auch auf dem Parteitage bewahren. Wir wissen nicht, wie dessen Entscheidung ausfallen wird; aber wir wissen: alle Delegirten haben das Wohl der Partei im Auge, und da prinzipielle Differenzen nicht vorliegen, so wird, falls nicht Einstimmigkeit zu erzielen ist, die Mehrheit einen Weg finden, den die Minderheit, ohne ihrem Gewissen Zwang anzuthun, mitgehen kann. Denn ist auch in der Kritik und Diskussion die absolute

Freiheit oberstes Gesetz — für die Aktion gilt: Einheit und Disziplin.

Unsere Genossen in Hamburg werden in dieser, wie in jeder anderen Frage beschließen, was im Interesse der Partei nothwendig ist.

Noch ein Wort: der heutige Tag ist ein Gedentag.

Heute vor 10 Jahren — am 3. Oktober 1887 — trat der Partei-Kongreß in St. Gallen zusammen.

Es war in der Zeit des heftigsten Ringens unter dem Sozialistengesetz. Wir mußten im Ausland tagen.

Drei Jahre später war Bismarck niedergeworfen, war das Sozialistengesetz zerbrochen und in seinen Urhebern verurtheilt, gebrandmarkt.

Der 3. Oktober ist ein Tag guter Vorbedeutung. Hoch die Sozialdemokratie! Glück auf dem Parteitage!

### Politische Ueberflucht.

Berlin, 2. Oktober.

Ihre Neigung zum Staatsstreich können die Flotten-enthusiasten kaum verbergen. So sehr sie wissen, wie unglücklich die Bekundung dieser Pläne im Volke wirkt und so sehr sie sich auch im allgemeinen in acht nehmen, vor der Zeit gar zu frech und offen mit denselben herauszurücken, so geht es ihnen doch so, wie das Sprichwort sagt: Weß das Herz voll ist, geht der Mund über.

So beschließt die „Deutsche Volkswirtschaftliche Correspondenz“ einen der jetzt üblichen Tamtam-Artikel „Für eine deutsche Kriegsflotte“ mit den sehr eindeutigen Worten:

Verweigern Parteisucht und blindes Vorurtheil weiterhin das unbedingt Nothwendige, so ist jede Maßregel der verbündeten Regierungen gerechtfertigt, welche diesem die Ehre, Sicherheit und Zukunft des Reiches bedrohenden Zustande ein Ende macht.“

Natürlich, die Herren um Stumm — dessen Politik vertritt ja die „Deutsche volksw. Corr.“ — wissen allein, was Ehre, Sicherheit und Zukunft Deutschlands erfordern, und wer anders denkt als sie, handelt aus Parteisucht und blindem Vorurtheil. Darum sei jede Maßregel gerechtfertigt. Das heißt: die Regierungen sollen verfassungsbrüchig über den Willen des Reichstages hinwegschreiten und thun, was ihnen beliebt.

Die guten Herren, die den Mund so mächtig aufsperrten, vergessen nur, daß dazu zwei gehören, der hinwegschreiten möchte und über den hinweggeschritten werden soll. Hinter dem letzteren aber, hinter dem Reichstag, steht die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes.

Das deutsche Volk weiß recht wohl, was es seiner Ehre und Sicherheit und Zukunft schuldig ist und wie es diese Güter bewahren will. Wenn gewisse Schwanzköpfe andere Ansichten darüber haben, so wird es denselben zeigen, daß es noch Herr in seinem Hause ist und keine Lust verspürt, sich für nichts und wieder nichts in „weltpolitische“ Abenteuer zu stützen und neue Sturzelstufen aufzubauen. —

Nicht ganz unkosm scheint die Kritik gegen die Mißstände im Eisenbahnwesen bleiben zu sollen. Die Eisenbahndirektion Berlin hat, wie eine lokale Korrespondenz mittheilt, an die Lokomotivführer der Strecke Berlin-Sommerfeld die Anfrage gerichtet, welche Vorschläge sie zur Verhütung von Eisenbahn-Unfällen machen könnten. In der letzten Versammlung des Vereins deutscher Lokomotivführer kam diese Anfrage zur Sprache. Es wurde mit Freude begrüßt, daß die Behörde, wenn auch noch in sehr beschränktem Umfange, angefangen habe, die Männer des praktischen Dienstes, von deren Tüchtigkeit und deren Erfahrungen die Verhütung von Eisenbahn-Unfällen ganz wesentlich abhängt, um geeignete Vorschläge zu befragen. Bedauert wurde nur, daß dies nicht auf allen Hauptstrecken geschehen sei und daß man den Befragten nur 24 Stunden Zeit bis zur Abgabe ihres Gutachtens gelassen habe. Infolge dessen hätten sich auch die Befragten kaum recht bequemen können, obwohl dieselben noch verschiedene Vorschläge zu machen in der Lage seien. Man habe sich daher zunächst darauf beschränken müssen, vorzuschlagen, daß vor den auf jeder Strecke zahlreich vorhandenen Blockstationen sogenannte Vorseignale errichtet werden. Dergleichen Vorseignale, die zur Erleichterung und Sicherung des Fahrdienstes ganz wesentlich beitragen, sind längst als technisch nothwendig anerkannt worden, die Anlage derselben ist aber unterlassen worden aus — Ersparnisrücksichten.

Also ein Anfang zur Besserung bei den Herren Bureaukraten. Wird auf diesem Wege fortgeschritten werden?

Die einmalige und zufällige Befragung eines einzelnen Vereins kann natürlich nicht viel nützen. Das praktische, thätige Bahnpersonal muß in die Lage versetzt werden, seine Anschauungen über die Betriebsverhältnisse und nöthig erscheinende Reformen ständig zum Ausdruck und zur Geltung zu bringen.

Und nicht nur die Lokomotivführer müssen herangezogen werden, sondern auch die übrigen Bahn-Unterbeamten und Arbeiter.

Wir würden es gern begrüßen, wenn die Eisenbahnbehörden sich entschließen wollten, endlich in dieser Weise vorzugehen. Allerdings, trotzdem ein Anfang dazu gemacht ist, an den Fortgang glauben wir noch nicht recht; sollten wir uns täuschen, um so besser! —

Was kostet ein moderner Krieg? Die Pariser „Revue du Cercle Milit.“ berichtet in einer ihrer letzten Nummern über eine interessante statistische Arbeit, die jüngst ein französischer Offizier, Er berechnete nämlich die Kosten eines modernen Krieges. Der tägliche Unterhalt eines Soldaten im Felde wird mit 3 Fr. durchschnittlich angenommen. Daraus sind die Ausgaben für Bewaffnung, Munition, Transporte etc. mit eingerechnet. Somit würden die täglichen Ausgaben einer Großmacht Europas sich mit 46 000 000 Fr. beziffern. Angenommen, daß sich zugleich sechs Großmächte am Kriege beteiligten, so würden die täglichen Ausgaben der Großmächte 276 000 000 Fr. betragen; rechnet man hierzu noch die Ausgaben der ebenfalls interessierten kleineren Mächte, so betragen die Durchschnittsausgaben eines Tages 300 000 000 Fr. Würde der Krieg die Dauer von einem Monat haben, so erreicht die Summe der Kosten die Höhe von 10 Milliarden Francs bis zur Einstellung der Feindseligkeiten. Bei der Berechnung wurde die Einberufung von nur der Hälfte der Reservisten angenommen. —

### Deutsches Reich.

— Verschiedene Auffassungen. Anlässlich der Wiederkehr des Geburtsfestes der Kaiserin Augusta am 30. September richtete der deutsche Kaiser ein Telegramm an die Großherzogin von Baden, der Tochter der Kaiserin Augusta. Die Kaiserin Augusta wird darin wieder als „große Mutter der Großherzogin“ bezeichnet. Ferner sagt das Telegramm:

Zu unwandelbarer Treue und Dankbarkeit schwebt das Bild derjenigen in meinem Herzen, zu der die deutsche Nation mit Bewunderung, Dankbarkeit und Liebe als zu einem Vorbilde für alle Zeiten aufblicken wird. Ihr wird die Geschichte das Denkmal setzen, das niemand zu zerstören vermag. Ich aber werde mit Dir den heutigen Tag immerdar als einen Ergänzungs Tag Gottes betrachten. Wilhelm.

Welche Meinung die weiteren Kreise des deutschen Volkes über die Frau Wilhelm I. haben, interessiert hier weniger. Aber kürzlich hat sich ja Bismarck auch über die Kaiserin Augusta ausgesprochen und sein Urtheil über dieselbe lautet ganz anders; wir erinnern nur an die eine Aeußerung:

Ihre Meinung für alles französische und katholische wirkte dabei mit, an ihrem Hofe entstand in Laufe der Zeit eine Komorilla, die nicht immer unbedenkliche Mittel anwandte, um ihr Ziel zu erreichen, und ich hätte vieles nicht durchsehen können, wenn der alte Herr, der unter diesen Dingen übrigens nicht weniger litt als ich, in der Stunde der Entscheidung nicht doch schließlich stets bei der Stange geblieben wäre. Diese Kämpfe kosteten aber Verwerfung, — besonders, als sie in der Konfliktzeit den König zur Abdankung überreden wollte und ich ihn energisch beim Posten fassen mußte. Ich kann wohl sagen, daß dieser langjährige Damentrieg meine Gesundheit mehr angegriffen hat als alle offenen Geschäfte im Parlament und im diplomatischen Dienst.

Das klingt ganz anders. Ob der Kaiser bei seinem Telegramm an diese Bismarck'schen Worten gedacht hat? —

Die Beziehungen zwischen Berlin und Friedrichsruhe scheinen also auch nach der letzten Schiffstunde und der dazu gehörigen Rede auf den größten Staatsmann des Jahrhunderts nicht gerade gut zu sein. —

— Zur Frage des Marine-Septennats wird den „Damb. Nachrichten“ aus Berlin geschrieben:

„... Auch vom Bundesrath darf man erwarten, daß er sich ausschließlich von seiner gewissenhaftesten Ueberzeugung leiten lassen wird. Das Richter'sche Blatt ist der Meinung: Nimmt der Bundesrath diese Pläne an, so steuern wir mit voller Bestimmtheit einem Konflikt entgegen, und die Marinefragen werden zur Wahlparole, so sicher, wie zweimal zwei vier ist.“ Ganz so sicher möchten wir dies keineswegs annehmen; das Zentrum hat Gründe genug, sich seine Entscheidung gar sehr zu überlegen. Jedenfalls aber hoffen wir, der Bundesrath wird sich durch die Drohung mit der Wahlparole nicht einschüchtern lassen. Soll man ihm einen guten Rath geben, so ist es der, der Opposition die Stellung nicht durch Vorschläge zu erleichtern, die irgendwie auf eine Beschränkung der Rechte des Reichstags hinauslaufen. Wir wissen nicht, wie die angebliche Bewilligung aus 7 Jahre gedacht ist, halten aber, wie die Dinge liegen, für das Beste, es bei der verfassungsmäßigen alljährlichen Bewilligung zu belassen. Geschieht dies, so kann die Regierung, vorausgesetzt, daß sie in sich einigt und fest entschlossen ist, allen Eventualitäten ruhig entgegenzugehen.“

Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: „In Bezug auf die Form, in welcher die Ausgaben für die Durchführung des neuen Marineplans verlangt werden sollen, wird und bekräftigt, daß die Entscheidung des am 7. Oktober zusammen tretenden Bundesraths darüber noch aussteht. Die Marineverwaltung hält eine Verständigung mit dem Reichstag über eine Grundfrage, an der nicht in jedem Jahre gerüttelt werden könne, für notwendig. Zudem wird betont, wird jedoch zugleich erklärt, daß der Marineverwaltung die Absicht einer Beschränkung des Staatsrechts des Reichstags durchaus fern liege. Wie diese beiden Gesichtspunkte vereinigt werden sollen, bleibt abzuwarten.“

— Der frühere Handelsminister von Bielefeld hat sich von Vertretern der „Reform“ interviewen lassen. Der Bericht des sonst gut redigierten Brüsseler Blattes kann nicht als authentisch angesehen werden, denn Herr v. Bielefeld kann nicht gesagt haben, die Sozialisten wollen kein staatliches Eingreifen (Legislation d'Etat). Deshalb ist der wichtigste Bemerkung des Interviews auch nicht allzu viel Bedeutung beizumessen, trotzdem sei dieselbe unter diesem Vorbehalte wiedergegeben:

„Die Zeitungen kündigen meine Kandidatur für den Reichstag an. Daran ist kein wahres Wort. Die Wahlen finden erst im nächsten Jahre statt und ich habe noch nicht an irgend eine Mandatsbewerbung gedacht.“

— Die „Kreuz-Zeitung“ hält eine nochmalige lange Erörterung für nöthig, um die Antikatholische des Ortsvorsitzers Schulze zu rechtfertigen. Seine Mahnung sei berechtigt, sagt das edle Blatt, weil ein Beamter, der einem Sozialdemokraten eine Wohnung vermietet, sich dem Verdachte aussetze, daß er mit der Unruhpartei sympathisire; darauf komme es aber an, dem Landvater zu zeigen, daß es „in den Augen der Obrigkeit nicht gleichgültig sei, ob jemand sich zu der sozialdemokratischen Partei zählt oder nicht.“

Durch gesellschaftliche und bürgerliche Achtung will die „Kreuz-Zeitung“ die Sozialdemokratie bekämpfen. Auf diese Weise mögen vielleicht einige vorsichtige Gemüther sich äußerlich von der Sozialdemokratie fernhalten, dafür wird in den Kreisen der Arbeiter, auch der Landarbeiter, um so größere Erbitterung gegen die Leute erzeugt, die ihr gehedichtes Christenthum durch solche gemeine Rathschläge, wie die „Kreuz-Zeitung“ beliebt, betheiligen.

Das Hammerstein-Blatt sollte übrigens nicht vergessen, daß es selbst, ohne obrigkeitlich verfehlt worden zu sein, von allen unabhängigen Menschen gern gemieden wird. —

— Die „National-Zeitung“ nimmt heute ausführlicher das Wort zu dem Anfall der sächsischen Wahlen. Sie spricht sich gegen das sächsische Dreiklassen-Wahlrecht aus, da ein solches Wahlsystem „notwendigerweise verbitternd wirken muß.“ Aber man denke ja nicht, daß nun das nationalliberale Blatt sich etwa zum allgemeinen gleichen Wahlrecht für die Landtagswahlen bekennt. Das Ideal dieser „Liberale“ ist ein anderes:

„Zwischen der alleinigen Herrschaft der Zahl, wie im Reichswahlrecht, und einem Wahlsystem, das in vielen Wahlkreisen die große Mehrheit der Wahlmänner zur Ohnmacht verurtheilt, muß für die Landtage ein Mittelweg gefunden werden, wie ein solcher in Preußen durch das ebenfalls nach Klassen abgestufte Kommunal-Wahlrecht gegeben ist. Es hat sich gezeigt, daß das neue sächsische Wahlgesetz diesen Bedürfnis nicht genügt.“

So denken die Herren auf dem äußersten linken Flügel der nationalliberalen Partei. Was soll man da von denen weiter rechts erwarten?

— Preussische Eisenbahnzustände. Aus Rottbus wird uns vom 1. Oktober geschrieben:

„Am einen heute Nachmittag im Zuge Berlin-Görlitz zurückgekommenen Gegenstand zu rekonstruieren, begab ich mich abends nach 8 Uhr in das Telegraphenamt der Station Rottbus. Auf dem Wege dorthin bemerkte ich in der Nähe der Brücke, unterhalb deren die Geleise Guben und Forst, Sorau, führen, die Aufmerksamkeitsreicher Passanten den Gleisanlagen zugewandt. Im Zufahrtsgleis von Forst waren beim Zusammenstoß des Zuges, während des Mangröns zwei Wagen 3. und 2. Klasse entgleist und besonders letzterer sperrte infolge seiner Lage noch Nebengleise. Im Telegraphenamt waren die wenigen Beamten, die den Dienst versehen, überaus stark beschäftigt. Ich zählte einundzwanzig Morse-Apparate, von denen der größere Theil Rottbus anrief und zu ihrer Bedienung zählte ich vier Beamte. Von diesen gehörte einer noch, wie ich aus dem Tragen der roten Mütze schloß, in den anderen Stationsdienst.“

Zur Zeit meines Verweilens war dieser Herr mit dem Abgeben eines längeren Telegramms beschäftigt, dessen Inhalt augenscheinlich den Betriebsunfall der vorgelegten Behörde meldete. Inzwischen war der Zug 8.24 aus Görlitz eingelaufen und auch seine Abfahrtszeit herangerückt. Da kommt der bei diesem Zuge die Aufsicht führende Beamte herein und fordert dringend das Signal für den zur Abfahrt bereit stehenden Zug. Die wenigen Telegraphen-Beamten springen von einem Apparat zum andern, mit Anstrengung aller Energie sind sie bemüht, den übergroßen Anforderungen zu genügen, aber die Hast lieh man ihnen vom Gesicht und unter Ueberhaften bewältigen sie eine Arbeit, auf welcher soviel Verantwortung lastet.

Ich konnte mich des Eindrucks nicht erwehren, daß unter solchen Umständen die Betriebsicherheit eine recht fragwürdige ist. Die wenigen Männer mögen noch so sehr vom Pflichtgefühl durchdrungen sein, allein bei solch enormer Ueberbürdung, da kann der Augenblick der Erschlaffung nicht ausbleiben und dieser Augenblick kann unter Umständen sehr schlimme Folgen herbeiführen. Dann kommt jener unglückliche Beamte, der der erdrückenden Arbeitslast erlag, obendrein auf die Anklagebank! —

Ueber die Lage der Weichensteller 1. Klasse geht dem „Voll“ die nachfolgende Zuschrift zu:

„Echon durch die Ausbildung dieser Leute spart die Verwaltung große Summen; denn anstatt dieselben den kleineren Stationen und Haltestellen als überzählige Kraft zu überweisen, damit ihnen Zeit und Gelegenheit zur Erlernung der nöthigen Kenntnisse geboten wird, werden dieselben als volle Kraft gleich als Hilfsweichensteller angestellt, wo sie denn neben ihrem zürta 14stündigen Dienst noch größere, schriftliche Prüfungsarbeiten machen müssen. Nach ihrer Anstellung als Weichensteller und Ablegung der Prüfung zum Weichensteller 1. Klasse müssen sie nun den Dienst für letztere thun, bekommen aber nur das Gehalt eines gewöhnlichen Weichenstellers, bis ihre Ernennung zum Weichensteller 1. Klasse erfolgt, welches ca. 7 Jahre dauert, wo sie dann event. mit der Verwaltung einer Haltestelle betraut werden, was bei manchen schon vor ihrer Ernennung zum Weichensteller 1. Klasse eintritt. Welch' große Summen spart die Verwaltung wiederum hierdurch, daß diese Leute nicht für die Dienstleistung belohnt werden, welche sie ausüben müssen! Warum werden dieselben nicht besser belohnt, wie die gewöhnlichen Weichensteller? Es wäre ihnen außer ihrem vierzehnstündigen Dienst noch sehr oft Ueberstunden machen, während letztere nur einen 8-12stündigen Dienst thun. Sie haben nur ihr Revier in Ordnung zu halten und beim Durchfahren der Züge und Rangiren auf Posten zu sein, während wir mit den meisten Instruktionen und Verfügungen ebenso genau Bescheid wissen müssen, wie jeder Stationsassistent oder Vorsteher. Mein Gehalt beträgt nun 800 M. und die von mir zu hinterlegende Kaution 800 M., welche ich in vierteljährlichen Raten von 25 M. bedien muß. Von einem Kollegen, der eine Haltestelle verwaltet, aber auch noch nicht zum Weichensteller 1. Klasse ernannt ist und ein Gehalt von 775 M. bezieht, werden sogar 1800 M. Kaution verlangt! Was bleibt mir wohl von meinen 860 M. nach Abzug der Rationen, Kleiderkosten, Lebensversicherung, Steuer- u. Beträge viel übrig, um mich und meine Familie anständig unterhalten zu können?“

Mein Dienst ist nun täglich von 9 Uhr morgens bis 11 Uhr abends mit 1 1/2 stündiger Mittagspause, ein aber um 11 Uhr noch sehr selten nach Hause gegangen, da ich bei der Verpflanzung des letzten Zuges, den ich abzusetzen habe, dementsprechend länger bleiben muß und außerdem außer anderen schriftlichen Arbeiten noch die mit diesem Zuge eingehenden Güterpapiere zu bearbeiten habe, was meistens bis 12. ja öfter sogar 1 auch 2 Uhr morgens dauert. Nun habe ich früher alle 14 Tage einen Sonntag frei gehabt (an dem ich aber auch noch mindestens 2 Stunden schriftliche Arbeiten thun mußte), während ich am anderen von 5 Uhr morgens bis 11 Uhr abends Dienst hatte. Da nun aber — wie bestimmt worden — die durch ministerielle Verfügung angeordnete mindestens 14stündige Ruhepause bei nicht vorlag, wurde der Dienst dahin abgeändert, daß ich jeden freien Sonntag und Feiertag den Abenddienst von 9 bis 11 Uhr thun muß. Ich habe daher keinen Abend frei, nun mal mit meiner Familie ausgehen zu können! Hat wohl ein anderer Beamter solch einen anstrengenden Dienst?

Sollte nicht ein Reichstags-Abgeordneter da sein, der unsere Klagen befürwortet? —

— Chronik der Eisenbahn-Unfälle. Bei dem Bahnhof Reichenheim rieß ein Zug auf ein Fahrwerk. Eine Frau wurde dabei getödtet, eine Person schwer und zwei leicht verletzt. Auch das Pferd des Fuhrwerks wurde von der Maschine zertrümmert.

— Privilegien der „Edelsten“. Die „Berliner Abendpost“ schreibt:

„Als vor einiger Zeit Prof. Laband in Straßburg vom Kaiser empfangen wurde, hieß es, daß derselbe mit der Abfassung eines Gutachtens über die nach dem Tode des Fürsten zu Fürstenberg von den Erben zu zahlende Erbschaftsteuer betraut worden sei und über diesen Gegenstand dem Kaiser Vortrag gehalten habe. Die „Badische Landeszeitung“ befähigt jetzt, daß Prof. Laband thatsächlich ein Gutachten erlattet hat, und zwar soll in demselben ausgesprochen sein, daß der Uebergang der Fürstlichen Stammsitze von einer Linie des Hauses auf eine andere sich nicht durch „Vererbung“ vollziehe, sondern lediglich ein Mitglied des Hauses nach Maßgabe der Hausgesetze in die rechtliche Stellung des Oberhauptes des Hauses eintrete. Ein Gesetz, welches den nach der Familienverfassung sich vollziehenden Eintritt eines Mitgliedes eines reichsherrlichen Hauses in die Stelle des Familienhauptes und in den damit verbundenen Genuß der Familiengüter mit einer Abgabe belege, bestche in Baden nicht, und daher fehle es an einer gesetzlichen Grundlage, um im vorliegenden Falle von der „Einkommensteuer Fürstenberg“, welche nicht gestorben sei und weder beerbt worden sei noch geerbt habe, eine Erbschaftsteuer zu erheben.“

Es soll im Augenblick nicht unsere Aufgabe sein, der juristischen Frage nach zu treten, ob die Erhebung der Erbschaftsteuer wirklich nach dem Stande der badischen Gesetzgebung ausgeschlossen ist. Jedenfalls ist es merkwürdig, daß wenn es sich um Verpflichtungen der Reichsten und „Edelsten der Nation“ handelt, das Gesetz so leicht verlagert. Kleinen Leuten passieren solche angenehmen Dinge nicht. —

Röln, 30. September. („Voll. Ztg.“) In der vielbesprochenen Angelegenheit der Verhaftung einer unbescholtenen Dame hatte sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Oberstaatsanwaltschaft die Eröffnung des Verfahrens gegen den Schußmann Kiefer abgelehnt. Der eigentliche Thatbestand stellt sich erst jetzt folgendermaßen heraus. Die Polizei fahndete auf eine Dirne namens Försender. Fräulein Försender ging an dem verhängnisvollen Tage zufällig auf der Straße eine Zeitung neben einer Dirne. Als nun Kiefer sie nach ihrem Namen fragte, glaubte er die Försender vor sich zu haben und schritt zur Verhaftung. Da dieser Irrthum als unschuldig angesehen wird, ist die Anklage wegen ungesetzlicher Verhaftung fallen gelassen worden. Wegen der Nichterfüllung trotz der Legitimation der jungen Dame ist der Schußmann disziplinarisch bestraft worden.

Es bleibt nur noch seine Verfolgung wegen fahrlässiger Körperverletzung übrig, da er sein Opfer so geizig hat, daß blaue Flecke und ähnliches davon zurückbleiben. Das Oberlandesgericht hat jetzt verfügt, daß eine neue Untersuchung eingeleitet wird, in der die Zeugen vernommen werden sollen.

Breslau, 2. Oktober. (Eig. Ber.) Zur Massenverletzung von Eisenbahn-Unterbeamten und Arbeitern nach dem bei Breslau gelegenen Dorfe Brokau, welche für die davon betroffenen Personen eine schwere Schädigung bedeutete, wird jetzt offiziell gemeldet, daß der Minister einen „nicht unerheblichen“ Betrag angewiesen hat, um den Beamten für den Verlust an Wohnausgabegeld zuzuschuss eine Entschädigung zu gewähren. Wo hoch diese Entschädigung sich beläuft, wird nicht angegeben. Der Sparminister Thielen wird sich nicht sonderlich anstrengen. —

Ueber die sächsischen Landtagswahlen urtheilt der sehr gemäßigete „Damb. Corresp.“ also:

„Zum ersten Male ist jetzt in Sachsen nach dem neuen Wahlsystem gewählt worden, und man kann nicht sagen, daß der Erfolg für das Experiment spricht. Bekanntlich erfreute sich Sachsen bisher eines sehr liberalen Wahlrechts, das nur an einen Steuerjah von 3 M. gebunden war. Dieses Wahlrecht ist 1896 durch ein dem preussischen ähnliches Dreiklassensystem ersetzt worden, und zwar in der Absicht, die sozialdemokratische Agitation im sächsischen Landtage zu unterbinden. Zunächst wollten die Sozialdemokraten sich jeder Theilnahme an den Wahlen enthalten, schließlich hat ihre Landes-Verammlung sich für die Wahltheilnahme entschieden; nur die Leipziger Genossen schritten nicht zur Urne, während überall sonst die Wohlhabende unter der höchsten Theilnahme der dritten Wahlklasse vollzogen. Das Resultat ist, daß statt 15 Sozialdemokraten künftig allerdings nur 9 im sächsischen Abgeordnetenhaus sitzen werden. Was macht es aber für einen Unterschied, ob 6 Abgeordnete mehr oder weniger sich zur Sozialdemokratie bekennen. Agitator können künftig die 9 mit demselben Erfolge wie früher die 15, vielmehr mit einem größeren, weil sie immer wieder auf die „Entrechtung“ und „Vergewaltigung“ des sächsischen Volkes durch die reaktionäre Verfassungsbänderung hinweisen können. Allen Anschein nach wird sich die Theilnahme des alten Wahlrechts als ein schwerer Fehler erweisen, und die dadurch erzeugte Verbitterung der unteren Klassen wird durch kein Äquivalent, wie es im Zurückdrängen des sozialdemokratischen Geistes gelegen hätte, aufgewogen.“

Odenburg, Ende September. („Nordb. Volksblatt.“) Die Schlichtung von Untersuchungs- und Strafgesangenen findet auch im Großherzogthum Odenburg noch statt, ohne große Rücksichtnahme darauf, ob man es mit einem schuldigen Verbrecher zu thun hat oder mit einem Menschen, der eines verhältnismäßig geringen Vergehens angeklagt oder wegen eines solchen verurtheilt ist. So wurde am Sonnabend in dem Prozeß gegen die vier Delmenhorster Arbeiter, wegen Religions-Verpötlung, der Angeklagte Müllisch mit Ketten geschlossen aus dem Untersuchungsgefängnis vorgeführt. Ist es schon unbegreiflich, daß man gegen Müllisch, der in der Verhandlung freigesprochen wurde, die Untersuchungshaft verhängt, so erscheint seine Schlichtung mit einer Kette als eine unnötige Härte. Diese Sackung ist um kein Jota gerechtfertigter, als die Schlichtung sozialdemokratischer Redakteure. —

Der bayerische Gesetzentwurf über die Grundentlastung befaßt sich mit den Bodenzinsen. Die Grundbesitzer von Privat- und Gemeindegeldern sollen bei rechtzeitiger Anmeldeung sowohl auf Verlangen des Berechtigten wie des Pächters auf die Staatskasse übernommen und sodann den seitigen Bodenzinsen zur Staatskasse gleichstellen. Diese Bodenzinsen sollen allmählig in der Weise getilgt werden, daß den Pächtern der achte Theil der Jahresleistung als Tilgungsrate des Kapitals angerechnet wird, was dem bayerischen Staate bis zum Jahre 1938 (I) ein jährliches Opfer von 800 000 M. auferlegt. Nach vor Ablauf der Tilgungsperiode ist jedem Pächter die freiwillige Ablösung anbegehrt. Bei Ablösungen würden den Pächtern die bereits — thatsächlich von der Staatskasse — bezahlten Tilgungsraten nebst Zinsen und Zinseszinsen gutgeschrieben und außerdem soll im Falle freiwilliger Ablösung, sofern die zur Ablösung erforderliche Kapital 250 M. nicht übersteigt, die Tilgung der zweiten Hälfte in drei unzerleglichen Jahresraten gestaltet werden, eine Vergünstigung, welche die freiwilligen Ablösungen der kleinen Bodenzinsen wesentlich erleichtert und einem Nachlasse am Kapital von 3 pCt. entspricht.

Die zur Ablösungskasse Bodenzinspflichtigen würden vom 1. Januar 1898 sofort um den achten Theil ihrer Jahresschuldigkeit erleichtert. Es ist ferner vorgeschlagen, denjenigen Pächtern, welche freiwillig ablösen, einen dem jeweiligen Kapitalwert des Staatszuschusses gleichkommenden Nachlaß an der Restschuld, welcher gleichfalls von der Staatskasse an die Ablösungskasse zu vergüten ist, zu gewähren. Da der gegenwärtige Werth einer 37 Jahre geschuldeten Leistung von 1/2 pCt. bei 3 1/2 pCt. Verzinsung rund 10 pCt. des Nominal-Bodenzinskapitals beträgt und da bei den Ablösungskasse-Bodenzinsen durch die seitiger Amortisation bereits 15 pCt. getilgt sind, so kann sich der zur Ablösungskasse Pächter im Jahre 1898 durch die Zahlung von rund 75 pCt. des nominalen Bodenzinskapitals gänzlich befreien. Wer also zum Zwecke der Ablösung im Jahre 1898 eine 4prozentige Schuld aufnimmt, kann sofort seine bisherige jährliche Zinsleistung um den vierten Theil herabmindern. Der Pächter, der seine Schuldigkeit ablöst, soll befreit sein, an dem bodenzinspflichtigen Grundstücke im Range vor den zur Zeit der Ablösung eingetragenen Hypotheken für ein Kapital bis zu dem Betrage der Ablösungssumme eine Hypothek zu befehlen, und für derartige Hypothek-Befellungen und Hypothek-Einträge sollen Gebühren zur Staatskasse nicht erhoben werden. —

— Grober Unfug. Die erste Strafkammer des Landgerichts München I publizierte heute in der Verurteilung des Redakteurs des „Südd. Postillon“, Genosse Ed. Fuchs, wegen „groben Unfugs“ folgendes Urtheil:

Das schöffengerichtliche Urtheil vom 4. Juli dieses Jahres — das bekanntlich eine Haftstrafe von acht Tagen ausgesprochen hatte — wird aufgehoben und der Angeklagte unter Ueberbürdung der Kosten beider Instanzen auf die Staatskasse freigesprochen.

Zur Begründung dieses Freispruches führt das Berufungsgericht an:

Die von dem Angeklagten eingelegte Berufung ist sowohl formell als materiell begründet. Daß grober Unfug auch durch die Presse verübt werden kann, steht nach der konstanten Rechtsprechung fest. Voraussetzung dabei aber ist, daß die inkriminierte Preßäußerung geeignet ist, die Ruhe und Ordnung zu stören. Nicht jede Auslassung, durch die einzelne Personen berührt werden, ist als solche zu bestrafen, denn nicht der Unfug, sondern nur der grobe Unfug ist strafbar. Die Verleumdung und Gefährdung des Publikums muß eine erheblich schwere sein, durch die der allgemeine Friede gefährdet wird. Der § 360 Ziffer 11 ist keine allgemeine subsidiäre Strafbestimmung, mit der man alles treffen kann, was sonst nicht zu treffen ist. Die Veröffentlichung des Gerüchtes „Rebells Tod, allen treuen Bundesleuten geweiht“, wäre unter bestimmten Voraussetzungen grober Unfug, wenn nämlich damit eine erbliche Beschimpfung und Verhöhnung aller Patrioten beabsichtigt gewesen wäre. Der Angeklagte bestritt dies und erklärte, daß er nur eine ganz bestimmte Sorte von Reichsverwebern geißeln wollte. Diese Behauptung ist in keiner Weise widerlegt worden. Das fragliche Gerücht ist eine geschmacklose Auslassung, aber eine berechtigte Kritik eines bis zur Geschamlosigkeit gesteigerten Bismarckultus. Das Gericht konnte deshalb auch dem Erstrichter nicht beistimmen. Aber selbst wenn man

eine unmittelbare Bezeichnung des Publikums annehmen wollte, würde es an dem Hauptbestandteile der Erheblichkeit fehlen. Der Bismarckultus hat unbestreitig viele Wünsche gezeitigt. Ein politisch-satirisches Blatt muß naturgemäß stärker anfragen als ein ernstes politisches Blatt, aber das Publikum wird hierdurch noch nicht verletzt. Deshalb kann man auch in der Veröffentlichung des erwähnten Gedichtes keinen großen Unfug erblicken.

Zur Reform des Gebührenwesens in Hessen hat der Landtags-Abgeordnete Dr. Schmitt den dringlichen Antrag an die Zweite Kammer gebracht, die Regierung zu ersuchen:

Der Kammer noch vor der Beratung des Beamten-Gesetzes eine Zusammenstellung aller derjenigen Gebühren, Sporteln und Vergütungen vorzulegen, welche einzelne Beamte oder Beamten-Klassen für ihre Thätigkeit außer ihrem festen Gehalte pro Jahr beziehen.

Der Antrag hat, so sagt unser Mainzer Parteiorgan, seine gute Berechtigung und wird von den sozialdemokratischen Abgeordneten energisch unterstützt werden. Es giebt Beamte, so besonders im Steuerwesen, die neben ihrem hohen Gehalt Tausende an Gebühren jährlich einnehmen. Dadurch wird einerseits eine durchaus ungerechte Verschiedenheit der Bezahlung, trotz scheinbarer äußerer Gleichheit, bedingt. Andererseits tragen die Gebühren vielfach den Charakter einer indirekten Steuer und lassen auf den schwächsten Schultern am schwersten. Wir werden deshalb die Befreiung der Gebühren überhaupt verlangen.

Der württembergische Landtag wird, wie nach den „Münch. N. N.“ verlautet, in diesem Jahre nur noch zu einer zwei- bis dreiwöchigen Tagung zusammentreten, um die Polizeigesetz-Novelle und einige Petitionen zu erledigen. Die wichtigsten Gesetzesentwürfe, betreffend Verfassungsreform, Ortsvorsteher-Wahlen, Steuerreformen und Wasserrecht sollen erst im nächsten Jahre in längerer Tagung zur Beratung kommen.

Strasburg i. E., 1. Oktober. (Sig. Bericht.) Im Landes-ausschuss-Gebäude trat gestern die Kommission für das reichslandische Handwerk zusammen, um ihr Gutachten über diejenigen Fragen abzugeben, welche hinsichtlich der im Reichsgesetz vom 26. Juli d. J. vorgesehene Errichtung von Handwerkskammern enthalten sind. Die Tagesordnung enthielt die folgenden Punkte: 1. Soll nur eine Handwerkskammer, eventuell mit Abteilungen für die drei Verwaltungsbezirke Oberelsaß, Unterelsaß und Lothringen errichtet werden, oder wird die Errichtung von mehreren Kammern für angezeigt erachtet? 2. Zahl der Mitglieder der Handwerkskammern. 3. Organisation der Handwerker behufs Bildung von Wahlkörpern für die Handwerkskammer; Erzielung einer den einzelnen Handwerkszweigen möglichst entsprechenden Vertretung der Handwerker in der Kammer. — Es waren 19 Mitglieder der Kommission als Vertreter der verschiedenen Handwerkszweige aus allen Theilen des Landes erschienen, dazu eine Anzahl Auskunftsperionen aus dem Gewerbeverband Strasburg. Unterstaatssekretär v. Schraut als Vertreter der reichslandischen Regierung leitete in längerer Ausführungen den Geist des Reichsgesetzes, betreffend die Organisation des Handwerks und die Voraussetzungen für die Bildung von Handwerkskammern dar. Er empfahl die Errichtung einer einzigen Kammer für das ganze Land, weil dadurch am ehesten die Gewähr dafür geboten sei, daß rasch und sachgemäß gearbeitet werde. Den lokalen Erfordernissen könne durch Bildung von Abteilungen im Rahmen der Bezirkseinteilung des Landes Rechnung getragen werden. In der Diskussion wurde der Vorschlag der Regierung aufgegeben und die Erklärung v. Schraut's mit Freuden begrüßt, daß die Infolge der Durchführung des vorliegenden Reichsgesetzes entstehenden Kosten auf die Staatskasse übernommen werden sollen, um einer Beunruhigung in den Kreisen der Handwerker vorzubeugen. Einstimmig wurde folgender Antrag angenommen: 1. Es ist eine einzige Handwerkskammer für Elsaß-Lothringen zu errichten. 2. In derselben sind vier Abteilungen zu bilden, und zwar je eine für Unterelsaß und Lothringen und zwei für Oberelsaß (Mülhausen und Colmar). 3. Diesen Abteilungen ist eine umfangreiche Mitarbeit an der Thätigkeit der Handwerkskammern zu übertragen. Sie haben die speziellen Wünsche des Bezirks zum Ausdruck zu bringen; insbesondere ist in allen wichtigen Fragen vorher ein Gutachten derselben einzuholen, und die Ausführung der Beschlüsse der Handwerkskammer ist im wesentlichen ihnen zu übertragen. 4. Der Abtheilung jedes Bezirks sollen diejenigen Mitglieder angehören, die in dem betr. Verwaltungsbezirk gewählt sind. Für den Bezirk Oberelsaß wird eine entsprechende Vertheilung der dort gewählten Mitglieder auf die Abteilungen in Kolmar und Mülhausen notwendig. — Die Zahl der Mitglieder der Handwerkskammer wurde auf 80 festgesetzt. — Da nach den reichsgesetzlichen Vorschriften nur die in Korporationen (Freien oder Zwangsinnungen, Handwerker- und Gewerbevereine) organisierten Handwerker das Wahlrecht zur Handwerkskammer besitzen, die Zahl derartiger Korporationen in Elsaß-Lothringen aber eine verschwindend kleine ist, so war als wichtigste Aufgabe der Kommission die Frage dieser Organisation zu lösen. Man gelangte hierbei zu folgendem Beschlusse: 1. Die Gemeindebehörden der größeren Gemeinden sind zu ersuchen, die Handwerker zu sammeln und zur Bildung von Organisationen als Wahlkörper für die Handwerkskammer aufzufordern. In dem Zwecke soll den Gemeindebehörden von der Regierung eine Zusammenstellung der wichtigsten auf die Wahlberechtigung bezüglichen Punkte mitgeteilt werden. 2. Von den 80 Mitgliedern der Handwerkskammer sollen je 10 in jedem Verwaltungsbezirk gewählt werden. Bei der Vertheilung auf die einzelnen Handwerker-Organisationen soll hauptsächlich Bedacht genommen werden, daß auch die auf dem Lande wohnenden Handwerker und die wichtigsten Handwerkszweige eine Vertretung finden. 3. Es ist zunächst abzuwarten, welche Handwerker-Organisationen sich bilden werden, um alsdann die Einzelheiten einer Wahlordnung festzustellen. — Nachdem Unterstaatssekretär v. Schraut noch die Erklärung abgegeben hatte, daß über die Grundzüge der zu erläßenden Wahlordnung für die Handwerkskammer die Kommission um ihre Meinungsäußerung ersucht werden würde, war die Tagesordnung der Sitzung erschöpft.

**Oesterreich.**  
Die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses hat den folgenden Dringlichkeitsantrag gestellt:

Die gewaltige Hochwasser-Katastrophe, die in den letzten Tagen des Monats Juli über weite Gebiete Oesterreichs niedergegangen ist und nicht nur eine Unsumme von Hab und Gut vernichtet, sondern auch eine große Anzahl Menschenleben gefordert hat, erheischt nicht nur dringende, sondern auch ausgiebige Hilfe des Staates.

Diese Hilfe des Staates muß nach zwei Richtungen hin gewährt werden: Erstens muß den von der Hochwasser-Katastrophe Betroffenen dasjenige, was ihnen die Finthen zerstört und geraubt haben, soweit es nicht Menschenleben betrifft, die ja unersetzlich sind, in vollem Umfange zurückersetzt werden, und zweitens soll es der Staat als eine seiner ersten und vornehmsten Aufgaben betrachten, zur Hintanhaltung ähnlicher verheerender Folgen bei etwa künftigen eintretenden Elementarereignissen eine Regulierung der Flüsse und Gebirgsbäche systematisch einzuleiten, diese Regulierung methodisch durchzuführen und die erforderlichen Mittel hierfür flüssig zu machen.

Jene Summen, und wären es hunderte von Millionen, die zur Regulierung der Wasserläufe verwendet würden, würden zur wirtschaftlichen Erhaltung der Bevölkerung des gesammten Reiches sehr viel beitragen.

Eine systematische Inangriffnahme der Regulierung der Wasserläufe im ganzen Reich würde überdies noch zur jenseitigen Verbesserung der Lebensarbeit schaffen, die theils infolge der jüngsten Elementarereignisse, theils infolge der in vielen Industriezweigen herrschenden Geschäftskrisen gegenwärtig mangelt.

Die von der Regierung vorgelegte Nothstandsvorlage sammt der Begründung ist nach beiden Seiten hin ungenügend: Sie reicht den von der Hochwasser-Katastrophe betroffenen nur ein Almosen, und sie streift höchstens die so wichtige Frage der Regulierung der Flüsse und Gebirgsbäche, aber sie geht nicht darauf ein.

Die Oefertigten stellen daher den Dringlichkeitsantrag: Die Regierung wird aufgefordert:

1. den von der jüngsten Hochwasser-Katastrophe betroffenen den erlittenen Schaden nach Maßgabe der von den Behörden gepflogenen Ermittlung voll und ganz zu ersetzen und durch ihre Organe strengstens darauf zu achten, daß die Unterstärkungen unter Beiziehung von Vertrauensmännern der Beschädigten nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit und nicht nach Günst oder Parteilichkeit zur Vertheilung gelangen;

2. die hierzu erforderlichen Mittel, soweit diese nicht den vorhandenen Bezahlungsüberschüssen entnommen werden können, durch Erparungen beim Militärbudget, und zwar durch Entlassung aller jener im stehenden Oeere dienenden, die eine zweijährige aktive Dienstzeit zurückgelegt haben und durch Säkularisation sämtlicher Waffenübungen im Jahre 1898 aufzubringen;

3. eine methodische Regulierung der Flüsse und Gebirgsbäche umgesäumt in Angriff zu nehmen und dem Hause zu dieser systematischen Regulierung der Wasserläufe eine Kreditvorlage in der Höhe des festzustellenden Erfordernisses zu unterbreiten.

**Schweiz.**  
Bern, 2. Oktober. Der Nationalrath nahm heute die Abstimmung über die allgemeinen Grundzüge für die Organisation der Bundesbahnen-Verwaltung vor. Aus mehr als zwanzig einzelnen Abstimmungen ging folgendes Schlussergebnis hervor:

Organe der Verwaltung sind: 1. der Verwaltungsrath; 2. die Generaldirektion; 3. die Kreisbahndirektionen, entsprechend den Beschlüssen des Ständeraths. Der Verwaltungsrath besteht aus 50 Mitgliedern, von denen 25 durch den Bundesrath, 25 durch die Kantone und Halbkantone, 25 durch die wirtschaftlichen Verbände und 3 durch die Kreisbahndirektionen zu wählen sind. Unter den wirtschaftlichen Verbänden sind Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft zu verstehen. Die Wahl der Kantonalen Vertreter durch das Volk wurde mit 73 gegen 38 Stimmen abgelehnt. Die Wahl der Generaldirektion und der Kreisbahndirektion wurde dem Bundesrath übertragen. Der Verwaltungsrath hat ein unerbittliches Vorschlagsrecht. Die Spezialberatung beginnt am Montag.

**Frankreich.**  
Paris, 1. Oktober. Den Angeklagten im Panama-Prozesse ist heute die Anklageschrift zugestellt worden. Diese beschuldigt Naquet, 100 000, Moret, 90 000, Saint Martin, 50 000, Lafont, 30 000, Plantan, 30 000, Rigaud, 12 000, Gaillard, 12 000, und Boyer, 10 000 Franks Besetzungsgeld angenommen zu haben.

Paris, 2. Oktober. Volschaffter Lojé ist nunmehr definitiv in Disponibilität versetzt worden.

Der Posten des Generalgouverneurs von Algerien ist nun doch besetzt. Präsident Faure ernannte Lépine zum Generalgouverneur von Alger. Herr Lépine ist bekanntlich Nachfolger des Herrn Lojé in der Leitung der Pariser Polizei gewesen. Herr Lépine ist mit Herrn Lojé mindestens gleichwertig. Die algerische Bevölkerung wird über diese politische Hinrichtung des Ministeriums Meline recht wenig erbaut sein. Zu einer Zeit, wo Frankreich alles Interesse hat, seine Stellung im Mittelmeer zu befestigen, ist diese schandige Behandlung seiner werthvollsten Kolonien, seines Stützpunktes an der nordafrikanischen Küste nicht anders erklärlich als mit den verächtlichen und kleinlichen Rücksichten auf die paar politischen Freunde des Kabinetts in Algerien, die „Panamsien“ der Kolonien.

**Belgien.**  
Brüssel, 2. Oktober. Preußen und Belgien unterhandeln über die Theilung des neutralen Gebietes von Moresnet, das bisher als ein Aet Republik betrachtet wurde. Werden dabei die Einwohner von Moresnet garnicht gefragt?

**Spanien.**  
Madrid, 2. Oktober. Der Minister für die Kolonien hatte von der Bank von Spanien einen Vorschlag von 50 Millionen Pesetas verlangt, welcher zur Bezahlung der seit 6 Monaten nicht ausgezahlten Gehälter der Beamten auf Ruba dienen sollte. Die Bank hat ihre Einseitigkeit über diesen Antrag bis zur Ernennung des neuen Ministeriums verschoben. Der Gouverneur der Bank reichte seine Entlassung ein.

**Rußland.**  
Zur künftigen Behandlung der Juden theilt die „Polit. Corr.“ mit, daß das Verbot ihrer Ansiedelung auf dem Kasan-Lande demnächst aufgehoben werden soll.

**Griechenland.**  
Die Ministerkrisis in Athen ist noch nicht beendet. Der Abg. Jairis wurde beauftragt, das neue Kabinet zu bilden. Er ist ein Neffe von Delgannis, nimmt aber eine von diesen abweichende Stellung ein. Delgannis selbst scheint stark in den Hintergrund gedrängt zu werden, er hat die Sympathien, die er früher besaß, in hohem Maße verloren.

**Asien.**  
Von indischen Kriegsschauplätzen liegen folgende Nachrichten vor:

Sinla, 2. Oktober. Der Emir erließ eine Proklamation, in der er bei einer Strafe von 1000 Rupien im Falle des Zuwiderhandelns seinen Unterthanen verbietet, Afghanistan zu verlassen, um an dem Behad (dem heiligen Kriege) theilzunehmen.

Somaba, 2. Oktober. Eine Depesche aus dem Fort Cavagnari meldet, daß sich die Drakais-Stämme neuerdings im Kaukasus-Thale gesammelt haben, um dem Vormarsch der englischen Truppen Widerstand zu leisten. Die Arakais seien mit den Drakais nicht vereint, sondern rüsten gegen den Akhbar-Pas vor. Die Telegraphenleitung zwischen Thal und Hangu ist zerstückelt. Die Nachrichten aus dem Kurram-Thale treffen sehr verspätet ein. Am 23. v. M. griff der Feind eine Ortschaft 6 Meilen von Sabda an und nahm den Ortsvorsteher gefangen. Der Stamm der Chamlanis hat sich mit den Masojais gegen die Engländer verbündet; am 24. v. M. schoß eine Aufklärungstreifschaar der Chamlanis auf eine Patrouille der bengalischen Kavallerie und tödtete einen Mann derselben.

(Siehe auch Korrespondenzen in der 2. Beilage.)

### Partei-Nachrichten.

Das „Hamburger Echo“ feierte am 2. Oktober den Tag seines zehnjährigen Bestehens. Am 20. September 1887 war die „Bürger-Zeitung“, die Vorgängerin des „Hamburger Echo's“, wegen eines Artikels, der die Ueberschrift trug: „Force is no remedy“ (Gewalt ist kein Heilmittel) aus Grund des Sozialistengesetzes verboten worden und der Herausgeber, unser am 14. Januar 1890 verstorbenen allverehrter Genosse Johannes Wedde mußte ins Exil wandern. Zum Ersatz für das verbotene Blatt wurde das „Hamburger Echo“ geschaffen, und zwar mit der durch die Zeitumstände notwendig gebotenen Bestimmung, ein ganz neutrales, politisch vollständig unabhängiges und farbloses Tageblatt zu sein. Andernfalls wäre das neue Blatt sofort als „Fortsetzung“ der „Bürgerzeitung“ verboten worden. Trotz aller Vorsicht schloß nicht viel, daß das „Hamb. Echo“ gleichfalls verboten worden wäre. Wegen eines Artikels in Nr. 50 vom 30. November 1887, worin der Entwurf des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes in durchaus ruhiger Sprache kritisiert war, wurde der verantwortliche Redakteur, Genosse Stolten, zum Senator Bachmann befördert, der ihm sehr erregt erklärte: „Er habe von dem sofortigen

Verbot des „Hamb. Echo“ nur Abstand genommen, weil es sich als vollständig parteilos bezeichne; wenn die Redaktion die Grenze auch nur mit einem Komma überschreite, werde er das Blatt sofort unterdrücken. Auf Stolten's Entgegnung, er bezweifle, daß der fragliche Artikel dem Herrn Senator ein Recht gebe, auf Grund des Sozialistengesetzes gegen das „Hamburger Echo“ einzuschreiten, erfolgte die bezeichnende Antwort: „Auf Ihre Zweifel kommt es nicht an; darüber habe ich zu entscheiden!“ Damit war die Sache abgethan. Als nach dem Beschluß des Reichstags vom 25. Januar 1890 feststand, daß das Sozialistengesetz nicht verlängert werden würde, konnte das „Hamburger Echo“ offen wieder beleben. Am 1. April 1890 ging es in die Hände des Genossen J. H. B. Dieb über und am 1. März 1891 wurde der Verlag von der Hamburger Buchdrucker- und Verlagsanstalt Auer u. Co. übernommen. Die Reichstags-Wahlbewegung brachte einen außerordentlichen Aufschwung des Abonnentenstandes. Als die „Bürger-Zeitung“ dem Sozialistengesetz zum Opfer fiel, hatte sie nahezu 18 000 Abonnenten. Das „Hamburger Echo“ begann mit 10 000, hatte zu Beginn des Jahres 1890 14—15 000 Abonnenten, im März aber bereits 18—20 000 und die Auflage stieg noch immer. Die Arbeiter-Aussparungen im Mai, die durch die Waiserei verursacht waren, brachten einen nicht unbedeutenden Rückschlag. Das wurde jedoch bald überwunden und bis zur Reichstags-Wahl 1893 stieg der Abonnentenstand auf 25—28 000, während der Wahlzeit selbst zeitweilig bis über 30 000. Die schlechten Geschäftsergebnisse im Verein mit dem Fehlen hochbedeutsamer öffentlicher Ereignisse ließen nachträglich wieder ein kleines Abflauen und einen gewissen Stillstand eintreten, nur unterbrochen durch kleine Schwankungen, bald nach oben, bald nach unten, was bis gegen das Ende des Jahres 1893 anhielt. Schärferer Anstöße gaben dagegen die Cholera-Epidemie und dann der große Hamburger Hafenarbeiter-Streik, der trotz der großen Zahl feierlicher Arbeiter keinen Rückgang im Abonnement brachte, sondern ein erhebliches Emporschnellen, so daß zeitweilig die Auflage bis auf 38 000 stieg. Die Ursache davon war die zielbewusste und unentwegte Vertretung der Sache der kämpfenden Arbeiter, wodurch das „Hamburger Echo“, ebenso wie zur Zeit der Cholera, zum öffentlichen Gewissen wurde, das die Unterwerfung mit unermüdlicher Rücksichtslosigkeit rüttelte und dadurch auch Leser in den Kreisen erlangte, die die sozialdemokratische Lektüre sonst weit von sich weisen. Daß die Mehrzahl dieser Leser nicht bleiben würde, war voraussehen. Immerhin ist von dem damaligen Abonnentenwachsthum ein nicht unerheblicher Theil treu geblieben, so daß gegenwärtig die Auflage zwischen 27 000 und 30 000 beträgt. Selbstverständlich ist die Zahl der Leser viel größer.

Wir übergehen die zahlreichen Beifolgungen, die auch unserem Hamburger Bruderorgan nicht erspart geblieben sind. Es sei noch der Todten gedacht, die dem „Hamburger Echo“ ihre Dienste in hervorragendem Maße widmeten. Neben Johannes Wedde ist zu nennen der im Jahre 1890 verstorbenen Redakteur Heinrich Köhler und Otto Reimer, der so lange Zeit im Vordergrund des proletarischen Kampfes gestanden hat. Er schied im März 1892 aus dem Leben.

Wäge das „Hamburger Echo“, das wir mit Fug und Recht als ein Arbeiterblatt ersten Ranges bezeichnen dürfen, auch ferner so kräftig gedeihen wie bisher, zur Ehre der Partei und der gesammten Arbeiterschaft!

Die Parteigenossen in Burg stellten in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung, die im größten Lokal tagte, nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage des Genossen Millarg aus Berlin den Genossen Theodor Glöck in Berlin als Reichstags-Landboten für den Wahlkreis Friesland I und II auf. Den Kreis vertritt jetzt Graf Herbert Bischoff.

Für den 3. weimarschen Reichstags-Wahlkreis Weidau kandidirt wieder der Parteigenosse Walter Leutert in Apolda.

In Magdeburg verhandelte eine Parteiversammlung nach einem Referat des Genossen Pannkuch über die Frage der Reichstagskandidatur. Hierzu wurde beantragt: „In Erwägung, daß die politischen und sozialen Zustände sich immer mehr zuspitzen und ungeheure Anforderungen an unsere Partei und deren Vertretung im Parlament und Versammlungen gestellt werden; in Erwägung, daß Genosse Kleeß, der bislang unser Vertrauen besaß und jener besessen wird, diesen Anforderungen infolge geschäftlicher und gesundheitlicher Umstände nach eigenem Geständnis nicht gewachsen ist, erucht der Unterzeichnete von der Auffstellung des Genossen Kleeß abzusehen und den Genossen Pannkuch-Hamburg mit der Kandidatur zu betrauen.“

Der Antrag wurde von einigen Parteigenossen lebhaft befürwortet, von anderen lebhaft bekämpft, wobei es zu sehr unerwünschten Auseinandersetzungen kam. Die Versammlung verlief stürmisch. Beschlossen wurde, die Entscheidung zu vertagen, um dem Genossen Kleeß, der der Versammlung nicht bewohnt, Gelegenheit zu geben, in einer andern Versammlung über die Angelegenheit sich zu äußern.

Zum Hamburger Antrage, betreffend den Wegfall der Forderung nach Arbeitsruhe am 1. Mai, liegen noch einige Bestimmungen vor. Die „Märkische Volksstimme“ in Frankfurt a. O. schreibt: „Wir können uns mit dem Antrag abthun nicht befreunden und glauben, daß die Waiserei der letzten Jahre den Beweis geliefert haben, daß sich die Sympathie der Arbeiterschaft für die Arbeitsruhe immer mehr und daß die Zahl der Feiernden von Jahr zu Jahr steigen ist, so daß keine Veranlassung vorliegt, hier eine Aenderung, die man als ein Zeichen der Schwäche auslegen würde, einzuleiten zu lassen.“

Die „Mitteldeutsche Sonntags-Zeitung“ in Gießen kann sich mit dem Antrag ebenfalls nicht befreunden. Sie sagt: „Wir glauben nicht, daß der Antrag auf dem Parteitag große Unterhütung finden wird. Thatsache ist ja, daß sich die Arbeitsruhe am 1. Mai seither in recht bescheidenen Grenzen bewegte. Aber das ist doch kein Grund, nun die Forderung der Arbeitsruhe ganz fallen zu lassen. Es liegt um so weniger Veranlassung dazu vor, als in den Waiserei-Resolutionen, die auf früheren Parteitagen angenommen wurden, gesagt ist: Ueberall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

Die Parteigenossen in Dortmund haben für die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen ein Kommunal-Programm aufgestellt.

Die „Norddeutsche Volksstimme“ hat seit 1. Oktober ihr Format bedeutend vergrößert. Bisher in Gesehmünde erschienen, wird sie jetzt in Bremerhaven (Am Markt 6) herausgegeben.

Aus Prag wird uns unterm 1. Oktober geschrieben: In maßvoller Weise hat gestern Nacht die Prager Arbeiterschaft ihr Tageblatt begrüßt. Nach einer Versammlung auf der Schänkeninsel, deren Tagesordnung der neuen Parteigründung galt, zog eine große Zahl der Theilnehmer, etwa 3—4000 Mann, zum Pöbelsaker Quai, wo sich die Redaktion des „Pravo Lidu“ befindet. In weitem Halbkreis scharrten sich die Massen um das Gebäude und stimmten das „Hied der Arbeit“ an. Während stürmische Rufe erklangen, erschien die unvermeidliche Polizei mit gezogenen Säbeln. Indessen kam kein ernstlicher Zwischenfall vor. Es gab zwar Verhaftungen, doch die davon Betroffenen wurden sofort wieder auf freien Fuß gesetzt.

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.**  
Wegen Beleidigung des Oberlieutenants Wunderrich war der verantwortliche Redakteur der Bremer „Bürger-Zeitung“, Genosse Rhein, vom Schöffengericht in Bremen zu 50 M. Geldstrafe oder 5 Tagen Haft verurtheilt. Das Landgericht ermäßigte die Strafe auf 25 M. oder 3 Tage Haft. Es handelte sich um einen Artikel, worin getadelt worden war, daß der genannte Oberlieutenant einen Leichenzug durchritten hatte.

### Gewerkschaftliches.

**Berlin und Umgebung.**  
Achtung, Tapezierer! Mittwoch, den 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Krminhallen, Kommandantenstr. 20, eine öffentliche Versammlung statt und ist der wichtigen Tagesordnung wegen das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig. (Näheres in der Dienstag-Nummer.) Der Einberufer.

Die Lohnunterschiede in der Handweberei von G. Hopp in Friedrichshagen sind durch Bewilligung der von den Arbeitern beantragten Lohnerhöhung beigelegt. Auch in der Filiale der Fabrik wurde der alte Tarif wieder hergestellt.

Die Zimmerer des Meisters Mertens in Groß-Sichterfeld haben abermals die Arbeit niederlegen müssen, weil dieser den Stundenlohn von 50 Pf. nicht zahlen wollte. In einer Versammlung war beschlossen worden, diese Forderung an alle Zimmermeister zu stellen; für Arbeiter, die in Berlin ausgeführt werden, sollen 60 Pf. Stundenlohn bei neunstündiger Arbeitszeit gezahlt werden.

### Deutsches Reich.

**Achtung, Steinbrücker, Lithographen und Vernisgenossen!** In der lithographischen Anstalt von Boynard, Aktiengesellschaft in Paris, deren Hauptteilhaber ein Herr Kaufmann in Berlin sein soll, ist es wegen Lohnrückstellungen zu einer Arbeitsniederlegung gekommen. Es befinden sich 10 Steinbrücker, 7 Maschinenmeister und sämtliche Punktliter im Ausstand. Der Geschäftsführer erklärte, sich Arbeitskräfte aus Deutschland beschaffen zu wollen. Die französischen Arbeiter ersuchen nun ihre deutschen Kollegen, solidarisch zu handeln und Arbeit bei der oben genannten Firma nicht anzunehmen. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.  
Der Vertrauensmann.

**Der christlich-sozialer (katholischer) Textilarbeiter-Verband von Aachen, Burscheid und Umgegend** hat dem Handelsminister a. D. Freiherrn v. Berlepsch für sein „mannhaftes Eintreten zu Gunsten des vierten Standes“ telegraphisch Dank gesagt.

**Der Festwagen vom Delmenhorster Gewerkschaftsfest.** Die Darstellung des Gegenwartsstandes auf dem Festwagen des Delmenhorster Gewerkschaftsfestes, das am 27. Juni stattfand, hat ein Nachspiel vor der Strafkammer in Delmenhorst gehabt. Angeklagt waren der Barbier Albert Meyer, der Drechsler Friedrich Ehrenforth, der Redakteur Klein, Bager und der Fabrikarbeiter Albert Mückisch wegen Verhöhnung der christlichen Kirche, deren Einrichtungen und Gebräuche. Die Staatsanwaltschaft beschuldigt die genannten Angeklagten, die christliche Kirche und ihre Einrichtungen und Gebräuche öffentlich beschimpft zu haben, indem Bager und Meyer gelegentlich des sozialdemokratischen Gewerkschaftsfestes einen durch die Straßen geführten Festwagen arrangierten, auf welchem vorn Ehrenforth einen Weislichen im Amtstracht darstellte, die Hände segnend über die zu seinen Füßen sitzenden und Wein trinkenden Frauen haltend. Rechts und links von ihnen befanden sich zwei Personen, reich und arm gekleidet, und an den Seiten und hinten auf dem Wagen u. a. ein Polizist, ein Bettler, ein Offizier, ein verwundeter Krieger und ein Militärgeistlicher im Ornat, dargestellt durch Mückisch. Ueber diesen allen saß auf einem Thron eine weiße Gestalt, mit rothem Tuch und rother Fahne. Nach längerer Verhandlung verurteilte das Gericht die Angeklagten Meyer und Ehrenforth zu je 2 Monaten Gefängnis; Bager und Mückisch wurden freigesprochen.

### Ausland.

**Zum Ausstand der englischen Maschinenbauer** leisten sich die bismarckischen „Berliner Neuesten Nachrichten“ einen Zeitartikel, der an Entstellungen und Verdrückungen nichts zu wünschen übrig läßt. Daß der Ausstand das „neueste Experiment der internationalen Sozialdemokratie zur Erprobung ihrer wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Kapital“ sei, ist ein in derartigen Blättern schon so oft kolportierter, von uns ebenso oft zurückgewiesener Witz, daß wir heute nicht mehr darauf einzugehen brauchen. Um den Nachweis erbringen zu können, daß die Sozialdemokratie dahinter stehe, mußte das Streikobjekt als „winzig“ hingestellt werden. Die Verlängerung der Arbeitszeit um sechs Stunden wöchentlich, von 54 auf 48 Stunden, ein „winziges Streikobjekt“! Aber warum gingen dann die Herren Unternehmer auf dies „winzige“ Verlangen nicht ein? Für die Arbeiter der Maschinenfabrik London — und diese allein hatten die Forderung gestellt —, die durch die unerschwinglichen Wohnverhältnisse gezwungen sind, oft weit über eine Stunde von ihrem Arbeitsplatz wohnen zu müssen, ist die Gewinnung einer Arbeitsstunde durch ein geringeres Vorrecht. Ueber die sonstigen Vorteile einer Arbeitszeitverlängerung in wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sittlicher Beziehung und mit dem Bismarckblatt auseinander zu setzen, müssen wir unterlassen; denn seinen Lesern unterschlägt es unsere Neuerung doch und unsere Lesern ist die volkswirtschaftliche Bedeutung der Arbeitszeitverlängerung hinlänglich bekannt.

Romisch nimmt es sich aus, wenn das Blatt, das sonst in der pöbelhaftesten Weise sich über Arbeiter auszulassen pflegt, auf einmal in den höchsten Zittern über den Streik berichtet, daß die Streikunterstützung sich andere Arbeiter „am Munde abdarben“ müßten. Die arbeitenden englischen Maschinenbauer und die sonstigen Gewerkschaftler, die sich freiwillig eine Steuer zur Unterstützung ihrer kämpfenden Brüder auferlegt haben, werden gewiß gern auf das Mittel der „Neuesten“ verzichten. Auf die übrigen Entstellungen, die sie ihren Lesern aufstülpen, geben wir nicht weiter ein und wollen nur noch die alberne Lüge dieser hängen, die deutsche Sozialdemokratie habe bereits eine „namhafte Summe“ zur Unterstützung der englischen Maschinenbauer gesendet, obgleich der Berliner Sommerausstand ihre Kasse auch bereits stark in Anspruch nimmt.

Zum Ausstand selbst liegen heute nur nachstehende Nachrichten vor: Die Schiffbauer in Birmingham sind im Begriff, den Ausstand zu erklären. Durch diese Maßregel werden weitere 6000 Arbeiter ansähdig.

In Erwiderung auf das Ansuchen einer Londoner Arbeiter-Vereinigung schrieb Lord Salisbury: er bebauere, daß er nicht zur Herbeiführung einer Erledigung des Maschinenbauer-Ausstandes beitragen könne; jedoch werde die Angelegenheit von der Regierung im Auge behalten werden. — Der Lord Mayor von London hat sich bereit erklärt, eventuell als Vermittler zu fungieren.

Der Generalkonvent des deutschen Gewerksvereins (Hirsch-Duncker) der Maschinenbau- und Metallarbeiter hat beschlossen, den im Ausstand befindlichen englischen Metallarbeitern 10 000 M. zu überweisen. Dieser Betrag muß jedoch erst durch die Mitgliederabstimmung befähigt werden.

### Soziales.

**Zur Kesselexplosion in der Pasinger Papierfabrik**, wodurch mehrere Menschenleben vernichtet wurden, theilt die „Münchener Post“ weiter mit: „Ein Arbeiter, der sechs Jahre lang in der Pasinger Papierfabrik als Maschinist beschäftigt war, deponierte dieser Tage anlässlich einer amtlichen Vernehmung, daß nicht nur die Dampfessel, sondern fast regelmäßig auch die Maschinen in der genannten Fabrik belastet werden. Er selbst habe seinerzeit den Regulator der großen Dampfmaschine fast täglich belastet und zwar oft bis zu einem Zentner Schwere. Der regelrechte Gang der Maschine sei dadurch von 120 Touren pro Minute auf ca. 150 gesteigert worden, lediglich um mehr Papier zu produzieren, als beim regulären Gang der Maschinen hätte erzeugt werden können. Die Leistung der Dampfessel sei dadurch eine übermäßig große gewesen und nicht selten sei es vorgekommen, daß plötzlich das ganze Werk stehen blieb. Das habe dann die Kesselwärter veranlaßt, stärker zu heizen und die Kessel zu belasten, um das Entweichen von Dampf durch das Sicherheitsventil zu verhindern. Er (der Maschinist) und andere Arbeiter hätten immer gesagt, daß dieses Gehen und Wählen zu einer Katastrophe führen müsse.“

### Gerichts-Beitrag.

Die am Montag vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I beginnenden Verhandlungen in dem Prozesse gegen den Bankier August Sternberg und Genossen wegen Vergehens gegen das Aktiengesetz soll thätiglich den riesenhaften Umfang annehmen,

welchen man vorher in Aussicht gestellt hat. Mit der Beschränkung, daß wöchentlich an vier Sitzungstagen bis zu einer bestimmten Tagesstunde verhandelt wird, wird berechnet, daß die Verhandlungen vor sechs Wochen nicht beendet sein können. Die Anklage richtet sich gegen 5 Personen, die seinerzeit Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der „Vereinsbank“ gewesen sind und nun beschuldigt werden, nach dem 4. Dezember 1884 absichtlich zum Nachtheile dieser Gesellschaft gehandelt und sich dadurch eines Vergehens gegen Art. 249 des Handelsgesetzbuches schuldig gemacht zu haben. Dieses Vergehen soll in der Reportierung von Aktien der Vereinsbank zu Gunsten Sternbergs durch die Vereinsbank und in der im Jahre 1885 durch Rücklauf von Aktien erfolgten Herabsetzung des Aktienkapitals der Vereinsbank bestehen, wozu dann noch eine Bilanzverschleierung von der Anklagebehörde behauptet wird. Die Angeklagten haben dagegen in sehr umfangreichen, dem Drucke übergebenen Schriftsätzen nachzuweisen gesucht, daß sie in besten Glauben gehandelt haben, daß die fraglichen Geschäfte lediglich zur Förderung der Vereinsbank vorgenommen und der letzteren ausschließlich zum Nutzen gewesen seien. Die in dieser Angelegenheit entstandenen Aktien sind schon zu ganzen Bergen angewachsen; wie weitläufig das Material ist, welches der Prüfung des Gerichtshofes unterbreitet wird, ergibt sich aus der Thatsache, daß die Angeklagten ihrerseits in dreizehn umfangreichen Druckschriften alle in Frage stehenden Verhältnisse dem Gerichtshof unterbreiten. Dazu gehören auch eingehende Gutachten des Geh. Rath's Professor der Rechte Dr. Adolf Wach in Leipzig, des Geh. Justizraths Professor Dr. v. Lili in der Rechtsanwaltschaft Dr. Hermann Staub I, Dr. Sello, Dr. Koffka und Dr. Heinemann, die sich auf die Verjährungsfrage beziehen. Für die Allgemeinheit dürften die endlosen Verhandlungen voraussichtlich kein hervorragendes Interesse darbieten. Den Vorsitz im Gerichtshof wird Landgerichtsdirektor Weimann führen, die Anklage vertreten die Staatsanwälte Dr. Eger und Delschläger, den Angeklagten werden die Rechtsanwälte Justizrath Munkel, Dr. Staub I, Vernstein und Bronker zur Seite stehen.

**Auf eine dreifach höhere Strafe, als die Anklagebehörde beantragt hatte, ist von dem Charlottenburger Schöffengericht gegen den Schriftsteller Joachim Gehlen wegen Verhöhnung des zweiten Vizepräsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses Dr. Paul Krause erkannt worden.** Gehlen wof. J. mit der Wahrnehmung der Interessen der bekannten Brandischen Millionen-Erbchaft betraut worden und hatte im Frühjahr d. J. in der Sache einem Termin angewohnt, in welchem der Vizepräsident Dr. Krause in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt den Grafen Douglas vertreten hatte. In diesem Termin hatte nun Dr. Krause durch eine Neuerung den Fürsten Bismarck mit in die Affäre hineingezogen, worauf dann Gehlen in seiner „Reichsglocke“ im April d. J. folgendes geschrieben hatte: „Es ist dem Herrn Dr. Paul Krause überlassen, dem Fürsten Bismarck diese Anhaltspunkte zu schaffen, wenn er nicht den Verdacht auf sich laden will, daß er durch einen gemeinen Advokaten die Gegner in der öffentlichen Meinung herabzusetzen versucht hat.“ — In diesem Satz hatte die Staatsanwaltschaft eine öffentliche Verhöhnung des Vizepräsidenten, Rechtsanwalt Dr. Krause gefunden, weshalb gegen Gehlen die Anklage erhoben worden war. Der Beschuldigte erklärte in dem Verhandlungstermin, daß seiner Auffassung nach Rechtsanwalt Dr. Krause bei seiner Neuerung, die Leute behaupten, Fürst Bismarck hätte auch von der Erbchaft abgetrennt, die Grenzen desjenigen, was ein Anwalt für notwendig halte, um den Richter in den Augen der Öffentlichkeit herabzusetzen, überschritten habe, zumal er keine Beweise an der Hand habe und die betreffenden Personen, welche diese Behauptung gethan haben sollten, namhaft machen könne. Der Staatsanwalt beantragte 30 M. Geldstrafe oder 6 Tage Gefängnis. Der Gerichtshof ging jedoch über diesen Antrag weit hinaus und verurtheilte Gehlen zu 100 M. Geldstrafe eventuell 10 Tagen Gefängnis sowie zur Tragung sämtlicher Kosten nebst Publikation des Urtheils.

**Zehlendorf.** Nachdem dem Genossen Köhn zu Zehlendorf wegen Flugblattverbreitung ein polizeiliches Strafmandat in Höhe von 10 M. zugestellt worden war, gelang es ihm, am 30. September in der Berufungsinstant vor dem Amtsgericht seine Freisprechung zu erreichen.

**Ein Opfer der Sammelwuth.** Am Sonnabend wurde am Amtsgericht in Posen gegen den Engländer verhandelt, der im König. Schloffe Herrschmiede eine Goldwaage abgehauen hatte. Er saß sechs Tage in Haft im Gefängnis und wurde nur gegen Erlegung einer Sicherheit von 10 000 M. auf freien Fuß gesetzt. Der englische Konsul in München erklärte in der Verhandlung unter seinem Eid, daß der Angeklagte in seiner Heimath eines ungetrübten Vermögens sich erfreue, noch nie verheiratet wurde und in guten Vermögensverhältnissen lebe. Die Waage selbst wurde in Posen auf 8 M., in Traunstein auf 12 M. geschätzt. Der Angeklagte gibt an, daß er nur eine Franke davon habe abschneiden wollen als Andenken an Herrschmiede, daß er aber gegen seine Absicht die Waage abschneide, als er die Abtrennung von rückwärts ausführte. In der That sind auch einzelne Francken davon abzuschneiden wollen als Andenken an Herrschmiede, daß er aber gegen seine Absicht die Waage abschneide, als er die Abtrennung von rückwärts ausführte. In der That sind auch einzelne Francken davon abzuschneiden wollen als Andenken an Herrschmiede, daß er aber gegen seine Absicht die Waage abschneide, als er die Abtrennung von rückwärts ausführte.

**It Streikpostenstehen grober Unfug?** Mit dieser für die gesamte Gewerkschaftsbewegung hochinteressanten Frage hatte sich am Donnerstag dieser Woche das Hausatische Oberlandesgericht zu befassen, und zwar infolge einer Revision, die sechs streikende Tischler aus Lübeck gegen ein Erkenntnis des Landgerichtes Lübeck eingelegt hatten, weil sie wegen Streikpostenstehens zu je drei Tagen Haft verurtheilt waren. Die sechs Tischler waren in den Tagen vom 5. bis 7. April in früherer Morgenstunde von Polizeibeamten in Stadt- und Straßen- und Tischlereien lagen, in denen Möbeln gefertigt wurden. Die Lübecker Staatsanwaltschaft sah in diesem Streikpostenstehen eine Verhöhnung und Beunruhigung des Publikums und klagte die sechs streikenden Tischler wegen Verübung grober Unfugs an § 360 Abs. 11 des Strafgesetzbuches an. Das Schöffengericht erkannte auf kostenlose Freisprechung sämtlicher Angeklagten, obwohl das Landgericht Lübeck schon in ganz analogen Fällen auf Verurtheilung erkannt hatte. Ob dieser Nichtachtung des höherrangigen Urtheils war das Landgericht, an das die Sache infolge Berufung der Staatsanwaltschaft kam, sehr entrüstet. Und dieser Entrüstung gab das Landgericht in seinem Erkenntnis so scharfen Ausdruck, daß man meinen sollte, dasselbe verurtheile das Schöffengericht und nicht die sechs Tischler. Naürlich lautete das landgerichtliche Erkenntnis auf Verurtheilung sämtlicher Angeklagten. Zur Begründung der Revision führte der Rechtsanwalt Dr. Wih aus Lübeck an, das Landgericht habe in nicht genügender Weise den Begriff der Beunruhigung des Publikums oder eines Theiles desselben durch das Streikpostenstehen festgestellt. Der Oberstaatsanwalt hielt diese Mängel für verschleiert und beantragte Verwerfung der Revision. Nach sehr langer Beratung erkannte das Oberlandesgericht auf Aufhebung des Urtheils des Landgerichtes Lübeck und Zurückverweisung der Sache an die Vorinstanz.

zur nochmaligen Verhandlung. Aus dem Urtheile des Oberlandesgerichts ist hervorzuhellen: Unter Umständen könnte man in dem Streikpostenstehen einen groben Unfug erblicken, jedoch sei nötig, daß im Einzelfalle eine Verhöhnung und Beunruhigung einer größeren Anzahl Personen durch das Streikpostenstehen hervorgerufen werde. A priori sei das Streikpostenstehen jedenfalls kein grober Unfug, deshalb habe der Vorberichter die Aufgabe nachzuprüfen, ob in diesem konkreten Falle eine Beunruhigung und Verhöhnung des Publikums oder eines Theiles desselben hervorgerufen sei.

In Dresden hat das Oberlandesgericht das Postenstehen Streikender für groben Unfug erklärt, indem es die Revision gegen ein verurtheilendes Erkenntnis verworfen. Das Postenstehen habe nicht allein die Unternehmung, sondern auch weitere Kreise des Publikums belästigt, weil — man höre — alle Passanten daran denken mußten, einer Kontrolle und eventuellen Einwirkung auf sie unterworfen zu sein. Die Dresdener Gerichte sind uns bekanntlich, wenn auch natürlich wider Willen, recht oft mit Urtheilen gegen Arbeiter gekommen, die uns in der Agitation gegen den Kapitalistenstaat die vortheilhaftesten Dienste geleistet haben.

### Versammlungen.

**Eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung** tagte am Freitag Abend in den Armirenhallen. Referent war Karl Sindermann aus Dresden, der über „Die Grundlagen einer Verständigung unter den Verbandskollegen“ referirte. Der Referent führte aus, daß die Angst der Prinzipale vor energischen Gehilfenbewegungen bei den Tarifverhandlungen nicht ausgenutzt worden sei. Der neue Tarif sei in vielen Punkten viel zu ungünstig. So könne das Minimum in der Provinz bis auf 18 M. herabgesetzt werden. Aus diesen Gründen würden die Gehilfen aus der Provinz die großen Druckorte überschwemmen, wodurch in diesen die Verhältnisse verschlechtert würden. Der Redner kritisirte im einzelnen die Bestimmungen des Tarifs. Als Grundlage für die Verständigung müsse vor allem betrachtet werden, daß nicht einzelne, sondern sämtliche Anschlüsse zurückgenommen werden. — Wenn der „Vorwärts“ jetzt die Tarifgemeinschaft vertritt, so vertritt er damit mancherlei Grundfälle. In Hamburg werde man diese Angelegenheit gegen den „Vorwärts“ vorbringen. (Warten wir ruhig ab, Ned.) — Wir wünschen, daß eine Einigung zu Stande kommt, aber es muß auch von der anderen Seite nachgegeben werden. Der Referent legt die folgende Resolution vor: **Resolution.** Die heute am 1. Oktober in den Armirenhallen zu Berlin tagende öffentliche Versammlung der Verbandsmitglieder der Tarifgemeinschaft wünscht den Frieden unter den Verbandsmitgliedern und ist geneigt, denselben anzubahnen unter den folgenden Bedingungen: 1. Zurücknahme sämtlicher Anschlüsse. 2. Einsetzung einer unparteiischen Preiskommission. 3. Vollständige Meinungsfreiheit im Verbandsorgan.

Nur auf Grund dieser vorbenannten Bedingungen ist es möglich, die Gegensätze anzulegen. Die Versammlung erwartet, daß die Verbandsfunktionäre diese Forderungen akzeptiren resp. eine Kommission wählen, welche mit einer gleichen von der Opposition gewählt in Beratungen tritt.

Nachdem auch Leuzert für die Einigung gesprochen hat, theilt Oberg mit, daß er privatim Einigungsversuche gemacht und beide Seiten zu Verhandlungen bereit gefunden habe. Es müßten von beiden Seiten die Führer zusammenkommen, um über eine event. Einigung zu beraten. Er legt folgende Resolution vor: In der Erwägung: daß diejenigen Kollegen, welche den Frieden wollen, auch die Mittel dazu bieten müssen, beschließt die heute in den Armirenhallen tagende Versammlung der Berliner Verbandskollegen: zu den von dritter Seite angebahnten Verhandlungen zwischen den Führern beider Lager oppositionsfeindliche Kollegen zu entsenden, die sich innerlich des Verbandes befinden und einem Frieden unter Zurücknahme der Anschlüsse und Garantierung der Pressefreiheit seitens des Verbandes vornehmlich geneigt sind.

Richter spricht gegen das Eingehen der „Buchdrucker-Wacht“. Erst müssen die Anschlüsse zurückgenommen sein, dann könne man weiter über eine Verständigung reden. Die „Buchdrucker-Wacht“ ist das Organ des radikalen Theils in der Buchdruckerschaft. Ein solches Organ ist schon lange nötig gewesen und muß auch in Zukunft bestehen bleiben. In der Resolution müsse unbedingt auch die Amtsniederlegung Döblins gefordert werden. — Nach Sachau kann sich mit dem Eingehen der „Buchdrucker-Wacht“ nicht befremden. Der Verband müsse einen ausgesprochen proletarischen Charakter bekommen und auf den Boden der modernen Arbeiterbewegung gestellt werden. Dies zu ermöglichen, soll die „Wacht“ auch in Zukunft dienen. Sollte aber beschlossen werden, die „Wacht“ eingehen zu lassen, dann müsse der hauptsächlichste Stein des Anstoßes, der Zentralvorstand, beseitigt werden. — Rosenthal meint, wenn die Gegenpartei auf die Wiederaufnahme sämtlicher angeschlossenen eingehe, dann müsse man davon ein weites Entgegenkommen erblicken, und bei Garantierung der Pressefreiheit in „Correspondenz“ könne man dann die „Wacht“ eingehen lassen, da man dasselbe ja im „Corresp.“ sagen könne. Die Forderung auf Amtsniederlegung Döblins sei vorläufig unbedenklich, da er 15 000 Stimmen für sich gehabt hat. — Sindermann betont im Schlußwort, daß auch er nicht für das einfache Eingehen der „Wacht“ sei. Aber wenn man im „Corresp.“ alles das sagen könne, was heute in der „Wacht“ steht, dann sei der Zweck ja erreicht. Jedenfalls dürfe die Opposition nicht den Schein wahren, als ob sie nicht zum Frieden geneigt sei.

Die Abstimmung über die Resolutionen ergibt die Annahme der Sindermann'schen, dagegen die Ablehnung der Oberg'schen. — In die Kommission zu etwaigen Einigungsverhandlungen werden Sachau und Richter gewählt. — Zum Schluß bepricht Richter die Ablehnung der Klage Gsch und Genossen auf Wiederaufnahme in den Verband, über die in der Sonnabend Nummer des „Vorwärts“ bereits berichtet ist.

**Münchener Naturhistoriker.** Sonntag, den 3. Oktober, abends 7 Uhr, im Vereinslokal, Restaurant der Westliche Wirthshaus am Arminiusplatz: Vortrag: „Umfang in der Wäldchen.“

**Samariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen.** Montag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, bei Julius Bernau, Schmeibergstraße 13: Vortrag des Herrn Dr. Friedberg über: „Die Hilfe der Unangelernten.“

**Lesen- und Mädchen-Bildungsverein.** Am 1. Oktober, abends 8 Uhr, im Rathhaus, den 8. Oktober: Vorträge: „Die Arbeiterbewegung.“

**Die Volksschule als Erziehungsstätte der Jugend.** Am 1. Oktober, abends 8 Uhr, im Rathhaus.

**Berein für Frauenwohl.** Montag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, Hofs-Realgymnasium, Lützowstraße 11: Vortrag des Fräulein Schürmann über: „Französische Frauenbewegung.“ Frau Minna Gauer und Frau Hanna Wiebes haben berichtet über Kongresse und Generalversammlungen in Wien, Kiel und Stuttgart.

**Neuer deutscher Schulmänner.** Montag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, Hofs-Realgymnasium, Lützowstraße 11: Vortrag des Fräulein Schürmann über: „Die Volksschule als Erziehungsstätte der Jugend.“

**Chorverein „Lata-Solo“.** Erste Abend 7 Uhr bei Volkmann, Lützowstraße 15: Vorstellung: „Waffentänze.“

**Depeschen und letzte Nachrichten.**

**Neidenberg i. V., 2. Oktober.** (B. H.) Die große Baumwollspinnerei von Barwick u. Co. in Rosenthal ist heute früh niedergebrannt. Derselbe hatte 13 000 Spindeln. Der erlittene Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

**Madrid, 2. Oktober.** (B. T. B.) Sagasta ist mit der Bildung des Kabinetts beauftragt worden. Dem Beirathen nach werden bis Minister bereits morgen den Eid leisten.

**Rhien, 2. Oktober.** (B. T. B.) Gutem Vernehmen nach ist das neue Ministerium wie folgt gebildet: Jaimis Präsidium und Inneres, Mavrocordat Außen-Artiges, General Smolenski Krieg, Admiral Canaris Marine, Streit, Gouverneur der Nationalbank, Finanzen, Panagiotopoulos Justiz. Delgarnis läßt eine Erklärung veröffentlichen, in welcher Jaimis und die Majorität befaßwortet und erklärt wird, er würde keines der in der Bildung begriffenen Ministerien anerkennen. Die Spaltung in der delgarnis'schen Partei ist eine vollständige.

**Mag. Pading in Berlin.** Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Der Formerkreis vor dem Einigungsamt.

Ueber den Ausstand der Formere, der am 23. August bei der Firma Vorfig andruch und in weiterer Folge fast alle Berliner Gießereien ergriffen hat, verhandelte gestern das Gewerbegericht als Einigungsamt.

Den Vorsitz führt Magistrats-Rat v. Schulz. Als Beisitzer der Arbeitgeber fungieren: Metallwaaren-Fabrikant Weigert, Ingenieur Bernhardt. Beisitzer der Arbeiter sind: Formere Köstler, Schlosser Behold.

Die Parteien sind vertreten seitens der Fabrikanten durch: Kommerzienrat Hennberg, Fabrikbesitzer Kühne, Direktor Knauf, Direktor Dorn von der Firma Vorfig. Die streikenden Arbeiter sind vertreten durch: Formere U. Müller, Formere Plat, Formere Bernicke, Metallarbeiter Lissin.

Die Verhandlung beginnt mit Feststellung der Ursachen des Streiks bei Vorfig. Beide Parteien stimmen darin überein, daß bei der Vergabe eines Doppelglührohrs und einer Gleitbahn an eine Kolonne von 5 Formern Differenzen zwischen diesen und den Vertretern der Firma wegen Festsetzung des Akkordlohnes für diese beiden Stücke vorhanden waren. Die Formere konnten mit dem betreffenden Meister über den Preis nicht einig werden, dann wurde der Ingenieur Bohner hinzugezogen, und als auch jetzt noch keine Einigung erzielt werden konnte, wünschten die Formere, in dieser Angelegenheit mit dem Betriebsdirektor Dorn oder mit dem Chef der Firma zu verhandeln. Der Wunsch wurde jedoch nicht erfüllt, vielmehr erklärte der Ingenieur Bohner, daß er die Firma vertritt. Ueber die unmittelbare Veranlassung der Arbeitsniederlegung weichen die Behauptungen beider Parteien ab.

Ingenieur Bohner und Formere Meister Vorfig behaupten, die Arbeiter hätten für die streitige Arbeit 250 M. verlangt, und erklärt, wenn ihnen dieser Preis nicht bewilligt werde, würden sie die Arbeit niederlegen. Dagegen behaupten die Vertreter der Streikenden, daß die Androhung der Arbeitseinstellung in dieser Form erfolgt sei. Sie hätten gar keinen bestimmten Preis gefordert, sondern dem Meister nur gesagt, 250 Mark wüßte es eigentlich für die Arbeit geben, sonst könnten sie nicht auf ihren Lohn kommen. Als nun über den Preis keine Einigung erzielt werden konnte, hat die Firma den Formern sagen lassen, die streitige Arbeit solle auswärts angefertigt werden, die Kolonne solle andere Arbeit erhalten, und es sei ihr auch solche zugewiesen worden. Die Arbeiter sollen aber nach Aussage des Meisters und Ingenieurs erklärt haben, wenn die Arbeit nicht zu dem von ihnen geforderten Preise in der Vorfig'schen Gießerei angefertigt werde, würden sie die Arbeit niederlegen. Die Streikenden behaupten dagegen, daß die ihnen zugewiesene Arbeit eine solche gewesen sei, bei der sie sich wesentlich schlechter fänden, wie bisher. Sie hätten das Gefühl gehabt, daß sie durch solche Maschinen geschädigt und sozusagen inbeträchtlich entlassen werden sollten. Da ihr fortgesetztes Verlangen, mit dem Chef oder dem Betriebsdirektor zu verhandeln, keine Beachtung fand, wären sie zu der Ansicht gekommen, daß nunmehr jede Einigung ausgeschlossen sei. Dann hätten sie allerdings die Forderung gestellt, die betreffende Arbeit solle außerhalb angefertigt werden, jedoch hätten sie das nur so gemeint, daß sie über den Preis derselben mit dem Chef unterhandeln wollten. Daß sie einen bestimmten Preis dafür gefordert hätten, sei nicht zutreffend, nur mit dem angesehenen Preise hätten sie nicht zufrieden sein können. In dem Verlangen, daß die Arbeit nicht in einer anderen Gießerei hergestellt werden solle, wären die Formere daher gekommen, weil sie schon verschiedene Vorarbeiten an dem betreffenden Stück ausgeführt hätten, für die ihnen keine Bezahlung angeboten worden sei. Außerdem erklärt der Meister Vorfig, eine Bezahlung der Vorarbeiten sei nicht verlangt worden. Wäre das geschehen, dann hätte er dieselbe auch bewilligt. Ingenieur Bohner sagt aus, daß er, als die Formere wegen des Preises mit ihm sprachen, ihnen gesagt habe: Dieser Tanz mit den Akkordlöhnen muß aufhören. Von jetzt an setzt die Firma die Preise fest; sie wird sich nicht gefallen lassen, daß die Formere dieselben bestimmen. Seitens der Vertreter der Streikenden wird dazu bemerkt, sie hätten diese Aeußerung so aufgefaßt, daß mit dem bisherigen Modus, wonach die Akkordpreise in jedem einzelnen Falle zwischen den Formern und dem Meister vereinbart wurden, gebrochen werden solle, und den Arbeitern die Preise von den Beauftragten der Firma diktiert werden sollten. Diese Erklärung in Verbindung mit der Zurückweisung des Verlangens, Herrn Vorfig oder den Direktor Dorn zu sprechen, sowie die sonstigen Umstände hätten bei den Arbeitern eine gewisse Erregung erzeugt und dieselben zur Arbeitsniederlegung veranlaßt, der sich alle Formere des Vorfig'schen Betriebes mit Ausnahme eines Einzigen angeschlossen.

Damit ist die Erörterung des Vorfig'schen Falles erledigt. Es werden weiter die Ursachen des Ausstandes in den anderen Gießereien festgestellt.

Lissin giebt dazu etwa folgende Darstellung: Die eigentliche Grundursache des vorliegenden Konflikts sei nicht in den Lohnunterschieden bei Vorfig zu suchen, sondern in den jahrelang betriebenen Maßnahmen der Arbeiter durch den Verband der Metallindustriellen. Wenn ein einzelner Arbeiter irgend einen Konflikt hinsichtlich seines Arbeitsverhältnisses mit seinen Vorgesetzten hatte und sich den Maßnahmen derselben nicht in jeder Hinsicht widerspruchslos fügte, dann sei er entlassen worden und habe in keiner dem Verband angehörenden Fabrik wieder Arbeit bekommen. Das habe natürlich die Arbeiter erbittert. Erklärlich sei es auch, daß die Vorfig'schen Arbeiter, als ihnen vor dem Streik die Frage nach etwaigen Wünschen vorgelegt wurde, diese verneint hätten. Sie fürchteten, daß auch sie, wenn sie Wünsche hätten, gemüßregelt und auf die schwarze Liste gesetzt würden. Da der Verband der Metallindustriellen mit der Organisation der Arbeiter prinzipiell nicht verhandelt, so hätten die Leiter der Arbeiterorganisation ihren Kollegen stets empfohlen, daß die Arbeiter derjenigen Fabrik, wo ein Konflikt vorliegt, mit ihrem Chef unterhandeln sollen. Auch im Falle Vorfig sei ein dahingehender Versuch gemacht, aber zurückgewiesen worden. Hätten die Arbeiter Herrn Vorfig oder Dorn sprechen können, dann wäre es gewiß nicht zu dem Ausstand gekommen. Wenn die Herren Fabrikanten aus ihrer Reserve herausträten und mit den Arbeitern unterhandeln würden, dann würde mancher Konflikt nicht entstanden sein. Was den gegenwärtigen Ausstand betreffe, der in den anderen Gießereien nur insofern der Verweigerung Vorfig'scher Arbeiten durch die Formere entstanden sei, so würde derselbe sofort beendet sein, sobald sich die Firma Vorfig mit ihren Formern einigt. Der Meister bemerkt, daß er nochmals ausdrücklich feststellen wolle, daß die Leiter der Arbeiterorganisation ausdrücklich vor einer Zurückweisung der Vorfig'schen Arbeiten durch die Formere anderer Fabriken gewarnt haben. Wenn doch ein dahin gehender Beschluß gefaßt wurde, so erkläre sich das durch die Erbitterung, welche bei den Arbeitern durch die Maßnahmen der Fabrikanten erzeugt worden sei. Daß dieser Streik von den Arbeitern beabsichtigt oder gar vorbereitet war, davon könne gar keine Rede sein.

Kommerzienrat Hennberg erklärt zunächst, daß die Vertreter der Fabrikanten nicht das Mandat hätten, hier bindende Vereinbarungen zu treffen. Sie wollten nur hören, wie die Ausständigen den Streik begründen und unter welchen Umständen sie denselben belegen wollten. Wenn, wie es geschehen, die Formere sich weigerten, Arbeit für die Firma Vorfig anzufertigen, so sei das eigentlich kein Streik, sondern eine Unbotmäßigkeit, die im Interesse des Betriebes nicht geduldet werden dürfe. Wenn die Arbeiter erklären, sie hätten

sich eines andern besonnen und wären bereit, jede Arbeit zu machen, die ihnen vorgelegt wird, dann würden die Fabrikanten die Ausständigen wieder aufnehmen. Jetzt seien aber so viele Arbeiter nach auswärts gegangen, daß im Laufe des nächsten Vierteljahres für zwei Drittel der Streikenden keine Arbeitsgelegenheit in Berlin vorhanden sei. Der Streik bei der Firma Vorfig sei eine interne Angelegenheit, die die Firma mit ihren Formern erledigen müsse. Was bezüglich der anderen Firmen hier festgestellt werde, müssen die Vertreter der Fabrikanten erst ihren Kollegen zur Beschlußfassung vorlegen.

Weißher Köstler fragt, ob nicht der Verband verpflichtet sei, seine Mitglieder, bei denen gestreikt wird, mit Arbeitskräften zu versehen, resp. deren Arbeiten anfertigen zu lassen, und ob es nicht eine beabsichtigte Herausforderung der Arbeiter gewesen sei, als nach dem Beschluß, Vorfig'sche Arbeit zurückzuweisen, die Vorfig'schen Modelle an denselben Tage in allen Verbands-Gießereien vorgelegt wurden. Die erste Frage wird vom Kommerzienrat Hennberg bejaht, die zweite Frage beantwortet Fabrikant Kühne dahin, daß eine Provokation der Arbeiter nicht beabsichtigt war. Lissin fragt, ob es wahr sei, daß die letzte Generalversammlung des Verbandes der Metallindustriellen beschloffen habe: Jeder, der die Arbeit für Vorfig verweigert habe, dürfe nicht wieder eingestellt werden, die Agitatoren seien zu kennzeichnen und auf die schwarze Liste zu setzen, und daß die schwarze Liste des Verbandes streng durchgeführt werde? Fabrikant Kühne bejaht das Bestehen schwarzer Listen und die Kennzeichnung der Agitatoren. Formere Plat bemerkt: Nach dem Ausbruch des Streiks bei Vorfig seien die Streikenden wochenlang von einer Gießerei zur anderen gegangen und hätten sich um Arbeit bemüht. Obwohl überall Arbeit vorhanden war, erhielten diese Arbeiter auf dem Arbeitsnachweis der Fabrikanten keinen Arbeitschein, und ohne einen solchen dürfe kein Verbandsmitglied einen Arbeiter einstellen. Bei Ludwig Löwe sei sogar ein kurz zuvor eingestellter Arbeiter wieder entlassen worden, nachdem er als einer der Kennzeichneten erkannt worden war. Fabrikant Kühne erklärt diese Thatsache, die er nicht bekräftigt, dahin, daß sich alle dem Verbande angehörenden Gießereien dahin geeinigt hätten, keine Arbeiter einzustellen und alle Arbeitsnachweiser der Firma Vorfig zu verweisen. Formere Müller bemerkt, daß auch er zu denen gehöre, die wegen eines Jahr und Tag zurückliegenden Konflikts keine Arbeit bekommen konnten.

Lissin führt folgenden Fall an: Ein Arbeiter Jakob, der jetzt, nachdem er drei Jahre im Auslande war, wieder in Berlin Arbeit suchte, sei nur aus dem Grunde in allen Verbands-Fabriken zurückgewiesen worden, weil er vor Jahren einen Kranz am Grabe der Märzgefallenen niedergelegt habe. Daraus erwidert Kommerzienrat Hennberg: Er sei über diesen Fall nicht informiert, habe auch nicht die Befugnis, darauf zu antworten, es werde sich aber zu gegebener Zeit jemand finden, der die Antwort giebt. Im übrigen wundert er sich, daß Lissin, der kein Formere sei, hier das große Wort führt. Lissin sagt dazu, er sei mit der Vertretung der Metallarbeiter betraut, weil dieselben doch durch den Formerkreis in Mitleidenschaft gezogen werden könnten.

Hierauf wird über die Forderungen, welche die Vorfig'schen Arbeiter während des Streiks an die Firma gestellt haben, verhandelt.

Nach fast dreistündiger Pause legt das Einigungsamt folgende Einigungsbedingungen vor:

- 1. Die Akkordlöhne für die in Zukunft anzufertigenden Arbeiten sind von den Formern und den Meistern, welche die Arbeitgeber vertreten, gemeinschaftlich zu vereinbaren.
2. Solcher Art, welcher nachweislich, ohne Verschulden des Formers zum Ausstand wird, soll bezahlt werden. In Streitfällen sollen die beteiligten Formere gutachtlich geurteilt werden.
3. Die Arbeitgeber verpflichten sich, die am Streik beteiligten Formere und Gießerei-Arbeiter nach Bedarf einzustellen; möglichst, bevor auswärtige Formere zur Beschäftigung angenommen werden.
4. Es darf keinem der am Streik beteiligten Arbeitnehmer von dem Arbeitsnachweis der Metall-Industriellen der Arbeitschein vorenthalten werden.
5. Die Regelung der übrigen Forderungen der Arbeitnehmer vom 27. August 1897 bleibt der freien Vereinbarung der Parteien vorbehalten.

Diese Bedingungen werden seitens der Vertreter der Parteien ihren Mandatgebern vorgelegt und findet am Dienstag 10 Uhr ein neuer Termin statt, wo sich die Parteien über Annahme oder Ablehnung der Einigungsbedingungen zu erklären haben.

Die Verhandlung wird durch den Vorsitzenden geschlossen. Die Parteien sind sich einig, daß die Verhandlung am nächsten Sonntag, den 10. Oktober, um 10 Uhr im Gewerbegericht fortgesetzt werden soll.

Die Verhandlung wird durch den Vorsitzenden geschlossen. Die Parteien sind sich einig, daß die Verhandlung am nächsten Sonntag, den 10. Oktober, um 10 Uhr im Gewerbegericht fortgesetzt werden soll.

Für die Opfer der Hochwasser-Katastrophen

Sind und ferner die folgenden Beiträge zugegangen:
Gesamtwert von einigen Arbeitern der Luxuspapier-Fabrik von Ellwanger u. Soyen 14,55. Eichenhagen -50. Michels -50. Lumme -50. Tempel -50. Pietag -25. Nagat -30. Risch -25. Ziele -30. Ueberschuh von der Matinee der Gesangsvereine I. u. E. S. III. S. G. u. M. Gr. G. und „Melodia“ und der Musikvereine Eintracht und Einigkeit, 2. Platz 47,50.
L. Werner, Brombach 3.-. Summa 67,65 M.
Bereits quittirt 3356,45. Gesamtsumme 3424,10 M.
Weitere Beiträge nimmt unsere Expedition entgegen.

Lokales.

Eine brave Parteigenossin ist aus dem Leben geschieden. Frau Marie Brader, welche besonders den älteren Genossen bekannt sein dürfte, erlag am Freitag ihrem langjährigen schweren Leiden. Marie Brader hat sich namentlich unter dem Sozialistengesetz als rührige und unerschrockene Kämpferin bewährt, und von allen, die sie näher kannten, ist es bedauernd worden, daß die tödliche Krankheit, von der sie in den letzten Zeiten heimgesucht war, unsere Genossin von aktiver Theilnahme an der Bewegung fernhielt. Parteigenossen und Genossinnen, welche an der Verdringung theilnehmen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Bestattung heute, Sonntag, Nachmittag 4 Uhr, von der Leichenhalle der Zionsgemeinde in Wilsenhofen aus erfolgt. Ehre dem Andenken unserer Mitkämpferin. Die Vertrauensperson.

Dritter Wahlkreis. Heute, Sonntag, abends 6 1/2 Uhr, Versammlung mit Familie in Cohn's Festsaal, Weindstr. 21. Vortrag des Herrn A. Borchardt über „Heinrich Heine“. Hierauf gefälliges Beisammensein mit Tanz, wozu um regen Besuch ersucht die Vertrauensperson.

Aus Wien erhalten wir die Nachricht, daß dort die Nr. 39 der „Wächter“ beschlagnahmt worden ist. Die hiesigen Freunde unseres österreichischen Blattes werden sich mit der neuesten Glanzleistung der Wiener Polizei vorab zufrieden geben und sich einige Tage gebulden müssen.

Die „Kaufmännischen Fortbildungsschulen zu Berlin“, die von einem besonderen Kuratorium errichtet und von Dr. Engelmann geleitet, hier im Köllnischen, im Königstädtischen und im Friedrich-Werderschen Gymnasium bestehen, begannen am Freitag ihre Wintersemester mit einer Eröffnungsfest, der eine Prämienvertheilung voranging. Von den verschiedenen Ansprachen, die dabei gehalten wurden, ist bemerkenswerth die des Dr. Engelmann, der die Frage erörterte, warum die Kaufmännischen Fortbildungsschulen im Vergleich zu der bedeutenden Zahl der Berliner Handelsschulungsklassen so schwach besucht seien. Herr Engelmann führte die herrschende Gleichgültigkeit gegen die Fortbildungsschulen

darauf zurück, daß über deren Werth noch ganz falsche Anschauungen verbreitet seien. Er sprach dabei auch von den Geschäftshabern, die die Fortbildungsschulen nicht mögen, es war aber bezeichnend zu sehen, wie der Festredner es sorgfältig vermied, sich mit einem schäferen Worte gegen sie zu wenden und die wahren Gründe ihrer Abneigung gegen die Fortbildungsschulen mit dem richtigen Namen zu benennen. Diese Feiern haben den Zweck, nicht bloß für die Anstalten Reklame zu machen, sondern auch den Zöglingen gute Lehren mit auf den Lebensweg zu geben und das „Standesbewußtsein“ in ihnen zu stärken, damit sie selbst unter dem Druck der rücksichtslossten Ausbeutung doch niemals müde werden, in Liebe und Verehrung zu ihren Herren Chefs anzublicken und nur von ihnen das Beste zu erwarten. Eben deshalb darf aber auch nicht gesagt werden, daß so viele Chefs ihre Lehrlinge überhaupt nicht zu dem Zwecke halten, ihnen etwas beizubringen, sondern nur um ihre Arbeitskraft ausbeuten zu können.

Der Remeranschnus des Zentralkomitees zur Unterstützung der Ueberseewermer in Deutschland hielt gestern unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzers Dr. Vangerhaus eine Sitzung ab, in welcher folgende Summen zur Besetzung bestimmt wurden: nach Eppingen in Baden 85 000 M., nach Elsfah-Eoltingen 25 000 M., nach der Stadt Guben: an Prinzen Carolath 10 000 M. und an Fr. Kapp 10 000 M., nach der Stadt Forst 20 000 M., nach Kreis Sorau 20 000 M., nach Kreis Rottbus 20 000 M., nach Delitzsch 20 000 M., nach Bitterfeld 30 000 M., nach Eisenburg 10 000 M., nach Dessau 15 000 M., nach Württemberg 100 000 M., zusammen 815 000 M. Es verbleiben zur Disposition etwa noch 1 Million Mark. Bezahlt soll nur an Hilfsbedürftige werden, die zur Fortführung ihrer Erziehung eine Unterstützung bedürfen, die ganz Unbemittelten sollen jedoch einen höheren Prozentsatz erhalten.

Die gegenwärtige Zeit des Schulwechsels regt wieder die Frage an, ob es hygienisch zulässig ist, daß die Schüler, wie es in Berlin gang und gäbe, die Sommerzeit hindurch auch in den ersten Schuljahren bereits morgens 7 Uhr zum Unterricht anwesend sein müssen. Für Kinder von sechs bis acht Jahren sind nach ärztlicher Erfahrung etwa zwölf Stunden Schlaf notwendig, wenn ihre Gesundheit keinen Schaden leiden soll. Wenn das Kind in so zartem Alter zur genannten Stunde in der Schule sein muß, so wird es, da oft genug ein halbständiger Weg vom Elternhause bis zum Schulhause zurückzulegen ist, schon vor sechs Uhr geweckt werden müssen. Man wird jeder verständige Mensch es als eine Unmöglichkeit bezeichnen, daß bereits um 6 Uhr nachmittags, also zu einer Zeit, wo der Vater und leider oft genug auch die Mutter noch auf der Arbeitshütte frohuden muß, die Kinder zur Ruhe gebracht werden können. Wer das Proletariatsleben der Großstadt kennt, wird auch wissen, daß die Schlafenszeit für die Kleinen frühestens um 8 Uhr, in gar vielen Fällen aber erst um 9 oder 10 beginnen kann, daß sie also unter permanentem Mangel an genügender Nachtruhe zu leiden haben. Unserer Meinung nach ist ein Theil der Mißfolge, welche die Pädagogik in den Gemeindeschulen zu verzeichnen hat, bisweilen schwer bedenklichen Umständen zuzuschreiben. Sollte es nicht möglich sein, im kommenden Winter Mittel und Wege zu finden, durch welche sich wenigstens für jüngere Kinder der Beginn des Unterrichts fortan im Sommerhalbjahr ab frühestens acht Uhr festsetzen läßt?

Streikzüge eines Arbeitlosen. Am ersten Oktober bummelte ich wie gewöhnlich umher. Das Berliner Straßenleben war mir gründlich verleidet durch die vielen Anzüge auf den Straßen. Da steht all das, was ein Heim angenehm und gemüthlich macht, auf dem Bürgersteig in wirrem Durcheinander; was eine Hausfrau so lange vor den Nachbarn verbergen konnte — ihr verhängtes und garnirtes Kleid — kommt nun ans Tageslicht. Das jammervolle, wirtschaftliche Dasein vieler tausender Familien muß rücksichtslos offenbart werden.

In der Dämmerstunde kamen vor einem die ganze lächliche Frische eines Neubaus andaundernden Hause einer westlichen Vorstadt zwei Möbelwagen vorgefahren. Der eine, ein Hundsfuhrwerk, ist hoch beladen. Zwei Männer und eine Frau schoben und zogen daran, während mehrere Kinder mit Lampen und Spiegeln nebenher geben. Der zweite ist ein regelrechte Möbelwagen mit zwei dicken Pferden, der flott angestrichelt kommt. Beide Wagen werden abgeladen. Die erste Partie schafft ihre Möbel ins Erdgesch. während die andere ihren Kram auf dem Bürgersteig ausbreitet. Die vier Packer haben den nur halb beladenen Wagen bald geleert. Sie sind nahezu fertig, da kommt eine Frau angeekelt. Ihr feines Spitzenbüschel ist ihr bei dem raschen Gehen schief gerutscht. Mit den bürren Händen, die in schwarzen, aufgesprungenen Handschuhen stecken, umklammert sie einige Porzellanfigürchen.

„Sie hätten doch auch warten können, bis ich hier bin!“ spricht sie aufgeregt und athemlos zu den Packern.

„Wir haben doch unsere Zeit nicht verschoben!“ meinte ein großer Mann in blauer Schürze.

Die Frau wendet sich stolz ab: „Ich werde sofort oben aufschließen, dann können Sie die Sachen hinauf tragen.“

Ein junges, hoch aufgeschossenes Mädchen kommt hinzu: „Na, laß nur, Wamachen, es ist ja schon dunkel. Es sieht ja keiner mehr unsere Sachen.“

Die Frau, die in den Keller geht, kommt eben wieder herauf. Sie sieht die andere erkannt an: „J, sieh doch tener an!“ sagt sie leise: „die Frau Kanzleisekretärin!“ — „Wiso, dat is ihre ganze Herrlichkeit?“ — „Aber immer diese dhun um ins Theater un uff de Balle mit de Jöhre jehn — na, mein Wilhelm soll nicht mehr für die dhun; haben so noch Schulden jenuch bei uns.“

„Ach das noch!“ sagt die Frau Kanzleisekretärin resignirt, als sie die Frau ihres Schürmachers erkennt. . .

Die Konferenz von Vorkänden christlicher Jungfrauenvereine fand gestern einen recht beschaulichen Abschluß. Wie schon am Freitag, war auch gestern die Hofdame der Kaiserin, Schän Keler anwesend, und auch der Sozialpolitiker Herr Regierungsrath v. Massow folgte den Ausführungen der verschiedenen Redner mit großer Aufmerksamkeit. Die gestrige Sitzung war vornehmlich unsern Dienstboten gewidmet. Viele Duzende heilsamer Rezepte, wie man dem dienenden Volke die Frömmigkeit und Fleißigkeit erhalte, wurden unter großem Beifall der Anwesenden verzapft. Auch über die gebildeten Frauen wurde von den Geistlichen mancherlei Urtheil laut, das für diese gerade nicht als Schmeichelei aufzufassen war. In der Diskussionsbetonen ebenfalls mehrere Geistliche, daß die Schuld an der Theilnahmslosigkeit der unteren Volksschichten religiösen Vereinen gegenüber, vor allen die gebildeten Stände trüge, welche letztere sich der Religion zum größten Theil entfremdet hätten. Aufgabe der Jungfrauenvereine müsse es sein, die Damen der besseren Stände zu ihrem Zwecke heranzuziehen zu versuchen, um mit ihnen gemeinsam zu arbeiten. Dies geschehe am besten, wenn man ihnen von dem Glanz der Arbeiterinnen erzähle. Die Unkenntnis der Geistlichen und ebenso der Damen, welche der Konferenz beizwohnten, über die wirtschaftlichen Verhältnisse ist unglücklich. Sie wissen nur, daß in den Fabriken gewöhnlich recht schlechte Zustände, in steter Beziehung, obwalten, daß Schuld an diesen Zuständen meist aber nur die Hungerlöhne sind, welche die Arbeiterinnen erhalten, ist ihnen unbekannt. Kein Wort verlor man darüber, wie es möglich ist, daß die Arbeiterinnen zu auskömmlichen Löhnen kommen können. Der Schluß der Konferenz bildete ein Vortrag des Pfarrers Eschert über die Bahnhofsbediensteten. Charakteristisch ist, daß dieses neue Institut den Landvermietern grimmige Konkurrenz macht und diese auf die Pfarrer und Damen, die sich dem „Liebeswerk“ opfern, nicht gerade gut gestimmt sind.

Der Sternpredigerlehre mit Mord ist eröffnet. Ein Gespräch von drei Minuten kostet 1 M.

Weiter-Prognose für Sonntag, den 3. Oktober 1897. Ein wenig kühler bei veränderlicher Bewölkung und mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Beim bevorstehenden Quartalswechsel empfehlen sich folgende Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Engels, Fruchtstraße 30, Hof II. - SO.: Fritz Thiel, Stalitzerstr. 35 v. part. - Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweilersstraße 8, part im Laden. - Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Bielenstraße 14 - Gesundbrunn: Wilhelm Gahmann, Grünthalstraße 64. - Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Kaskanten-Allee 95/96. - Charlottenburg: Gustav Schärnberg, Behlitzstr. 34, Uebergang part. - Deutsch-Wilmersdorf: Frau Köhler, Sigmaringenstr. 34 und Frau Heinemann, Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung“ zu erhalten.) - Hixdorf: Otkermann, Jägerstr. 70, II. - Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Belgischerstr. 59, Seitenflügel part. - Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneweide: Otto John, Ober-Schöneweide, Siemensstraße 7, Sigmaringenstraße. Annahmestellen: Nieder-Schöneweide: Karl Weber, Sigmaringenstraße. Johannisthal: Senffleben, Restaurateur. - Friedenau-Steglitz: E. Bernice, Kirchstraße 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: E. Mohr, Döppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Thormstraße 15a. - Baumschulenweg: Rich. Ullrich, Marienhalerstraße 18, I.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegen genommen.

Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.

Lackierer! Filiale IV. Generalversammlung Dienstag, 5. Okt., abends 8 1/2 Uhr bei Schöning, Köpenickerstr. 98. 1. Vortrag des Herrn Dr. Paul Bernheim: „Etwas über Fabrik-Hygiene“. 2. Quartalsabrechnung. 3. Berichtsgegenstände. 125/14. Abtreibendes Erscheinen erwünscht, Gäste willkommen. Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. i. w. (Berlin D.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied 182/16 Carl Gruhn, welcher am 29. v. M. in der Fabrik von Siemens u. Halske verunglückt ist, am 3. Oktober nach 5 Uhr auf dem neuen Johannisthaler Friedhof am Krankenhaus-Kloster ausbeerdigt wird. Um jährliche Beisteuerungen bitten Die Ortsverwaltung.

Am Dienstag, nachm. 1 Uhr, verstarb nach kurzem Leiden unser lieber Sohn Fritz Woltschach im 13. Lebensjahre. 10345 Die Beerdigung findet am Sonntag, nachm. 3 Uhr, vom Thomas-Kirchhof aus statt. Die Leiche ruht bei den Trauernden Eltern.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands. Jahreshelle Charlottenburg. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied Hugo Brühl am 30. September plötzlich am Herzschlag verstorben ist. Alle, die ihn kennen, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Reiter-Voulens-Kirchhofs aus statt. Um jährliches Erscheinen eruchtet Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbe-Unterstützungskasse der Zimmerer. Hugo Brühl am 30. September, nachmittags 1 1/2 Uhr, am Herzschlag verstorben ist. Er war hiesig auf dem Posten, wenn es galt, für die Sache der Berufs-soldaten einzutreten. Verstorben ist die Erde! Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Voulens-Kirchhofs, Weiden, aus statt. Um jährliches Erscheinen eruchtet Der Vorstand.

Den Genossen und Genossinnen des 6. Wahlkreises zur Nachricht, daß die langjährige, tüchtige Parteimitglied Marie Bruder nach langem schweren Leiden verstorben ist. Dieselbe war stets, wenn es galt, für die Interessen der Partei einzutreten, auf dem Posten und wird man ihr ein ehrendes Andenken bewahren. 246/19 Die Beerdigung findet heute, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Zionsgemeinde in Weissenhof statt. Die Vertrauensperson.

Bekanntmachung. Ich habe meine Wohnung von Weberstraße 52 nach Krausstr. 54a verlegt. Ottilie Sedert, Stabschamane.

Bereinszimmer, auch Zahlstellen, zu vergeben Alte Schützenstr. 6. (10576)

Bereinszimmer, kleines, zu vergeben Köpenickerstr. 192. „Sondaris“ und „Wohlfühlgeschäfte“ liegen aus.

Bereinszimmer zu verg. Restaurant Conrad, Jägerstr. 10. (10336) Arbeitsmarkt. Achtung! Holzarbeiter! Möbeltischler.

Zu der Möbel- u. Spiegel-Fabrik von Equitz, Große Frankfurterstraße 125, haben 31 Tischler wegen Lohnabänderungen die Arbeit eingestellt. Parkettbodenleger. Die Firma Rosenfeld & Cie. zählt auf dem Van Wertheim, Leipzigerstraße, den Tarif nicht. Zugang nach obigen Wertheim ist fernzuhalten. 203/6 Die Ortsverwaltung.

Der Arbeitsnachweis für Bäcker, Stepper und Aufschneider befindet sich bei Herrmannstr. 34. pt. bei Volgt. Jeden Dienstag Abend 9 Uhr ist Sitzung. Ebenfalls jeden Sonntag Morgen sprache. 10406 Wärmeschleifer verlangt Günther, Wälderstr. 87. 10529 Lehrling f. seine Schneiderei verlangt Lenzer, Weidenburgerstr. 83.

Tüchtige Kürschnergehilfen im Hause verlangt Louis Bachwitz, Neue Königstr. 85. Tüchtige Kürschner-Maschinen a. Pelzschneidmaschine gen. hoch. Lohn verl. Louis Bachwitz, Neue Königstr. 85.

Tüchtige Kürschner-Maschinen im Hause verlangt gegen hohen Lohn Louis Bachwitz, Neue Königstr. 85. Maschinenwärterinnen, gelübte, verl. Carl u. Sohn, Wälderstr. 67. 10336 Silberfleischer. (10366) tüchtigen, verl. Joh. Franz Rosga u., Markstraße 50.

Wäschenhänderinnen auf Damen-Überhemden verlangt gegen Vorlegung von Probearbeit. Gustav Fromberg, Kronenstr. 31, I. 50 Wäsche auf Jacobi, 1,25 bis 2,25 M., ohne Ausfertigen, Preis, Berichtstr. 101, Eing. Kolbergerstraße.

Silberpolierinnen bei hohem Lohn verlangen Bergas Gebrüder, Schillingstr. 12. 10215 Tüchtige Barockgoldarbeiterinnen werden verlangt bei Neumann, Hennig & Co., Zeughausstr. 21. (10226)

Arbeiterin auf wasserige Radmanteil, 2,20 - 2,50, verl. Grüner Weg 21. (10446) Schneider, Kuchner Kraft & Jacobi, Marienburgerstr. 9.

Kartonnarbeiterinnen finden hiesig dauernde Beschäftigung. Kirstein & Co., Kartonnfabrik, Neue Königstr. 39. \* Klempnerlehrling verlangt Stange, Oppenheimerstr. 48. 10545 Tücht. Dirigenten sucht Wälderstr. 87. Schriftliche Offerten spätestens Dienstag, den 5. Oktober, bei Kunze, Forststr. 36 S., zu richten. 10206

Ein Pappenschneider, welcher in Kartonnarbeiten lange gearbeitet, wird verlangt. Offerten unter P. 3. nimmt die Exped. d. Bl. entgegen. (Ein Tischlerlehrling Wälderstr. 45.)

Tüchtige Kolporteur für leicht abgehbar technisches Werk finden dauernd lohnende Beschäftigung. Fischer's technol. Verlag M. Krayn Berlin W., Steglitzerstr. 86.

Ueber ein Brandunglück in der Zelle eines Polizeirevierers berichtet das „N. Journal“: In der Nacht vom 29. zum 30. v. M. wurde die Prostituirte, unverehelichte Anna Hönel, Langestraße 19 wohnhaft, von Beamten der Sittenpolizei auf der Straße festgenommen, weil sie sich der Kontrolle entzogen hatte. In der Zelle zündete sie Wachskerzen - sogenannte Fünfminutenbrenner - an, da sie sich vor der Dunkelheit fürchtete. Ueberwältigt von Müdigkeit, schlief sie schließlich ein, erwachte jedoch bald wieder und bemerkte mit Entsetzen, daß ihre Kleider Feuer gefangen hatten und daß sie bereits von oben bis unten in leichten Flammen stand. Sie ließ zu der Thür, rüttelte und klopfte, wälzte sich verweifend am Boden und schrie mit den Kräften, welche nur die Todesangst verleiht. Biewohl sofort Hilfe nahe, verstrichen doch einige Minuten und die Bedauernswerthe erlitt schwere Verletzungen, die sofortige ärztliche Behandlung dringend erbeizten. Das Revier requirirte daher einen Krankenwagen von Lütz und schickte die Schwerverletzte in ein Krankenhaus.

In der Bluttat auf dem Tempelhofer Felde wird uns noch amtlich gemeldet: Durch die Obduktion der Leiche des Droschkenschwägers Wilhelm Gollmer wird festgestellt werden, ob durch Stich mit einer Mistgabel oder ob durch starkes Anprallen des Kopfes an eine scharfe Kante des Wagens der Tod eingetreten ist.

Der „Direktor“ des Kunst- und Detektivbureaus in der Leipzigerstr. 13 ist außergerichtlich. Der Mann, namens Max Rudow, hat große Schulden hinterlassen; auch wird ihm zur Last gelegt, eine Summe von 23 000 M., die ein böhmischer Geschäftsmann ihm anvertraute, unterschlagen zu haben.

Das Polizeipräsidium giebt bekannt: Unter Bezugnahme auf § 6 der Polizeiverordnung vom 14. März 1896 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß nach Bestimmung des Bezirksauschusses in Berlin zu den Wochenmarkts-Artikeln hieselbst außer den im § 66 der Reichs-Gewerbe-Ordnung unter 1-3 aufgeführten Gegenständen nach Ortsgebräuch und Bedürfnis auch „mit Wach- und Papierblumen geschmückte Kränze“ gehören.

Seinen Verletzungen erlegen ist der 34 Jahre alte Arbeiter August Grün aus der Rosfelderstr. 50, der in der Fabrik von Siemens u. Halske in Charlottenburg dadurch verunglückte, daß ihm ein schweres Stück Eisen auf den Kopf fiel. Im städtischen Krankenhaus zu Moabit stellte man bei dem Verunglückten einen Bruch der Halswirbelsäule und einen komplizirten Schädelbruch fest.

Auf der Straße erschossen hat sich gestern Morgen vor dem Hause Marburgerstr. 9 ein junger, kaum zwanzigjähriger Mann, nachdem er mit seiner Geliebten, einer Verkäuferin, auf der Straße einen Streit gehabt hatte. Die Person des Toten wurde später als die des festungelassenen Handlungsgehilfen Herzfeldt festgestellt, der bis vor einiger Zeit in einem Zigarrengeschäft der Kaufstraße angestellt gewesen war.

Die Geschäftsräume der 8. Polizei-Bauinspektion sind von Elisabeth-Ufer 18 nach Schlesischestr. 89/90 verlegt worden.

Verstorbener. Am 28. v. M., früh 7 1/2 Uhr, hat ein Techniker N. seine Wohnung zu Neu-Hohen-Schönhausen verlassen, um 8000 M. ihm gehöriges Geld von der Post abzuholen. Er hat dies auch gethan, ist aber nicht in die Wohnung zurückgekehrt, so daß ein Unglück vermutet wird.

Von der Dampfstraßenbahn. In einen vollgepackten Möbelwagen ist gestern auf dem Winterfeldplatz ein Zug der Dampfstraßenbahn der Linie Steglitz-Zoologischer Garten hineingefahren. Durch den heftigen Zusammenstoß wurde die Ladung des Möbelwagens total demolirt und die Wirtschaftsstände zum Theil auf die Straße geschleudert. Personen sind nicht verletzt, da der Knacker des Möbelwagens rechtzeitig absprang. Doch ist der Schaden, der durch die Zerkümmerng der Möbelstücke verursacht worden ist, ein sehr erheblicher. Das Konsortium der Dampfstraßenbahn wird aller Voraussicht nach Ersatz zu leisten haben, da auch dieser Zusammenstoß auf die mangelhafte Betriebsfähigkeit zurückzuführen sein soll, die während der letzten Wochen fast täglich einen Unglücksfall verursacht hat. In erster Linie aber dürfte diese Unsicherheit auf die Ueberlastung des Personals mit Dienststunden und die in keinem Verhältnis dazu stehende schlechte Bezahlung zurückzuführen sein.

Ein Liebesdrama hat wieder mit dem Selbstmord eines jungen, blühenden Mädchens seinen Abschluß gefunden. Die zwanzigjährige Anna Barilla befand sich von Jugend auf bei ihrer Tante, der Wittwe Nießler, Alt-Moabit 51 wohnhaft, von der sie als das eigene Kind behandelt wurde. Das junge Mädchen war seit zwei Jahren versprochen mit einem Mathematiker V., der früher bei Siemens und Halske beschäftigt war, jetzt aber beim Eisenbahnbregiment dient. Am 15. v. M. erhielt das Mädchen von dem Auserwählten einen Abgabebrief. Er schrieb ihr, daß er das Verhältnis hiermit aufbehe, weil er zu jung zum Heirathen sei und er noch große Sachen vor habe, in denen die Verheirathung ihm hinderlich sein würde; auch billigten seine Eltern nicht die Verbindung mit ihr. An demselben Tage verließ das unglückliche Mädchen das Haus der Tante und kam nicht wieder zum Vorschein. Am Freitag wurde sie als Leiche in Spandau aus der Spree gezogen. In der Kleidertasche befand sich der Abgabebrief und die Photographie des Geliebten vor.

Ein schwerer Unfall ereignete sich am Freitag Abend 10 Uhr 40 Minuten auf der Stadtbahn-Station Jungfernhöhe. Beim Aussteigen aus dem auf diese Zeit ankommenden Nordring-Zuge geriet ein Passagier, der wahrscheinlich noch während der Fahrt ausgesteigen war, so unglücklich zu Fall, daß er unter den Wagen kam, wobei ihm das rechte Bein vollständig zerquetscht wurde. Feinlich berührte es, daß der Verunglückte längere Zeit auf der Station liegen mußte, ohne daß geeignete Hilfe herbeigeschafft werden konnte. Auch war auf der Station weder eine Tragbahre noch Verbandszug zu haben. Der Stationsvorsteher selbst that in der bedenklichen Lage was er thun konnte. Zunächst wurde von der nächsten Station Tragbahre und Verbandstoffe herbeigebracht und nach einer Stunde war auch glücklich ein Arzt zur Stelle. Ein vom Stationsvorsteher geforderter besonderer Train zur Fortschaffung des Verunglückten kam leider nicht und so mußte der Bedauernswerthe bis 12 Uhr 10 Minuten auf dem Perron liegen bleiben, um dann von dem eintausenden Zug nach der Stadt transportirt zu werden. Die Tragbahre konnte in diesem Fall garnicht benutzt werden, da die engen Stadtbahnsperren sich zur Aufnahme als ungeeignet erwiesen und daher mußte der Schwerverletzte auf den Boden des Coupes hingelagert werden. Von den Passagieren wurde diese Verzögerung in der Dampferleistung natürlich sehr unliebsam empfunden und so hatte ein Herr, da man absolut rathlos war, die Feuerwehre herbeigerufen. Sonderbarerweise gab der auf dem Perron dienhabende Polizeibeamte dem ankündenden Zug der Feuerwehre kurz vor Eintreffen an der Station die Weisung, zurückzufahren, was denn auch geschah.

Einem Taschendiebe ist von der Polizei ein schwarzes Ventel-Portemonnaie mit 5 Mark Inhalt abgenommen, welches augenscheinlich gestohlen ist. Das Portemonnaie hat einen weißen Eisenbügel und an jeder Seite ein Lederläppchen zum Auseinanderziehen. Der Eigentümer mag sich melden, Zimmer 97, Polizei-Dienstgebäude, Alexanderstr. 3-6. - Bei einer Taschendiebstahl sind fünf verschiedene Klapp-Portemonnaies gefunden, die offenbar aus Diebstählen herrühren. Ferner ist am 27. d. M., abends gegen 8 Uhr, einer unbekannt Dame ein gelbgedornes Klapp-Portemonnaie mit 69 Pfennigen vor dem Schaufenster des Passage-Panoptikums gestohlen, welches dem Diebe abgenommen ist. Die Eigentümer werden ersucht, sich im Zimmer 97 des Polizei-Dienstgebäudes Alexanderstr. 3-6, zu melden.

Unglücksfälle im Straßenverkehr. Am Freitag trugen sich auffallend viele schwere Unglücksfälle durch Ueberfahren zu. Der Arbeiter Peters wurde in der Artilleriestraße durch einen Omnibus über den linken Fuß gefahren. Der Taxilehrer Bein wurde in der Wallstraße durch einen Schlächterwagen überfahren und erlitt einen Knochenbruch, in der Hauptstraße wurde der zwei Jahre alte

Knabe des Kaufmanns Janke durch einen Möbelwagen überfahren und innerlich verletzt, der sieben Jahre alte Knabe des Wirters Gäßmann wurde in der Französischenstraße durch eine Drosche umgestoßen und überfahren, wobei er einen Bruch des rechten Oberschenkels erlitt. - An der Ecke der Hollmann- und Lindenstraße gerieth der Radfahrer Mechaniker Vättnar mit einem Bierwagen zusammen und erlitt lebensgefährliche Verletzungen. - An der Ecke der Bogdagerstraße und der Frankfurter Allee wurde dem Handelsmann Schulze durch einen Arbeitswagen das rechte Fußgelenk gebrochen. - Auf dem Werderschen Markt erlitt der 81 Jahre alte Nachtwächter Hammelmann schwere innere Verletzungen, indem er unmittelbar vor einer Drosche auf dem Pflaster ausglitt und überfahren wurde. - Am Rosenthaler Platz wurde der Kaufmann Ernst durch einen Omnibus überfahren und erlitt einen Bruch des linken Unterschenkels. - An der Ecke der Stettiner- und Badstraße würgte der Händler Basser beim Abpringen von einem Pferdeabwagen und erlitt einen Schädelbruch. - In der Prinzessinnenstraße wurde der Buchhalter Larch besinnungslos vorgefunden. Ein Arzt stellte einen Schädelbruch fest. Wie er zu der Verletzung gekommen ist, ist noch nicht aufgeklärt.

Feuerbericht. Freitag Abend hatte Prenzlauer Allee 38 in einer Schleiferei Benzin Feuer gefangen, das aber noch rechtzeitig gelöscht werden konnte. - Infolge versehnen Rauches entstand zweimal blinder Räum und zwar Thaeerstr. 11 und Lindenstraße 69. - Sonnabend früh 6 Uhr brannte Fliederstr. 4 in einer Klempnerei ein Baarenlager. Ein Rohr hatte längere Zeit Wasser zu geben. Das Haus wies erhebliche Beschädigungen auf. - Am 9 Uhr wurde die Wehr nach Rosfelderstr. 38 gerufen, wo ein Wasserrohr geplatzt war. - Nachmittags 2 Uhr hatte Zug 7 Gubenenerstr. 13 einen Kellerbrand zu löschen, der bereits die ganze Schaldecke zerstört und auch sonstigen Hauschaden verursacht hatte. - Im Laufe des Nachmittags wurde dann die Wehr noch zweimal alarmirt nach Alvenslebenstr. 21 und Rosfelderstr. 29. In beiden Fällen handelte es sich jedoch um blinden Räum.

Durch ein ganz eigenartiges Hinderniß hat eine für Berlin engagirte Künstlerin zur kontractlich festgesetzten Zeit in der Reichshauptstadt nicht eintreffen können. Das Malheur passirte Miss Mary Dalton, der englisch-französischen Sängerin, die am 1. Oktober in hiesigen Apollo-Theater auftreten sollte. Miss Dalton wurde nämlich unfreiwillig an der Grenze festgehalten, weil die Zollbehörde in ihrem Gepäck eine Anzahl prachtvoller Seiden- und Atlasbrochen erwiderte, deren Verzollung kategorisch verlangt wurde. Miss Mary Dalton weigerte sich selbstredend dieser ungerechten Forderung nachzutun, da diese allerdings kostspieligen Kostüme zu ihrer persönlichen Garderobe gehören und diese Maßnahme zu ihrem Debüt in Berlin durchaus notwendig sei. Leider hatte Miss Dalton ihren Kontrakt mit dem Apollo-Theater, der als Legitimation für ihre Behauptung dienen sollte, in London zurückgelassen, und so mußte sie ihn erst telegraphisch zur Stelle schaffen. Die Künstlerin kann daher das für den 1. Oktober angekündigt gewesene Debüt erst am Dienstag, den 5. Oktober, absolviren.

Im Passage-Panoptikum wird das indische Dorf demnächst seine Hütten abbrechen, um Europa für immer zu verlassen. Die Mitglieder der Truppe wollen nämlich, von Heimweh erfüllt, ihre Tournee nicht weiter fortsetzen, sondern von hier aus in ihre ferne Heimath zurückkehren.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Laut Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 8. September d. J. wird den Mitgliedern des Wahlvereins hierdurch zur Kenntniß gebracht, daß ihre Quittungsbücher bis zum 15. Oktober d. J. geregelt sein müssen, um von diesem Tage ab eine dem § 10 unseres Statuts entsprechende Ordnung der Kassendbücher sowie Regelung des Mitgliederbendes vornehmen zu können. Jedes Mitglied, welches vom genannten Tage ab fünf Monate Beiträge schuldet, wird unmaßhlich gestrichen. Besondere Fälle regelt der § 4 des Statuts. Der Vorstand.

Der Arbeiterverein von Bauhof und Schönhausen hält am 5. Oktober seinen 10ten ab. Tagesordnung: Vortrag über den internationalen Arbeiterschuh-Kongreß in Zürich. Gäste willkommen.

Theater.

Wochen-Spielplan der hiesigen Theater. Opernhaus, Sonntag, 3. Oktober: „Volandin“. (Vorbegriff: Herr. Gust. Kraus, Zebramund: Herr. Rudolf Berger, als Hölle.) Anfang 7 Uhr. Montag, 4. Oktober: 1. Vorstellung der königlichen Kapelle. Anfang 7 1/2 Uhr. Dienstag, 5.: „Die Händlerin“. Mittwoch, 6.: „Der Evangelist“. Donnerstag, 7.: „Montenich im Brenner Rathhause“. Anfang 7 Uhr. Freitag, 8.: „Undine“. (Gast: Herr. Karl Rebe und Karlsonne, als Gah.) Freitag, 8.: „Tristan und Isolde“. (Tristan: Herr. Bogl, Hühnisch bayerischer Kammeränger, als Gah.) Anfang 7 1/2 Uhr. Samstag, 9.: „Der Prophet“. Anfang 7 Uhr. Sonntag, 10.: „Mignon“. Montag, 11.: „Der Ring des Nibelungen“. 1. Abend: „Das Rheingold“. Anfang 7 1/2 Uhr. Dienstag, 12.: 2. Abend: „Die Walküre“. Anfang 6 1/2 Uhr. - Schauspielhaus. Sonntag, 3. Oktober: „Waldmünd“. Montag, 4.: „Die Fingel“. „Tanzstunde“. Dienstag, 5.: „Waldmünd“. Mittwoch, 6.: „Das Wintermärchen“. (Verbitte: Fräulein Jena Sperr, als Gah.) Donnerstag, 7.: „Waldmünd“. Freitag, 8.: „Goldfische“. Samstag, 9.: „König Lear“. Sonntag, 10.: „Waldmünd“. Montag, 11.: „Koschank und Goldschmied“. - Neues Königstheater (Kraus). Sonntag, 3.: „Trüm“. Donnerstag, 7.: Erstes Gastspiel der italienischen Kinderoper. Zum I. Male: „Salvatorella“. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag, 9.: Zweites Gastspiel der italienischen Kinderoper. „Salvatorella“. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag, 10.: Drittes Gastspiel der italienischen Kinderoper. „Salvatorella“. Anfang nachm. 4 Uhr. Abends: „Die Antigon“. Montag nachm. 4 Uhr. Die zweite diesjährige Weltmusik-Ausführung von Richard Wagner's Nibelungen-Reihe „Der Ring des Nibelungen“ ist für folgende Tage festgesetzt: Montag, 11. Oktober: „Das Rheingold“; Dienstag, 12. Oktober: „Die Walküre“; Mittwoch, 13. Oktober: „Siegfried“; Freitag, 15. Oktober: „Götterdämmerung“. Den Siegfried singt zum ersten Mal Herr Ernst Kraus. Die Besetzung der übrigen Hauptrollen ist dieselbe wie im ersten Aufzuge. Kapellmeister Weingartner dirigirt. Das Abonnement ist aufgehoben. Die Preise zu jeder Vorstellung sind folgende: I. Rangloge 12 M., I. Rang Balkon und Parquet 10 M., II. Rangloge und Balkon 7 M., III. Rangloge und Balkon 5 M., IV. Rang Loge 2,50 M., IV. Rang Stuhlgang 1,50 M. - Das Deutsche Theater bringt in dieser Woche Wiederholungen von Max Halbes Drama „Mutter Erde“ außer diesen Sonntag Abend noch am Dienstag, Donnerstag und Freitag. Die verlustfreie Woche wird Montag und Mittwoch gegeben. Am nächsten Sonnabend geht das neue fünfaktige Schauspiel „Agnes Jordan“ von Georg Hirschfeld zum ersten Mal in Szene und wird am darauf folgenden Sonntag Abend wiederholt. - Im Vossing-Theater wird „Das Tölpel“ diesen Sonntag, am Dienstag, Mittwoch und Freitag wiederholt. Am Montag wird „Sodom und Gomore“, am Donnerstag „Die Gese“ mit Adolf Klein als Grafen Traub gegeben. Die neuen französischen Gaudeverstellungen von Rabane Nijane und der Gesellschaft des Baubetrieb-Theaters werden am Sonnabend mit Alphonse Daudet's Schauspiel „Sappho“ eröffnet und am Sonntag mit Rabane Sans Gêne fortgesetzt. Die Nachmittags-Vorstellungen werden am heutigen Sonntag „Das Glück im Winkel“, am nächsten Sonntag „Grimm“ gegeben.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Sonnabend nicht von 6 bis 7 1/2 Uhr, sondern von 7 1/2 bis 9 Uhr abends statt. Rothe Kelle. Kandidat im Wahlkreise Uedom-Wollin 1893.

Briefkasten der Expedition.

Israel. Das Inserat kostet bei dreimaliger Aufnahme netto 8,20 M. H. Krüger, Spremberg. Sie müssen bei Ihrem Postamt reklamiren. Von hier gehen die Zeitungen stets pünktlich zur Post.



**Achtung! 2. Wahlkreis. Achtung!**  
Sonntag, 3. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, bei Zubell, Lindenstr. 106:  
**Versammlung.**  
L.O.: Vortrag des Genossen Wagner über: Religion und Evolution.  
Nach dem Vortrage: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.  
Um zahlreichem Besuche bitten  
211/17  
Die Vertrauensperson.

**Sozialdemokratischer Verein**  
für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
Donnerstag, den 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,  
im Lokale des Herrn Köllig, Rosenthalerstraße 11-12:  
**Ordentliche General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 245/16  
1. Vortrag des Genossen Gruppe über: Kolonialpolitik 2. Dis-  
kussion 3. Bericht des Vorstandes und des Kassiers 4. Neuwahl des  
Vorstandes, 5. Vereinsangelegenheiten und Beschiedenes.  
Um zahlreichem Besuche bitten  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
Dienstag, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,  
im Lokale von Wernau, Schwedterstr. 23:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag über Koboldpierre. Referent: Herr  
Schütte. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 246/20  
Zahlreiche Erscheinungen erwartet.  
Der Vorstand.  
Die Abteilungsleiter werden ersucht, in der Versammlung zu erscheinen.  
NB. Die Generalversammlung findet Donnerstag, d. 14. Oktober, statt.

**Berliner Arbeitervertreterverein**  
Am Dienstag, den 5. Oktober 1897,  
abends 8 1/2 Uhr,  
bei Buske, Grenadierstr. 33:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vespredung über die Uebertragung der Weisung in den einzelnen  
Schiedsgerichts-Einigungen. - 2. Diskussion. - 3. Beschiedenes.  
Die Schiedsgerichts-Besitzer und deren Erlösnummern sowie die Arbeiter-  
vertreter und deren Erlösnummern werden hierzu besonders eingeladen.  
Wähe haben Zutritt. - Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht  
63/13  
Der Vorstand.

**Bildungsverein „Mehr Licht“**  
Sonntag, den 3. Oktober, mittags präzis 12 1/2 Uhr:  
Besuch der Bergakademie, Invalidenstr. 42/44,  
unter Führung des Herrn Dr. Josl. Treffpunkt vor derselben.  
Abends 6 1/2 Uhr, **Versammlung.**  
Alexanderstraße 27c:  
Vortrag des Herrn Dr. Josl über: „Die ersten Formen des Lebens“  
- Diskussion. - Danach: **Geselliges Beisammensein und Tanz.** - Wähe sind stets willkommen.  
Wardrobe 10 Pf. - Entree für Wähe 10 Pf. - Mitglieder frei.  
57/9

**Zentralverein der Bildhauer.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Dienstag, den 5. Oktober, abends präz. 8 1/2 Uhr, Köpckeplatz 62:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäftliches. - 2. Bibliothekabend. - Wie stellen sich die Mit-  
glieder zur Einführung eines Handbuchs für die Bibliothek? -  
3. Beschiedenes. 30/3  
Bei der geschäftlichen Mächtigkeits der Tagesordnung erwartet zahlreiches  
Besuch  
Der Vorstand.

**Große öffentliche Versammlung**  
für Männer und Frauen des  
**Samariter-Kursus**  
für Arbeiter und Arbeiterinnen  
Montag, den 4. Okt., abends 8 1/2 Uhr, bei Wernau, Schwedterstr. 23.  
Vortrag des Herrn Dr. Friedberg über: „Die  
erste Hilfe bei Unglücksfällen.“  
Gründung der Filiale im Kurden Brunnenstr. 150 am Montag, den  
18. Oktober, und der Zentrale, Beuthstr. 20, am 11. Oktober, abends 9 Uhr.  
Neue Teilnehmer werden ebenfalls aufgenommen.  
155/7  
Der Vorstand.

**Kistenmacher!**  
Montag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, in den Armuthallen,  
Kommendantenstr. 20:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die Sperre bei Keilung. 2. Diskussion und Beschiedenes.  
Der Vorstand. J. A.: Franz Schulz, Schwedterstr. 47.  
Die Kollegen, die vom Stiftungsfest mit dem Biletts noch nicht  
abgerechnet haben, werden dringend ersucht, dies spätestens am Montag in  
der Versammlung zu thun. 94/4

**Achtung! Rabitz-Putzer.**  
Montag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, bei Herrn Hoffmann,  
Alexanderstr. 27c:  
**Große öffentliche Versammlung**  
der Rabitz-Putzer Berlins und Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Situationsbericht über den Stand der jetzigen Bewegung und weitere  
Stellungnahme zu derselben. 2. Diskussion. J. A.: Karl Nieke.  
NB. Es ist Pflicht eines jeden Rabitzputzers, in der Versammlung zu  
erscheinen.

**Verein deutscher Schuhmacher.**  
**Versammlungen**  
am Montag, den 4. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr.  
Zahlstelle I bei Feind, Weinstraße 11: Vortrag d. Kol. Langow.  
Zahlstelle II bei Lange, Dragonerstr. 15: Vortrag.  
Zahlstelle III bei Cohn, Beuthstraße 20: Vortrag des Kollegen  
Gnamacher. 296/5  
Zahlstelle IV bei Koll, Wäberstr. 21: Vortrag.  
Zahlstelle Schöneberg bei Obst, Oranienstr. 110.  
Zahlstelle Friedrichsberg bei Fuchs, Frankfurter Allee 49.  
Um zahlreiche Theilnahme bitten  
Die Bewahmüchtigen.  
Dieseligen Kollegen, welche noch mit der Abrechnung von Biletts im  
Rückstande sind, werden dringend ersucht, ihrer Pflicht nachzukommen.

**Achtung! Dekateure! Achtung!**  
Dienstag, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen  
Garten, Alexanderstr. 27c:  
**Öffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Kotske. 2. Diskussion. 3. Delegiertenwahl  
zur Gewerkschaftskommission. 4. Beschiedenes.  
11/13  
Der Vertrauensmann.

**Möbel auf Credit**  
Nächstes Bismarck  
bei auf Jahre vertretlicher  
Zahlungsweise  
Central-Möbel-Halle  
BERLIN,  
Kommendantenstraße 51.

**Arbeiter-Sängerbund**  
Berlins und Umgegend.  
Sonntag, den 10. Oktober 1897, vormittags 11 Uhr,  
im Saale der „Brauerei Friedrichshain“:  
**Uebungsstunde.**  
Folgende Lieder werden gesungen: 1. Mahnruf. 2. Völkerrückzugslied. 3. Gruß an den Rat. 4. Drei  
Ehrenzeiten. - Die Vereine werden ersucht, vollständig und pünktlich zu erscheinen. - Wichtige Mittheilung  
des Vorsitzenden. - Bundes-Mitgliedskarte legitimirt. 17/11  
NB. Im Nebenloale: Empfangnahme von Beiträgen und Ausgabe eines neuen Bundesbilletts. - Die  
Adresse des ersten Schriftführers ist: Otto Rasche, Brangelstraße 11. D. D.

**Rixdorf und Umgegend.**  
**Achtung! Bauarbeiter. Achtung!**  
Große öffentliche Versammlung der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter  
am Dienstag, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Kramer, Hermannstraße 199.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Berger. 2. Diskussion. 3. Bericht der Delegirten  
vom Gewerkschafts-Komitee und Neuwahl desselben. 4. Beschiedenes. [30/17]  
Der Vertrauensmann.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Morgen, Montag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Beuthstr. 20/21:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**

**Achtung! Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken u. auf Holzplätzen besch. Arbeiter Deutschlands.**  
(Zentrale Berlin.)  
Montag, den 4. Oktober, in Wilko's Lokal, Andreadstraße 26:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 62/10  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom III. Quartal 1897.  
4. Wahl des 1. Kassiers und eines Revisors, ferner eines Arbeitnagewerks-  
Kommissionsmitgliedes. 5. Gewerkschaftliches. Der Vorstand.

**Verband d. Fabrik-, Land-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**  
(Zahlstelle Berlin.)  
Donnerstag, den 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Colberger Salon,  
Colbergerstraße 23:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht. 2. Kassensbericht und Bericht der Revisoren. 3. Neu-  
wahl der Bevollmächtigten und Revisoren. 4. Verhandlungsangelegenheiten  
und Beschiedenes. - Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.  
Mitgliedskarte legitimirt. Die Bevollmächtigten.  
Wichtig ist werden die Mitglieder auf das am 23. Oktober stattfindende  
I. Stiftungsfest aufmerksam gemacht, welches im „Gölliner Hof“, Gölliner-  
straße 8, stattfindet. Zahlreicher Besuch wird erwartet. 64/15

**Berliner Genossenschafts-Bäckerei**  
(G. G. m. b. H.)  
Neue Hochstr. 18. Plannfer 16.  
Theilen den Genossen hierdurch mit, daß wir unser  
Komptoir und Bäckerei  
von Straßunderstr. 8 nach  
Neue Hochstraße 18, 2. Hof,  
verlegt haben.  
Durch Vergrößerung unseres Geschäfts sind wir jetzt in der Lage,  
bedeutend mehr Brot zu liefern. Unser größtes Backrohr soll es  
sein, den Genossen ein wirklich reines Roggenbrot zu liefern.  
Gleichzeitig machen wir auf das in der nächsten  
Nummer erscheinende  
Verzeichniß der Verkaufsstellen  
unseres Brotes aufmerksam.  
Der Vorstand.

**Arbeiter-Bildungsverein Schöneberg.**  
**General-Versammlung**  
am Montag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, bei Obst,  
Grünealderstraße 110.  
Abrechnung und Neuwahl des Gesamtvorstandes. 105/00  
„Märkischer Hof“, Admiralstr. 18c. Jeden  
Sonntag im prachtvollen  
Spiegelaal: Gr. Festball. Anfang 4 Uhr, Ende 2 Uhr. Or. Horn und  
Streichmusik. Beide Abende zu gleicher Zeit, Vereinsfestlichkeiten u. Versammlungen  
i. d. verg. Die Restaurationsräume liegen Sonntags den geehrten Familien zur  
Verfügung. Große und kleine Vereinszimmer sind noch frei.  
Kellner „Sängerheim“,  
O. Blumenstraße 35. \*  
Telephon: Amt VII Nr. 3760.  
Arbeitsnachweis der Möbelpolier, Brauer, Brauerei-Hilfsarbeiter u. f. w.  
Zahlstelle des Holzarbeiter-Verband, Metzlarbeiter-Verband, des Vereins deutscher  
Schuhmacher, des Reich. der Gold- u. Silberarbeiter, der Vereinigung der  
Kaler und des Wahlvereins des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises (Oden).

**Robert Scheere,** Kellner „Sängerheim“,  
O. Blumenstraße 35. \*  
Telephon: Amt VII Nr. 3760.  
Arbeitsnachweis der Möbelpolier, Brauer, Brauerei-Hilfsarbeiter u. f. w.  
Zahlstelle des Holzarbeiter-Verband, Metzlarbeiter-Verband, des Vereins deutscher  
Schuhmacher, des Reich. der Gold- u. Silberarbeiter, der Vereinigung der  
Kaler und des Wahlvereins des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises (Oden).

**W. Niefert's Fest-Säle**  
Empfehle Vereinszimmer. Mehrere  
Zonnabende und Sonntage frei.  
30248  
B. Niefert.  
200-1000 Personen, mit  
Wähe, Sonnabend und  
Sonntags zu vergeben.  
Näheres Frig. Schröder, Wiesen-  
straße 39. Tel. II 623.

**Schöneberg.**  
Empfehle mein Weiss- und  
Bairisch-Bierlokal. Großes  
Vereinszimmer heißt zur Verfügung.  
Zahlstelle des Zentralverbandes der  
Maurer und des Zentralverbandes  
der Transport- und Vertriebsarbeiter.  
Otto Schilling, Köpckeplatz 10.

**Möbel auf Credit**  
Nächstes Bismarck  
bei auf Jahre vertretlicher  
Zahlungsweise  
Central-Möbel-Halle  
BERLIN,  
Kommendantenstraße 51.

**Teppiche,**  
Sophie u. Salongröße, 5, 6, 8, 9, 10 bis  
100 M. Väterkoffe 40, 50, 60, 80-100.  
Gardinen, Portièren, Tisch-  
decken, Steppdecken u. s. w.  
zu spottbilligen Preisen. Fabrikpreis  
A. Michaelis,  
Friedrichstr. 7. 30311\*

**Kinderwagen,**  
Kinder-Bett-  
stellen 6,00; 9,00;  
15,00; 18,00; 6 bis  
hochmodern.  
Weiter, Sport-  
u. Wappentag.  
(Verband  
ab Fabrik.)  
E. Stassny,  
Berlin C., nur Wäher. 21. \*

**Achtung! Die Hosenfabrik**  
30909\* verläßt jetzt  
Pr. Stoffhosen von 3,00-7,50  
- Arbeits-Overhosen 2,25-5,00  
- Winter-Overhosen von 5,00-9,00  
- Winter-Anzüge 12,00-20,00  
- Kinder-Anzüge 2,50-8,50  
- Deutschen-Anzüge 4,50-12,00  
- Knabenhosen 6,5 Pf. bis 2 Pf.  
nur bei W. Mathews,  
Wallfadenstr., zur rothen 7.

**Wild-West**  
Sonntag, den 3. Oktober,  
vormittags 10 Uhr,  
bei Uhte, Kreuzbergstraße:  
**Rekruten - Abschied**  
(H. Ciesion).  
Das Erscheinen sämtlicher Mit-  
glieder ist dringend erforderlich. 10459  
Zähne v. M. 2 an eventuelle  
Theilnahme.  
Frau Olga Jacobson,  
63/11\* Invalidenstr. 145.

**Aluminium-Gebisse,**  
Preis per Zahn mit Waage 4 Mark  
**Kautschuk-Gebisse**  
Preis per Zahn mit Waage 3 Mark.  
Blomben 1,50 M., Zahnzähne 6 Mark.  
Schmerzloses Nehmen eines od. mehrerer  
Zähne (Nachges. od. Chloroformnarkose)  
im Hause eines Arztes 6 Mark.  
Waldemar und Reinhold Haupt,  
Friedrichstr. 18 II.  
Dr. Dury, Altkönigstr. 113 II.

**Dr. med. Schaper,**  
pr. homöop. Arzt u. Spezial-  
arzt f. Haut- u. Halsleiden,  
Frauenkrankheiten.  
W. 35, Schönborger Ufer 25.  
Spr. 9-1, 4-7, 1. Damen 4-5 nachm.  
Auswärts broditlich.

**Dr. Derrnehl's**  
Eisenpulver.  
Ganz vorzügliches Eisenpräparat seit  
30 Jahren bekannt und überall be-  
währt. Schachtel 1,50; Packung 3 Sch.  
4,50. Kein Gummimittel. Keine  
beigebackte Hauptbestandtheile: Sporene  
um weißen Schwamm, Berlin,  
Spandauerstr. 72, edit u. Schimpfstr.

**Kanarien-Vorschläger billig.** Göbde,  
Reinholdenstraße 54.

**H. Richter, Optiker,**  
Berlin C., Wallstraße 1,  
Ecke Spittelmarkt.  
Neugold-Pincenez  
Radenower  
Neugold-Brillen und Pincenez,  
garantirt nie schwarz werdend, von  
Gold nicht zu unterscheiden. R. 2,50.  
Niedrigste u. Pincenez R. 1,50.  
No. allerfeinste Qualität R. 2,50.  
Massiv Goldbrillen u. Pincenez  
R. 8. Schmecker R. 10, extra Raff  
12 M. Alles mit den besten Raden-  
ower Krystallgläsern I. Qual. ver-  
sehen. Sperrgläser, rein achromati-  
sch, R. 5. Neu! Richter's Operm-  
und Reifgläser. 31729\*

**„Excelsior“**  
inkl. Federreis u. Nieren R. 12.  
übertrifft alles bisher Gesehenes.  
Prompter Versand nach überall geg.  
vorherige Einlieferung oder Rodnahme.  
Genaueste Fachkenntniß.  
Preislisten gratis und franco.

**M. Krüger's**  
Speise-Teinöl  
ist das anerkannt beste. In haben in  
allen Kolonialwaren- und Vorhof-  
Geschäften. Engros-Verkauf: Berlin,  
Erlangerstraße 105.

**„Auf Theilzahlung!“**  
Schlag-Regulat. 142, geb. 18 M.  
Silb. Herren-Regulat. Uhr 15 \*  
Uhrmacher  
Charlottenstraße Nr. 15.  
Rein Abzahlungsgeschäft.

**Trauringe** reelle Dufaten, so  
schon 900. 2 Dufat.  
22,50 M. 1 1/2 Dufat. 17,50 M. Kronen-  
gold gehemp. 900. 7 Gramm 20,50 M.  
57, Gramm 15,50 M. Alle anderen  
Goldwaren ebenso reell. 17234b  
Hugo Lemecke, Auguststr. 91st.  
nahe d. Oranienburgerstr. Wehr. 1840.

**Die Möbel-Fabrik**  
von P. Nolle, Zionskirchstr. 40,  
empfiehlt für reichhaltiges Lager voll-  
ständigste Wohnungseinrichtungen sowie  
einzelner Möbel. Theilzahl. gestattet.

**H. Zimmermann,**  
Uhrmacher u. Juwelier,  
206. Oranien-Str. 206.  
Regulaturen, 14 Tage gehend  
u. schlagend, in Nassh. M. 12,50  
Reparaturen an Uhren u. Gold-  
sachen billigst unter Garantie.

**Möbel**  
Polsterwaaren-Fabrik  
173. Oranienstraße 173.  
Billigste und verständigste  
Bezugsquelle für dürgerl. Wohnungs-  
einrichtungen. Verkauf zu Fabrik-  
Preisen. Fabrik u. Lagerort: Berlin,  
Erlangerstr. 63, M. G. G. 3125\*

**Graefe's Fleckwasser**  
beseitigt jeden Fleck, ohne den Stoff  
anzuzufressen. In Flasche 25 Pf. Droguerie  
Erlangerstr. 63, M. G. G. 3125\*

**Einem Theil der**  
heutigen Auflage liegt  
ein Prospect des Kanonikers  
Wilh. Joseph, Schöneberg,  
Großgörschestr. 1, Ecke Gansu  
Kreuz, bei.

**Teppiche**  
in jeder Stil und jeder Holzart  
ausgeh. billig, auch auf Theilzahlung.  
Or. Lager gedruckter und vertheilt  
gewordener Möbel. 32329\*

**Oranienstr. 73.**  
Teppiche unter Fabrikpreis,  
Vorläufer, Tisch u. Steppdecken  
hochbillig. F. Stoehr, Königs-  
graden, Brühlstr. 66. 30029\*

**Teppiche**  
in jedem Stil und jeder Holzart  
ausgeh. billig, auch auf Theilzahlung.  
Or. Lager gedruckter und vertheilt  
gewordener Möbel. 32329\*

**Oranienstr. 73.**  
Teppiche unter Fabrikpreis,  
Vorläufer, Tisch u. Steppdecken  
hochbillig. F. Stoehr, Königs-  
graden, Brühlstr. 66. 30029\*

Infern neuesten Kurs.

- 1. Pöfnitz. Die Genossen Mählich und Kowalewski wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz je 15 M. Geldstrafe.
Magdeburg. Die Fabrikarbeiter Schlich und Hegebart wegen Bedrohung, Nötigung etc. 6 Wochen bzw. 4 Monate Gefängnis.
Leipzig. Wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung der Maurer Orth 14 Tage, ein anderer 3 Monate Gefängnis.
2. Berlin. In der Revisioninstanz 7 Genossen aus Wiesbaden wegen Verstoßes gegen die Heilighaltung des Sonntags je 3 M. Geldstrafe.
4. Leipzig. 2 Monate Gefängnis der Maurer Schneider wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
Hannau. Genosse Stadthagen 200 M. Geldstrafe wegen Nichterbestätigung.
Magdeburg. Genosse Bahle und Drucker Arnoldt je 2 Wochen Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
7. Dresden. Vier Maurer je 1 Monat, einer 5 und einer 6 Monate Gefängnis wegen Bedrohung, Beleidigung etc. von Streikbrechern.
Göttingen. Wegen Verübung groben Unfugs Genosse Boel 30 M. Geldstrafe.
Wittenberge. Wegen des gleichen Delikts Genosse Lademann 50 M. Geldstrafe.
Hildesheim. 4 Schachlarbeiter wegen Bedrohung und Nötigung je 2 Monate Gefängnis.
8. Lübeck. Zwei Tischler je 1 Monat, ein dritter 4 und ein vierter 6 Wochen Gefängnis wegen Beleidigung von Streikbrechern.
Erfurt. Genosse Coors 100 M. Geldstrafe wegen Beleidigung eines Streikbrechers.
9. Königsberg. 50 M. Geldstrafe Genosse Erdmann wegen Beleidigung eines Gutbesizers.
Mühlhausen. Wegen Beleidigung eines Pfarrers Genosse Buch 2 Monate Gefängnis.
10. Stade. Die Genossen Thiel und Kaufmann in Garburg je 100 M. Geldstrafe wegen Senatorenbeleidigung.
11. Halle. 100 M. Geldstrafe Genosse Brandt wegen Beleidigung eines Offiziers. — Genosse Salomon 150 M. Geldstrafe wegen Beleidigung eines Weizenfeller Fabrikanten.
13. Dresden. Genosse Ungarade in Mitten 50 M. Geldstrafe wegen Zulassung von Nichtmitgliedern zu einem Vereinsfest gegen Zahlung von Eintrittsgeld.
Halle. Wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft Genosse Albrecht 60 M. Geldstrafe.
14. Neuenh. In einem Monat Gefängnis die Arbeiter Tustler und Wahlawel wegen Betrugs, der bei der Aufnahme von Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes begangen sein soll. Im Abonnement des Verbandsorgans sei die Mitgliedschaft im Verband einbezogen.
Penzig. Ein freilebender Holzrucker einen Monat Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
15. Jwikau. Genosse Goldstein 50 M. Geldstrafe wegen Beleidigung.
Iserlohn. Wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz Genosse Maue 15 M. Geldstrafe.
16. Hamburg. Im Wiedererfassungverfahren ein Ewerführer wegen Verletzung etc. 7 Monate Gefängnis.
Dresden. Eine Woche Gefängnis Genosse Nischke wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
17. Halle. Die Schuhmacher Jebisch und Hillner je 10 M. Geldstrafe wegen Verstoßes gegen die Strafenordnung.
Leipzig. Der Maurer Heinrich wegen Beleidigung Streikbrecher 24 M. Geldstrafe. — Wegen des gleichen Delikts und wegen Körperverletzung der Arbeiter Brate einen Monat Gefängnis.
18. Leipzig. In der Revisioninstanz Genosse Horn in Pöbtau 10 Monate Gefängnis wegen Beleidigung mehrerer Gütendirektoren.
Berlin. Wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz der Genossen Dechen d 20 M. Geldstrafe.
Leipzig. Ein Maurer 1 Woche, ein anderer 3 Wochen 5 Tage Gefängnis wegen Bedrohung von Streikbrechern.
Penzig. Einen Monat Gefängnis Genosse Nisi wegen Verstoßes gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
21. Leipzig. Wegen Mißhandlung von Streikbrechern der Maurer Wsche 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis. — Der Maurer Knosow wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung 1 Monat Gefängnis.
22. Hamburg. Genosse Runds wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz 10 M. Geldstrafe.
Nürnberg. Wegen Beleidigung der städtischen Kollegien Genosse Löwenstein 2 Monate und 15 Tage Gefängnis.
Leipzig. Der Maurer Kitzling wegen Nötigung 4 Monate; wegen Verstoßes gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung der Maurer Frindl ein Monat 3 Tage und der Maurer Frischke 1 Woche Gefängnis.
23. Tangau. Genosse Stolpe wegen Anstiftung zu einer unerlaubten Handlung 10 M. Geldstrafe.
Halle. In der Berufunginstanz Genosse Thiele wegen Beleidigung 40 M. Geldstrafe.
24. Leipzig. 14 Tage Gefängnis der Maurer Krause wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
Burgstädt. Genosse Wagner wegen Beleidigung eines Vorarbeiters 1 Monat Gefängnis.
25. Leipzig. Der Maurer Schmeißer wegen Körperverletzung 6 Wochen und der Maurer Loose wegen Bedrohung etc. 4 Wochen Gefängnis.
Gresfeld. Genosse Wolters wegen Beleidigung eines Fabrikanten 50 M. Geldstrafe.
Magdeburg. 500 M. Geldstrafe Genosse Bahle wegen Beleidigung des Staatsministers.
27. Köpenick. Wegen Beamtenebeleidigung Genosse Zubeil in Berlin 100 M. Geldstrafe.
Berlin. 2 Monate Gefängnis der Maurer Blasing wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
Leipzig. Wegen Körperverletzung bzw. Beihilfe dazu der Maurer Vertbold 6 und die Maurer Jakob und Ornth je 3 Monate Gefängnis.
30. Wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten Genosse Stadthagen 6 Wochen Gefängnis.
Dresden. Genosse Nischke wegen Beleidigung eines Theaterdirektors 50 M. Geldstrafe und 100 M. Buße.
Insgesamt wurde erkannt auf 2130 M. Geld- und 8 Jahre 10 Monate 1 Woche und 2 Tage Gefängnisstrafe.
Hamburg, Simsbüttel, den 1. Oktober 1897.
Der geschäftsführende Ausschuss.

Arbeiter-Proporz und Bourgeois-Proporz.

Von einem Schweizer, Karl Bürkli von Zürich. (Siehe Nr. 223.)

II. Da in Deutschland bei Reichstagswahlen das Einer-Wahlkreis-System existiert, wo so wie von einem Proporz nicht die Rede sein kann, so verstand es sich für die deutschen Sozialdemokraten schon vor zwanzig Jahren von selbst, daß man die Einer-

wahlkreise abschaffen und dafür aus dem ganzen Reiche einen einheitlichen Wahlkreis schaffen sollte. In England gab es in der Hauptsache nur Einer- und Zweier-Wahlkreise und so konnte 1859 Thomas Hare auch auf nicht anderes kommen, als das Einer-Stimmrecht auf das ganze Reich, Großbritannien und Irland, als einheitliches Wahlgebiet zu empfehlen. — Damit waren zwei wichtige Proporz-Grundsätze ausgesprochen; 1. die Stimmberechtigten sollen ihren Gesinnungsgeossen durch das ganze Reich oder Wahlgebiet, und nicht bloß in einem engen Wahlkreise die Hand reichen dürfen, um ihre Vertreter in den Rath zu wählen; 2. der Wähler kann nicht mehr als eine gültige Stimme haben, eine Hauptbedingung des wahren Proporz.

In der Schweiz war aber die Sachlage eine ganz andere. Hier gab und giebt es nur ganz wenige Einer-Wahlkreise; Bund und Kantone sind eingetheilt in mehrplätige, sogar sehr vielplätige Wahlkreise, wo 2, 3, 4, 5, 7, 10, 15, 20, 30, ja sogar in einem Canton Wahlkreise 40 Vertreter zu wählen sind, und jeder Wähler darf so viel gültige Stimmen abgeben als Vertreter zu wählen sind. Das ist das Listenstrutinium, ein vorzügliches Werkzeug für den Major, denn wenn die Anhänger der Majorität die vom Parteikomitee vorgeschlagenen Kandidaten, seien es nun 5, 10, 20, 30, 40 alle auf ihre Stimmzettel schreiben, so sind auch alle, tutti quanti und zwar im ersten Wahlgang gewählt, und die Minderheit sieht draußen im Schnee. — Seit bald 70 Jahren, seit anno 1830 wird dieses Listenstrutinium in der Schweiz praktiziert, und unsere konservativen und liberalen Proporz-Zuschneider behaupten stief und fest, ohne das Listenstrutinium hätte das Volk nie und nimmer den Proporz angenommen, denn das Listenstrutinium sei ja das beste, allgewohnte Werkzeug des Major, müsse daher auch das beste für den neuen Proporz sein. Es kam diesen Bourgeois gar nicht in den Sinn, daß es sich beim Proporz ja nicht darum handeln könne, wie beim Major, die Majorität zu wahren und leicht zum Ausdruck zu bringen, sondern daß es sich beim Proporz im Gegentheil nur darum handeln könne, die Proportionalität, d. h. die verschiedenen Parteien, die Portionen, die Proportion zu wahren und zum richtigen Ausdruck zu bringen, was aber mit dem Listenstrutinium nur sehr mangelhaft, wohl aber mit dem Einer-Stimmrecht fix und fertig gebracht werden kann. Der Raum erlaubt nicht, diesen Widerspruch an Beispielen zu erheben und auf die verschiedenen Proporz in den Kantonen näher einzutreten. Sie sind alle sehr kompliziert und für die Massen schwer verständlich, was natürlich die Gegner, die „Majoritarier“, nach Kräften ausbeuten, so daß der Proporz in der Schweiz nur lang- und mühsam voran kommt.

Bei einem Proporz, wo der Wähler 20, 30 und 40 gültige Stimmen abgeben kann oder auch nicht, können ganz kuriose Streiche gespielt werden. Solche Wahlkreise sind auch schon praktiziert worden und werden es in Zukunft immer mehr werden, leider zum Schaden des guten und gerechten Prinzips. Das Listenstrutinium läßt sich beim Proporz nur da leicht ausführen, wo die Wahlkreise nicht zu groß sind, nur 3 bis 7 Vertreter zu wählen haben; und zwischen diesen Zahlen schwankt denn auch die übergroße Mehrzahl der schweizerischen Wahlkreise. Das haben die nordamerikanischen Bourgeois auch gleich herausdividiert: nur Wahlkreise von nicht mehr als 7, höchstens 9 Vertretern (not more than 7 or 9 at most), wie der Hauptberichterstatler in Saraloga ganz besonders betonte. Diese wollen von Wahlkreisen von 20, 30 und 40, wie in Bern, Neuenburg und Geni nichts wissen, weil da gar leicht Konfusion entsteht, und gar arge Streiche gespielt werden können.

Aber das ist ja gerade der Hauptgrund — die Kleinheit der Wahlkreise —, der den Sozialdemokraten das nicht entwicklungsfähige Proporz-Listenstrutinium unannehmbare macht, denn wir verfügen in diesen Wahlkreisen, besonders auf dem Lande, nicht über ein Drittel, ja nicht einmal über ein Siebentel; diese Stimmen gehen daher für die gute Sache verloren, was nicht der Fall wäre bei großen Wahlkreisen von 30, 40 und noch mehr Vertretern oder wenn das ganze Land einen Wahlkreis bildete. Es ist ja klar, daß man beim rechten Proporz vor allem nach Vergrößerung der Wahlkreise und schließlich nach gänzlicher Abschaffung streben soll, weil die wirkliche Wahlfreiheit des Wählers erst dann eintreten kann, wenn das ganze Wahlgebiet ein ist, wo alle Gleichgesinnten im ganzen Reich sich zusammenschließen und ihre wirkliche Stärke zeigen können. Diese Forderung: Abschaffung der nur für Wahlzwecke ausgeheilten Wahlkreisordnung ist auch eine wichtige politische Frage für die Sozialdemokratie; ist diese einmal in den Köpfen drin, wird sie schon in absehbarer Zeit zur That werden. Aber das ist ja eben beim Listenstrutinium gar nicht möglich, weil es schon seiner Natur nach beim Proporz eine reaktionäre Institution, eine Krähwinkel ist, die nur in einer gewissen Sorte Wahlkreise leidlich arbeitet. Sobald es in die 20, 30, 40 Vertreter hineingeht, tritt Konfusion ein, und wenn man gar die Wahlkreise ganz abschaffen und aus dem ganzen Reich einen Wahlkreis formiren wollte, ist das Listenstrutinium ganz und gar unbrauchbar und würde zum trübseligen Anstich führen, denn man müßte ja dann jedem deutschen Wähler bei Reichstags-Wahlen 397 gültige Stimmen geben, die er ganz nach Willkür auf die verschiedenen Parteien vertheilen und vergeuden könnte. Natürlich verbietet ja schon die Logik und der gesunde Menschenverstand eine solche Anwendung des Listenstrutiniums und führt ganz von selbst zum allein wahren Grundsatz, daß jeder Wähler nur eine gültige Stimme haben kann: zum Einer-Stimmrecht, d. h. zur Proporz-Maschine, die in allen Proporz-Verfassungen, ob groß oder klein, mit derselben Präzision und Schnelligkeit arbeitet.

Der englische Reform-Verein vom Jahre 1868, an dessen Spitze auch mehrere Arbeiterführer der Trades-Unions standen, stellte folgende vier Grundsätze, die schon 1859 von Thomas Hare des Umständlichsten beschrieben worden:

- 1. Es soll keine Zwangsvereinigung der Wähler in bestimmten Wahlkreisen mehr geben; der Wähler soll die Hauptfache sein, nicht die Erde, d. h. das ganze Land oder Wahlgebiet soll ein einheitlicher Wahlkreis sein. Eine Wahleinheit (an electoral unit, a constituency) d. h. die gleiche Zahl von Wählern, welche über die Wahl eines Kandidaten sich verständigt haben, sollen, wo immer sie im Vereinigten Königreich, in Großbritannien und Irland wohnen, das Recht haben, ein Mitglied ins Parlament zu senden; wo immer er sein möge, soll der Wähler den gleichen Antheil an der politischen Macht haben; so wird die Einrichtung der freien Vereinigung auch in Sachen des politischen Lebens zur Geltung gebracht.
2. Jeder gewählte Kandidat soll eine bestimmte Zahl von Stimmen (damals für das englische Parlament etwa 3000) oder den

\*) Schon damals fand man: Was eigentlich gesetzlich fixirt werden sollte, sei nicht die Zahl der Parlamentsmitglieder (das sei ja nur eine Konsequenz des Majorzes, d. h. der Wahlkreis-Eintheilung), sondern die Zahl der Stimmen, die ein Mitglied haben sollte, sei zu fixiren; daß sei die Konsequenz des Proporz in einem einheitlichen Wahlkreis. Seither behaupten viele namhafte Proporzkenner: „Was vor der Wahl fixirt worden, sei nicht die Zahl der Repräsentanten, sondern die Zahl der Botanten (Stimmenden), die zur Wahl eines Repräsentanten nötig sei. Jeder Kandidat, der diese Zahl nicht erreiche, sei eben nicht gewählt.“ Das wäre freilich das Beste, weil allerorts, denn dann fallen alle jene komplizierten Rechnungen des Quotienten-Systems, auch die berühmten des Belgiers Victor D'Hondt und anderer ganz weg; für die Wahlbureau wäre es eine wahre Wohlthat, und der Wähler würde dann schon lange vor der Wahl, wenn mein Kandidat so und so viel Stimmen hat, z. B. in ganz Deutschland bei Reichstags-Wahlen 20 000 Stimmen, so ist er im Reichstag drin. Diese vor der Wahl gesetzlich bestimmte Stimmenzahl — eine Durchschnittszahl aus früheren Wahlergebnissen — würde je nach Bedürfnis und Wahlbetheiligung vom Parlament höher oder niedriger gestellt. Die jetzige

Wahl-Quotienten haben, was darüber ist, kommt einem andern, dem auf dem Stimmzettel nächstfolgenden Kandidaten zu gut.“

3. Jeder Wähler soll nur einem Kandidaten gültig zustimmen können (single voting), darf aber als Eventualstimmen mehrere Kandidaten und zwar in der Reihenfolge, wie sie ihm am liebsten sind (in his order of preference) auf seinen Stimmzettel setzen, so daß, wenn seine Stimme nicht für den ersten auf seinem Stimmzettel gezählt werden kann, weil dieser schon gewählt ist, er die Chance haben möge (may have the chance), für den Zweiten gezählt zu werden, und wenn auch dieser schon gewählt wäre, für den Dritten, u. s. w. gezählt würde (alternative voting).“

4. In einem Wahlgang soll alles abgemacht sein.

Das englische Muster-Stimmzettel-Formular enthält folgende Bemerkung:

„Ich wünsche durch den Kandidaten vertreten zu werden, dessen Namen ich als Nr. 1 auf die oberste Linie gesetzt habe. Sollte derselbe aber sein Quantum Stimmen schon erhalten haben, bevor dieser mein Stimmzettel zur Verlesung oder Auszählung kommt, — oder wenn er die nötige Zahl nicht bekommen sollte und daher nicht gewählt werden könnte (or if he should fail to obtain a sufficient number, and therefore cannot be elected) —, so verfüge ich, daß meine Stimme auf denjenigen übertragen werde, welchen ich als Nr. 2 auf die zweite Linie gesetzt habe, und unfer denselben Bedingungen auf den Kandidaten Nr. 3 auf der dritten Linie u. s. w.“

Die Engländer geben dieser Art Stimmabgabe verschiedene Namen: Eventualstimmen, Preferential-Votum, Alternatio, Subidiar, Substitut-Votum. Die Franzosen heißen diesen Stimmzettel: Bulletin uninominal avec substitués, d. h. Einer-Stimmzettel mit Ersatzmännern.

Die deutschen Sozialdemokraten haben die englische Methode noch wesentlich verbessert und vereinfacht. Es sollen nicht nur geschriebene, sondern auch gedruckte Stimmzettel zugelassen werden. Es handle sich ja nicht um eine „Schreibübung“, sondern darum, ob der Wähler mit einem vereinbarten Wahlvorschlages einverstanden sei. Wenn er das aber ist, so solle er auch den gedruckten Wahlvorschlages als Stimmzettel gebrauchen dürfen. Da aber Papier, Format und Farbe dieser Wahlzettel gewöhnlich auffallend verschieden seien, was nicht nur für den Wähler, sondern ganz besonders auch für die Wahlbureau beim Sortiren sehr bequem wäre, so müßte zur Wahrung der geheimen Stimmabgabe jedem Wähler ein gleichartiger Umschlag zugestellt werden, in welchem der Wähler seinen gedruckten Stimmzettel verbergen könnte beim Einwerfen in die Wahlurne.

Aber nicht nur die geschriebenen, auch die gedruckten Stimmzettel könnten nach dem Vorschlage weggelassen, welchen Liebknecht schon vor mehr als dreißig Jahren im „Deutschen Wochenblatt“ gemacht hat, und nach welchem ganz Deutschland nur einen Wahlkreis bilden, und nicht nach Personen, sondern nach Parteien (allerdings mit Namensnennung auf den Wahllisten) gestimmt werden soll. Das gleiche will August Bebel („Die Sozialdemokratie und das allgemeine Stimmrecht“, 1895). Derselbe sagt da Seite 53: „Der Wähler stimmt bei dem Proportional-System nicht mehr für eine bestimmte Person, sondern für eine Partei.“ Die deutsche Sozialdemokratie wird schon das Ideal eines Proportional-Wahlsystems fertig bringen.

„Aber“, sagt Bebel in der angeführten Schrift, „das ist gerade der schwerwiegendste Grund für unsere herrschenden Klassen, es nicht zu wollen und mit aller Kraft seiner Verwirklichung entgegenzutreten.“

Korrespondenzen.

Bern, Ende September. (Eig. Ber.) Im Nationalrathe erneuerte der Abgeordnete Sädler in seinen vor drei Jahren nach Verwerfung des Zündhölzchen-Monopols gestellten und damals auch erheblich erklärten, aber vom Bundesrath bis heute noch nicht ausgeführten Antrag betreffend Verbot des Phosphors zur Zündhölzchen-Fabrikation. Er will aber auch den Gebrauch von Phosphor-Zündhölzchen verboten wissen und mit dieser Erweiterung möchte er das 1879 eingeführte und 1880 wieder außer Kraft gesetzte Gesetz wieder eingeführt haben. Bundesrath Lichner theilte mit, daß die bezüglichen Vorarbeiten im Gange seien, übrigens auch die Zündhölzchenfabrikation zurückgehe und andere Industrien Eingang finden, in denen die entlassenen Zündhölzchen-Arbeiter Beschäftigung erhalten. Der Nationalrath stimmte dem Antrage neuerdings zu und wird selber nun dem Ständerath zugehen.

Annahme fand auch das Postulat betreffend gesetzliche Regelung der Lohn- und Anstellungsverhältnisse der eidgenössischen Arbeiter, wozu unser Genosse Wulfschleger in der früheren Kommission für das Befoldungsgesetz die Anregung gegeben hatte. Der Referent Aebegg erwähnt eine Eingabe des Verbandes der Telegraphenarbeiter, worin darauf hingewiesen wird, daß ihrer viele jahraus und jahrein, sei es als Vorarbeiter oder Monteur von der Telegraphenverwaltung beschäftigt seien und einen gefährlichen Beruf haben. Sie wünschten dem eidgenössischen Angestellten gleichgestellt zu sein. Eine gleiche Eingabe machten der Kommission die Arbeiter der Militärverwaltung. Bundesrath Müller erklärt namens des Bundesraths die Annahme des Postulats, das ohne weitere Diskussion angenommen wird.

Im Kanton Aargau findet am 24. Oktober eine Volksabstimmung über zwei Gesetzes-Vorlagen statt, wovon die eine die Versicherung gegen Feuer-Gefahr und die andere eine Neuregelung des Wirtschaftswesens bezweckt. Die Gebäudeversicherung ist bereits obligatorisch und nun soll es auch die Mobilversicherung werden. Dabei werden die Familienvorstände verpflichtet, auch das Hab und Gut ihrer Arbeiter und Diensthofen mitzuversichern, welche Verpflichtung auch für alle Unternehmer gilt. Ausgenommen von der Versicherungspflicht sind Geld, Wertpapiere, Schmuck, Eisenbahnen, Schiffe, Sprengstoffe, Feststätten, Markt- und Schaubuden. So lange keine staatliche Versicherungsanstalt errichtet wird, hat die Versicherung bei den privaten Gesellschaften zu geschehen, mit denen der Regierungsrath günstige Versicherungsbedingungen vereinbaren wird. Der Abschluß der Versicherungsverträge erfolgt unter behördlicher Aufsicht. Die Durchführung des Versicherungswanges obliegt den Gemeindeführern. Wenn ein Versicherungspflichtiger mit dem Abschluß der Versicherung stimmt, so kann sie auf Kosten des Säumigen vom Gemeinderath abgeschlossen werden. Es wird ein staatliches Versicherungskontor errichtet und von der Regierung für möglichst kostensparende Versicherung und Kontrollirung gesorgt. Für nichtgezahlte Prämien kommt zunächst die Gemeinde auf und wenn sie von dem Pflichtigen auf dem Rechtswege die gezahlte Prämie nicht zurück-erhalten kann, so wird sie ihr vom Staate vergütet. Man erwartet die bestimmte Annahme des Gesetzes, da hierfür auch die Hausbesitzer stimmen werden, welche Aussicht auf niedrigere Prämien erhalten.

Die Zahl des Parlaments würde schwankend, was ja nicht viel zu bedeuten hätte, ein paar Duzend mehr oder weniger wäre wohl so ziemlich irrelevant, besonders wenn die Wahlperioden kurz wären, eine Integral-Erneuerung alle zwei oder drei Jahre vorgenommen würde. Bei kleinen Verwaltungskörpern, wie Regierungsrath, Stadtrath, Gemeinderath etc. müßte freilich das Quotientensystem beibehalten werden. Um die fixe Zahl der Rathmitglieder zu erhalten, dürfte die Methode der sukzessiven Herabsetzung des Quotienten zu empfehlen sein, wie sie in Thomas Hare's Buch, 4. Edition, London, 1873: The Election of Representatives, Parliamentary and Municipal; Anhang E, Seite 305, auseinandergesetzt ist.

Das Wirtschaftsgesetz verbietet die sogenannten Eigengewächse...

Die Schweizerische gemeinnützige Gesellschaft behandelte auf ihrer Generalversammlung in Luzern die für die Schweiz mit ihren 200 000 Ausländern so überaus wichtige Bürgerrechtsfrage...

London, Ende September. (Sig. Ver.) In der Baumwoll-Industrie kündigt sich ein Kampf an, der auf engem Gebiet - Lancashire, sowie Teile von Sheshire und Yorkshires - eine noch größere Zahl von Arbeitern auf's Pflaster bringen wird...

New-York, im September. Der bekannte Mr. Kitzell, bis zum neuesten Regierungswechsel Gouverneur des Staates Illinois, hat bei Gelegenheit des diesmaligen Labor Day in Philadelphia eine Rede gehalten...

Arbeiter Lancashire unter anderem deshalb konservativ gewählt, weil sie von der konservativen Regierung Maßregeln im Sinne der Doppelpflicht erwarteten...

Russland, Ende September. (Sig. Ver.) Anfänge einer Arbeiterpresse in Russland. In den im "Vorwärts" bereits genannten Arbeiterblättern, welche in Russland geheim verbreitet wurden, sind in der letzten Zeit zwei neue in Russland selbst hergestellte und zwei nicht litho- oder hektographierte, sondern gedruckte hinzugekommen...

Unter unbeschreiblich schwierigen Verhältnissen muß die Herstellung und Verbreitung der genannten Blätter vor sich gehen und als Anfangs - wenn auch nothgedrungen bescheidene - einer russischen Arbeiterpresse verdienen sie unsere lebhafteste Anerkennung...

Unter unbeschreiblich schwierigen Verhältnissen muß die Herstellung und Verbreitung der genannten Blätter vor sich gehen und als Anfangs - wenn auch nothgedrungen bescheidene - einer russischen Arbeiterpresse verdienen sie unsere lebhafteste Anerkennung...

Die betriebsamen Menschen hilfloser als Sklaven werden; könnte sie einen neuen Himmel für die Zukunft ihrer Kinder errichten...

San Luis (Argentinien), Anfangs September. (Sig. Ver.) Argentinien befreit sich, eine neue Pflanzung zu erheben. Die großen Bankiers in Europa glauben, daß die vor zehn Jahren so durchbar geleimten Gogos (betrogene Kleinkapitalisten) ihre ihnen durch argentinische Bonds verursachten Schmerzen nun wohl vergessen haben möchten...

Das ist aber alles eitel Schwindel. Allerdings hat der Kongreß die Wiederaufnahme des Schuldendienstes der Nationalanleihen (nicht der Provinzialanleihen) angeordnet...

Argentinien ist dann total bankrott und trotz des furchtbaren Steuerdrucks gar nicht im Stande, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Nationalanleihe beläuft sich auf über 200 Millionen Pesos Gold (à 4 M.) und 600 Millionen Pesos Papier (à 1,33 M. etwa)...

Alle diese Missethats werden dem Publikum möglichst verschwiegen, nur die dummen Gogos in Europa wie 1886 bis 1889 auf den Leim zu locken.

Zu werden über Argentinien Reichthümer die kolossalen Lügenberichte veröffentlicht, gerade wie vor zehn Jahren. Die Veröffentlichung über die neueste Volkszählung von 1895 ist eine elende Fälschung von A bis Z.

Die Publikationen des statistischen Amtes werden heftig in der Presse angegriffen, und deren Falschheit nachgewiesen. Nur die Viehwirtschaft, welche in den Händen der Großgrundbesitzer liegt, glebt hier ausgezeichnete Resultate.

Der Weinbau leidet schwer unter der großen Unregelmäßigkeit des Klimas, und durch die Heuschrecken, die ungeheuren Schaden verursachen. Seit drei Jahren waren die Ernten nur sehr kümmerlich.

Was bezahlte Staatsgeologen von vorhandenen Kohlen- und Erzreichtümern berichtet haben, hat sich als reiner Humbug herausgestellt.

Argentinien's Bevölkerung ist sehr arm, und leidet schwer unter dem unerträglichen Steuerdruck, der Beamtenwillkür, der diebischen Verwaltung und den manngeseht betriebenen Kriegsvorfällen, welche gegen die Nachbarrepublik Chile gerichtet sind.

Über das Erziehungswesen steht viel auf dem Papier. Die dafür angelegten Gelder fehlen die Beamten meistens, es giebt Provinzen, in denen man den Schullehrern das Gehalt seit 15 und 17 Monaten schuldet.

Auf den Gymnasien werden Staatszeugnisse an Subjekte verliehen, die nie den Unterricht besucht haben. - wenn sie nur die Geldmittel besitzen, die der Schwindel kostet, und auf den Universitäten geht es nicht viel besser zu; daher denn die hiesigen Doktoren und Ingenieure, die sich gegenseitig in drohlicher Weise bedroheln, unglücklich unwissende Menschen sind.

Feuerstein's Festsäle Alte Jakobsstrasse 75. Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich...

Achtung! R. Buske, Grenadierstr. 38. 3 Säle, neu renovirt, zu Besammlungen, Festlichkeiten, sowie mehrere Vereinstimmer zu vergeben...

Etablissement Süd-Ost, Waldemarstr. 75. Jeden Sonntag: Grosser Ball. - Anfang 5 Uhr. - Ende 2 Uhr.

W. Würschel, C. Jüdenstr. 35/36. empfiehlt sein Weiss- u. Bairisch-Bierlokal nebst gr. Vereinszimmer...

Jägerhaus, Schönhauser Allee No. 103. Neu renov. Garten (6000 Pfl. fast.) mit neu gebauter Bühne für Vereine, gr. Tanzsaal...

Max Kliem's Volks-Garten Gassenhalde 14-15. (14819) In den Prachtzäunen Parquet und neu decorirt. 1010 Personen fassend...

Restaurant Rubiaerstr. 20. Sanssouci - Schmargendorf, direkt am Grunewald mit herrlichem Garten. Spielplätze, Kaffeehäuser, Regelparken...

Fritz Linke, feiner Jüdenstr. 36. empfiehlt Freunden und Bekannten sein neu decorirtes Zimmer...

Cohn's Festsäle Beuthstrasse 20. Meine eleganten neu renovirten Festsäle mit Bühne, bis 1000 Personen fassend...

Reuz' Ball-Salon, Naunynstr. 27. Empfehle meine Säle, 600 Personen fassend, zu allen Festlichkeiten und Besammlungen...

Familien-Café „Wilhelmshof“ Kaiser Wilhelmstrasse, Ecke Rünzstrasse. Täglich Concert einer berühmten Magnaten-Kapella...

Kur-Bade-Anstalt und Massage Mr Rheuma-, Gicht- und Nervenranke voraltote Loiden von H. Mania, Brunnenstrasse No. 16.

Achtung! 4 Säle zu Besammlungen und Vereinsfestlichkeiten. Alexanderstr. 27c (Engl. Gart.)

Restaurant Marienbad Gefundbrunnen, 35/36 Badstrasse 35/36. Jeden Sonntag (1914) von nachmittags 4 Uhr ab: Gr. Ball. Entree frei.

Krieger's Festsäle Wasserthorstr. 68 (1002L) empf. seinen Saal für Privatfestlichkeiten, Kränzchen, Vereinen und zu Besammlungen...

W. Liebehenschel, Marienstr. 48. empfiehlt sein Prachtz. Mittag- u. Abendessen zu soliden Preisen.

Anhaltische Ressource, Mökernstr. 114. empfiehlt ihre schönen Säle zu allen Kränzchen, Hochzeiten, Besammlungen...

Wedding-Park Müllerstrasse Nr. 178. Empfehle meinen Saal mit Bühne, 500 Personen fassend, zu Besammlungen, Hochzeiten und allen Festlichkeiten...

F. Schrote, Schulstr. 66. empfiehlt allen Fremden seinen neu renovirten Saal, 300 Personen fassend...

Gesellschaftshaus Weinmühlenstr. 42 (alte Nr. 35) jeden Sonntag: Ball u. Theater-Vorstellung. Empfehle meine Säle (250 u. 700 Personen fassend)...

95 Bernauerstrasse 95, 2 Vereinszimmer zu vergeben. Ball-Saal. Jeden Sonntag Vortagsprache. Sonntags: Musik-Aufführungen...

Brochnow's Fest-Säle, Sebastianstr. 39. Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag, Sonnabend: Volks-Ball. Einige Sonntage sind noch frei.

# Zu bisher noch nie gekanntem Preisen.

## Schwarze u. farbige Seidenstoffe.

- 1 Partie Reineidener gemusterter Foulards durchschnittl. Mtr. 55 Pf.
- 1 Partie Changeant-Seidenstoffe, für Blusen, 60 cm breit, Mtr. 65 Pf.
- 1 Partie Karrierter Seidenstoffe, vorz. Qual., 60 cm breit, Mtr. 75 Pf.
- 1 Partie Reineidener Merveilienz, durchschnittl. Mtr. 95 Pf.
- 1 Partie Geirreiter Seidenstoffe, 60 cm breit, Mtr. 95 Pf.
- 1 Partie Reineidener Tafette, neue Farben, durchschnittl. Mtr. 125 Pf.
- 1 Partie Reineidener Schotten, neue Farbenstellungen, Mtr. 130 Pf.
- 1 Partie Reineidener Damassés, nur neue Muster, Mtr. 135 Pf.

## Für Brautkleider.

- Eisenbeinfarbige Seidene Bengallines, doppeltbreit, Mtr. 1 M.
- Reineidene Eisenbeinfarbige Crêpe Armures 55 cm breit Mtr. 120 Pf.
- Eisenbeinfarbige Seidenstoffe, glatt und gemustert, Mtr. 75 u. 95 Pf.
- Eisenbeinfarbige Damassés, gr. Blumenmuster, durchsch. Mtr. 145 Pf.

## Schwarze reinwollene Kleiderstoffe.

- 1 Partie Reinwollener Cheviots, doppeltbreit, Mtr. 42 Pf.
- 1 Partie Reinwollener gemusterter Stoffe, doppeltbreit, Mtr. 50 Pf.
- 1 Partie Mohair-Mixtures-Stoffe, doppeltbreit, Mtr. 60 Pf.
- 1 Partie Reinwollener Crêpe-Stoffe, doppeltbreit, Mtr. 70 Pf.
- 1 Partie Reinwollener Mohair-Crêpons, doppeltbreit, Mtr. 90 Pf.
- 1 Partie Reinwollener Crêpe-Cheviots, doppeltbreit, Mtr. 75 Pf.

## Farbige Wollene Herbststoffe.

- Melierte Stoffe im englischen Geschmack, doppeltbreit, Mtr. 25 Pf.
- Neue Herbststoffe in wunderbaren Mustern, doppeltbreit, Mtr. 40 Pf.
- Reinwollene Cheviots in allen Farben, doppeltbreit, Mtr. 40 Pf.
- Reinwollene Stoffe für Regenmäntel, große Musterauswahl, Mtr. 35 Pf.
- Mohair-Crêpes in allen neuen Farben, doppeltbreit, Mtr. 65 Pf.
- Reinwollene Crêpons mit Mohair-Effekten, doppeltbreit, Mtr. 90 Pf.

## Teppiche!

- Arminster-Teppicheleger, Std. 75 Pf.
- 1 Partie Teppiche, Soppage, 3 Pf.
- Tourmay-Arminster-Teppiche, 4,50 Pf.
- 1 Partie Salon-Teppiche, 11,50 Pf.
- 1 Partie Saal-Teppiche, 18,50 Pf.
- 1 Partie Saal-Teppiche, bis 5 Meter lang, außergewöhnlich billig.

## Tischdecken!

- 1 Partie Fantasie-Tischdecken 1,85
- 1 Partie Wolldamast-Decken 2,50
- 1 Partie Chenille-Decken 2,25
- 1 Partie Tischdecken 5,75
- 1 Partie Kaffe-Tischdecken 1,35
- 1 Partie Plüsch-Tischdecken aus Hochflor-Plüsch, durchschnittlich 6,50 Pf.

## Gardinen!

- 1 Posten Engl. Tälgardinen Mtr. 25 Pf.
- 1 Posten Gough-Gardinen Mtr. 43 Pf.
- 1 Posten Kette-Tälgardinen Mtr. 75 Pf.
- 1 Posten abgedachte Gard. Fenster 1,35
- Gardinen-Kette zu 1 bis 4 Fenstern, bedeutend unter Preis!

## Portièren!

- 1 Post. Wollportièren durchsch. 1,15 Pf.
- 1 Post. Fantasie-Portièren 1,75 Pf.
- 1 Post. gestreift. Portièren 2,25 Pf.
- Extr. sch. Gobelin-Portièren 3,75 Pf.
- Herborragende Reuheiten bedeutend unter Preis!

## Stepdecken!

- Stepdecken, einfarbig Std. 1,85 Pf.
- Gr. reinwoll. Stepdecken 3,50 Pf.
- Extra gr. Wolltischdecken 6,00 Pf.
- 1 Post. Norm. Schlafdecken 1,25 Pf.

## Fertige Wäsche!

- Bettbezüge u. 2 Stk., fertig gen. 2,50 Pf.
- Damen-Jacken aus Damast 75 Pf.
- Damen-Rock aus Farcend 75 Pf.
- Damen-Comb. u. Handtücher 1,45 Pf.

# Waarenhaus Singer & Co., Chausseestr. 56.

## Central - Leihhaus, 72 Jäger - Strasse 72, zwischen Kanonier- und Mauer-Strasse.

Täglich billiger Verkauf von modernen Herbst- und Winterpaletots und Anzügen (neu und wenig getragen, Abonnementstücken), Knaben- und Jünglings-Anzüge, Servir-Anzüge, Goldene und silberne Herren- und Damen-Uhren, Ketten, Ringe, Geb- und Reise-Perle, Schlaf- und Reisebetten, Koppen, Mäntel etc. Alles fabelhaft billig. Vol. conc. Leihhaus. Auch Sonntags geöffnet von 7-10 und 12-2 Uhr.

Wochentags geöffnet 8 bis abends 9 1/2 Uhr, Sonntags 8-10 und 12-2 Uhr.

## R. Bartsch, Maschel-Kleider-spinden 96 Mk.



Innungs-Möbel-Polsterwaren-Fabrik Meister. Berlin S., Oranienstrasse 73, an der Kommandantenstrasse.

Grösstes Lager Bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen von 196 bis 5000 Mark.

Direkter Verkauf an das Privatpublikum nur im eigens dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude.

II. Geschäft: Schützenstrasse No. 2, Ecke Friedrichstrasse.

Bitte, verlangen Sie mein reich illustriertes Musterbuch gratis und franko.



Dieses Pancelsofa mit Teppichdecken u. Velour Plüsch-Einfassung, Höhe 140 cm, Breite 190 cm, 85 Mark. Wohnzimmer-Sofas von Mark 33 an.

## A. Schulz, Möbel- und Polsterwarenfabrik

gegründet 1878. Reichenbergerstrasse No. 5, zwischen Kottbuser Thor und Ritterstrasse.

Sehr großes Lager Bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen in Nussbaum und Mahagoni von 240, 300, 400, 500, 600, 800 bis 10000 Mk. in nur anerkannt geüblicher Ausführung.



## Kauft Alle bei Heinrich Mull Nachflgr., Invalidenthür. 100, der Markthalle.

- Gutes Weizenmehl à Pfd. 15 Pf. Wiener Auszug Pfd. 18 u. 20 Pf. Roggenmehl Pfd. 13 u. 15 Pf. Kartoffelmehl, beides, Pfd. 15 Pf. Reis Pfd. 15 Pf. Graupen Pfd. 15 Pf. Gerst Pfd. 15 Pf. Orle Pfd. 15 Pf. Dalesgrube 20. Kaffee Pfd. 30 Pf. Erdbeeren Pfd. 10 Pf. Bohnen Pfd. 15 Pf. Linzen Pfd. 15 Pf. Gerstentriebeln Pfd. 15 Pf. Gebr. Weizen Pfd. 12 Pf. Gebr. Kaffee Pfd. 1 Mtr. Thee, Bäckchen 10 Pf. Satao Pfd. 1,10 Mtr. Ruder Pfd. 25 Pf. Frank-Kaffee 20 Pf. Schokolade Pfd. 60 Pf. Cichorien, Bäckchen 5 Pf. Kaffee Pfd. 30 Pf. Mandeln Pfd. 90 Pf. Citronat Pfd. 80 Pf. Bäume, Rohm Pfd. 30 Pf. Schmitz Pfd. 28 Pf. Pfannkuchen Pfd. 25 Pf. Bafobli Pfd. 40 Pf. Sauerzucker 8 Pf. Marmelade Pfd. 25 Pf. Engel, Früchte, Konfekten, Pralinen, Honig Pfd. 70 Pf. Spritz-Ging Str. 20 Pf. Rohricht, Gewürze, Vanille, Stärke Pfd. 25 Pf. Vogel-futter, Ger. Semmel Pfd. 13 Pf. etc.

## Echt chinesisches Mandarinendaunen

das Pfund Mk. 2,85 natürliche Daunen wie alle inländische, garantiert neu und sauber, in Farbe ähnlich den Federdaunen, anerkannt feinst, fröhlich und haltbar; 3 Pfund genügen zum großen Überzei. Tausende Anerkennungs-schreiben, Versandung umsonst. Versand gegen Nachn. von der ersten Bettfedernfabrik mit elektrischem Betriebe Gustav Lustig, Berlin S., Feingasse 46. Man v. lange Preisliste.

## Möbelverkauf

valende Gelegenheiten für Brautleute. In meinem Möbelmagazin, Neue Königstrasse 59, sollen viele Wohnungs-einrichtungen, vertrieben geordnete und neue Möbel zu sehr billigen Preisen verkauft werden. Besonders zu empfehlen ist der große Vorrath vertrieben geordener und zurückerhaltener Möbel, welche fast neu sind und zu ermäßigten Preisen abgegeben werden. Durch große Gelegenheitskäufe ist es mir möglich, schon Wirtschaften von 100, 300 Mark abzugeben. Ebenfalls hoch-letzte herrschaftliche Einrichtungen von 500 bis 3000 Mark. Theilzahlung gestattet. Beantragen ohne Anzahlung. Kleiderständer 20 Mark, Kommoden, Küchenschrank 15, Stühle 3 Mark. Ruh-baum furnished Kleiderständer, Verti-fonds 30 Mark, Nachtschrank 10, Bettstellen mit Matrassen 20, Sophas 20, Säulenstühle hochlegant, Tru-mens mit Säulen und Kuppelglas 65, Buffet in vielen Größen, Cylinder-bureau, Herrenschreibtisch, Damenschreibtisch, Schreibstühle, Garnituren 60 Mark, neue Tischgarnituren von 105 Mark an, Porelsophas, Büch-erschränke, Pfeifentische, Konsolengue, Salongarnituren, Portièren, Stepp-decken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 4 Mark. Vollständig angelegter, decorirter Salon, Speisezimmer und englischer Schlafzimmers sind zur An-sicht. Gefaule Möbel können 3 Monat-sfrist frei lagern, werden durch eigene Beamte transportirt, auch nach auswärts. Bitte genau auf Haus-nummer zu achten.

## Strickmaschinen

aus der Dresdener Strickmaschinen-fabrik sind die besten und ein leichter An-schaffungsgegenstand f. Männer, Frauen und Solam. Weisheit. Erlernen leicht und gewiss. Arbeit zu nachgehenden. Ver-sand zu Fabrikpreisen. Lager bei dem Re-tterter A. Gomburger, Heilige-geiststrasse 49, Berlin, Nachmittags.

## Roh-Tabak Zeun & Ellrich

en gros. en détail. Rheindorferstr. 67, nahe Brunnenstr.

## Roh-Tabak Max Jacoby

Strellitzerstrasse Nr. 52.

## Roh-Tabak P. E. Platt & Söhne

Brennstr. 197 (am Rosenhäger Thor). 129903

## Roh-Tabak Heinrich Franck

Nr. 185, Brunnenstr. Nr. 185

## Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben

Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Jacketts etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

## Grüne zurückgekehrte Teppiche!!

## Portièren!!

## Gardinen!!

## Stepdecken!!

## Teppich-Haus Emil Lesèvre, Berlin S. Oranienstr. 158.

## Prachtkatalog

mit buntfarbenen Teppich-Illustrationen, sowie circa 200 Gardinen- und Portièren-Abbil-dungen in künstlerischer Aus-führung auf Wunsch gratis und franco! 29942

## Deutsche Schuh-Fabrik

vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.

## Ibersgehofen-Grfurt

liefert Schuhwaren



in eleganter und solider Ausführung zu billigen Preisen. Unser Grundtag ist: Geringer Verdienst. Schneller Umsatz.

Kinderschuh von 50 Pf. Damastiefel von 2,60 Mtr. Mädchenschuh v. 2,50 Mtr. Herrentiefel v. 3,90 Mtr. per Paar.

Unsere Erzeugnisse werden außer in den bekannten Stellen in unseren eigenen Niederlagen in

Berlin: Belleallianzstrasse 102 und Rosenthalerstrasse 63/64

verkauft. Weitere Filialen in Deutschland: München, Sendlingerstrasse 10. Danzowerstrasse 83. Landshuterstrasse 7. Frankfurt a. M., Neubaun-berg 28. Düsseldorf, Schadowstrasse 57. Köln a. Rh., Eigelstein 66. Bremen, Paulenstrasse 75. Hannover, Rodeplatz 7a. Hamburg, Steinstraße 16. Gießen, Heilshofstraße 14. Leipzig, Zeilstraße 37.

Spezial-Teppiche, Schintenseppiche à Pfd. 60 Pf., 5,5 Pf. 55 Pf., mager à Pfd. 70 Pf., 5,5 Pf. 68 Pf. Leberwurst à Pfd. 55 Pf., Thüringer Rothwurst à Pfd. 55 Pf., F. Leberwurst à Pfd. 75 Pf., Braunschweiger Mettwurst à Pfd. 85 Pf., Weißkäse Schinkenwurst à Pfd. 1,10 Mtr., Cervelat- und Salamiwurst à Pfd. von 85 Pf. an, Vorder-Schinken im ganzen à Pfd. 63 Pf., Delikatess-Schinken ohne Knochen à Pfd. 1,06 Mtr., f. Lachs-Schinken à Pfd. 1,35 Mtr., Blasen-Schinken à Pfd. 90 Pf. Ernst Klähn, Köpckestraße 163, IV, 6161.

## J. Baer, Berlin N., 30100

nur Gesundbrunnen 26, Badstraße 26, Ecke Prinzen-Allee, empfiehlt, wie bekannt, in reellster Ausführung und allerbilligsten Preisen Herren-u. Knaben-Garderobe, -Arbeitsachen. -Anfertigung nach Maass.

## Rohtabak!

Meinen werthen Freunden und Kunden zur Nachricht, daß sich mein Lager jetzt Kottbuserstraße 3a, Hof links befindet. Um geneigten Zulpruch bitte Carl Roland.

## Herren-Knaben-Herrenhosenreste

zu Anzügen von 6 Mtr. an. Stoff-Reste für jedes Alter von M. 1.- an. Herrenhosenreste von 2 Mtr. an. Haltbarkeit der Stoffe unter Garantie! 65/14 Umsonst zugeschnitten. Engel, Wänsstr. 26, part. Wer Stoff hat, fertige Anzüge, je in die Futterfäden. M. 18.-, fein fein M. 20.-. Hohenzollern-Mäntel, Joppen, Winterhosen, vorjährige, noch Waag befestigt, nicht abgeholt, verkaufe Hälfte Rohpreis.

## Brauerei Pichelsdorf

Telephon: Amt Spandau No. 13 und Berlin, Amt VI No. 1116.

## NIEDERLAGE:

Berlin, Königin-Augustastr. No. 1

Bogen der Ringbahn 1-8 empfiehlt 31450

Lagerbier hell - Exportbier dunkel und

Markgrafenbräu nach Münchener Art.

## Künstliche Zähne

Achtung! Theilzahlung wünschlich 1 Mtr. Gewöhre für in meinem Atelier angefertigte Ersatzstücke pro Zahn, wer im Besitz dieser Annonce ist, eine Preisermäßigung von 50 Pf. Zähne von 3 Mtr. an. Fr. Hofmann, zahntechn. Atelier, Landshuterstr. 115. Bitte genau auf Hausnummer zu achten!

## Färberei und chem. Wäscherei

für Herren- und Damen-Garderobe, Ball-u. Gesellschaftskleider, Blousen etc. Gardinen-Wäscherei und -Spannerei Spez.: Färben, Reinigen, Kräuseln von Strausfedern. Radtke & Bergmann

Alte Jakobstr. 80. 3086L. Telephon Amt III, 9029. Wetmeyerstr. 11. Gieselerstr. 64/65. Landshuter Platz 5. Neufelderstr. 58, Eingang Kochstraße. Strandbergerstr. 15. Charlottenburg: Spandauerstraße 28. Schillerstraße 9. Homöopath. Arzt Dr. Hoesch, Linienstr. 149, 8-1-5-7, Sonntags 8-10, 1. Brust-, Unterleibs-, Frauen-, Kinder-, Haut-, Nervenkrankheiten Poliklinik Liesenstr. 17, 2-3 Uhr. 3099L



Arbeiterverhältnisse beim Bergbau Preußens im Jahre 1896.

Ueber die im Bergbau gezahlten Arbeitslöhne und ergielten Arbeitsleistungen giebt der „Reichs-Anzeiger“ eine Zusammenstellung, der wir folgendes entnehmen: Die mittlere Zahl der im Bergbau beschäftigten Arbeiter betrug im Jahre 1896 in Preußen (einschließlich der zeitweilig wegen Krankheit oder aus anderen Ursachen feiernden, aber ausschließlich der Beamten und sonstigen dauernd zur Aussicht verwendeten Personen) 844 417 gegen 831 520 im Vorjahre. Nach den einzelnen Kategorien vertheilt sich diese Arbeiterzahl wie folgt:

Table with 2 columns: Year (1895/1896) and Worker Category (e.g., underground workers, surface workers, etc.).

Unter den jugendlichen männlichen Arbeitern befanden sich nur wenige im Alter von unter 14 Jahren. Der weitest größte Theil der jugendlichen männlichen Arbeiter wurde über Tage beschäftigt. Eine umfangreiche Verwendung derselben unter Tage (704 im Jahre 1896) fand nur beim Mansfelder Kupferschiefer-Bergbau statt. Von den 5445 Arbeiterinnen, welche die Belegschaftlisten aufweisen, beschäftigte allein der Steinkohlen-Bergbau in Oberschlesien 3929, während beim ganzen staatlichen Bergbau weibliche Arbeitskräfte überhaupt nicht verwendet wurden. Die Zahl der jugendlichen weiblichen Arbeiter erreichte übrigens — zum Unterschied von den jugendlichen männlichen Arbeitern — nur beim Erzbergbau (Aufbereitungsanstalten) des Ober-Bergamtsbezirks Bonn einige Bedeutung und betrug überhaupt in den hier in betracht kommenden Bergamtsbezirken im Durchschnitt des Jahres 1896: beim Steinkohlen-Bergbau in Oberschlesien 36, beim Braunkohlen-Bergbau des Bezirks Halle 6, beim Siegen-nassauischen Erzbergbau 164, beim sonstigen rheinischen Erzbergbau des Ober-Bergamtsbezirks Bonn 47 und beim linksrheinischen Erzbergbau dieses Bezirks 10.

Die Schichtdauer einschließlich der Ein- und Ausfahrt und der Ruhepausen überstieg für die Mehrheit der unterirdischen Belegschaft beim Steinkohlen-Bergbau 10 Stunden nicht. Nur in Oberschlesien hatte noch ein großer Theil der Schichten. Aus dem Dortmund-Bezirk sind nur die Grenzwerthe mitgetheilt, zwischen denen die Schichtdauer schwankte: im allgemeinen währte die Schicht 8, bei beschwerlichen Arbeiten aber nur 6 Stunden ohne Ein- und Ausfahrt (zusammen meist rund eine Stunde). Beim Braunkohlen-Bergbau betrug die Schichtdauer durchschnittlich 11,6 Stunden. Die wirkliche Arbeitszeit belief sich im allgemeinen noch nicht auf 10 Stunden. Beim Erz-Bergbau schwankte die Schichtdauer unter Tage zwischen 8,8 und 11,1 Stunden. Im großen und ganzen hat die Schichtdauer der Arbeiter unter Tage wie derjenigen über Tage gegen das Vorjahr keine wesentliche Veränderung erfahren. Eine solche trat nur für die jugendlichen männlichen Arbeiter beim Steinkohlen-Bergbau in Oberschlesien ein. Während nämlich im Vorjahre 80,3 pCt. dieser Arbeiter auf 8 Stunden, 49,4 pCt. auf 10 Stunden und 20,3 pCt. auf 12 Stunden beschäftigt wurden, hatten im Berichtsjahre nur 21,8 pCt. eine achtsündige, dagegen 48,4 pCt. eine zehnsündige und 30,3 pCt. eine zwölfsündige Schicht. Dabei stieg die Zahl dieser Arbeiter von 278 auf 861.

Die Jahres-Arbeiterleistung hat im Jahre 1896 in den Hauptbezirken des Steinkohlen-Bergbaues wiederum eine Zunahme erfahren. Nach einem Vergleiche mit dem Vorjahre stieg die Leistung pro Kopf der Belegschaft in Oberschlesien von 345 auf 359, in Niederschlesien von 217 auf 221, in Dortmund von 274 auf 286 und in Saarbrücken von 226 auf 238 Tonnen.

Nach die Leistung auf 1 Schicht hat im Jahre 1896 in allen Bezirken zugenommen. Die Zahl der von 1 Arbeiter im ganzen Jahre verfahrenen Schichten stieg in Oberschlesien von 275 im Vorjahre auf 290 im Jahre 1896, in Niederschlesien von 303 auf 306, in Dortmund-Bezirk von 305 auf 315 und in den Staats-Bergwerken bei Saarbrücken von 265 auf 294.

Das Jahreseinkommen aller im preussischen Bergbau beschäftigten Arbeiter betrug im ganzen 810 093 816 M. (im Vorjahre 811 085 331 M. und im Jahre 1894 276 568 088 M.) Es mag hier gleich darauf hingewiesen werden, daß nach diesen Angaben der Mehrerwerb der Arbeiter im wesentlichen erzielt wurde durch eine erhöhte Leistung der Arbeiter in der einzelnen Schicht und durch die Erhöhung der Zahl der Schichten, die auf den einzelnen Arbeiter entfallen. Die niedrigsten Löhne wies, wie schon in den Vorjahren, der Erzbergbau auf, bei dem der Mehrerwerb nur für die 13 187 unterirdisch beschäftigten Arbeiter in Siegen-Raffau im Durchschnitt 800 M. überstieg (809 M. pro Kopf oder 2,77 M. pro Schicht), abgesehen vom Mansfelder Kupferschiefer-Bergbau, bei dem die 9392 unterirdisch beschäftigten Bergarbeiter, ebenso wie die 8923 beim Braunkohlen-Bergbau im Ober-Bergamtsbezirk Halle, durchschnittlich 883 M. (d. i. 2,95 M. pro Schicht) verdienen. Der Jahresverdienst der weibl. Arbeiter schwankte zwischen 246 M. bei 274 verfahrenen Arbeitsschichten (d. i. 0,90 M. pro Schicht) in Oberschlesien, wo beim Steinkohlen-Bergbau 3929 Arbeiterinnen beschäftigt wurden, und 412 M. (für 582 Arbeiterinnen) bei 293 verfahrenen Arbeitsschichten (d. i. 1,40 M. pro Schicht) beim Braunkohlen-Bergbau des Ober-Bergamtsbezirks Halle. — Die hier angegebenen Zahlen für die Löhne verstehen sich nach Abzug aller Nebenkosten (wie der Beiträge für die Versicherung gegen die Folgen von Krankheit, Alter, Invalidität und Tod, der Kosten für Arbeits-Gezäh, Sprengmittel und Gekochte). Ebensovienig ist in den mitgetheilten Lohnziffern der Werth der den Arbeitern durch die Werke zu theil gewordenen wirtschaftlichen Beihilfen enthalten, welche vornehmlich in Gestalt von Ackerland, Wohnung und verschiedenen Depots (namentlich Brotkornzulagen) gewährt werden, und deren Werth im Jahre 1896 4,5 M. beim Steinkohlenbergbau in Niederschlesien durchschnittlich 7,1 M. auf 1 Arbeitsschicht oder 21,65 M. für jeden Arbeiter im ganzen Jahre, bei Aachen 7 Pf., in Oberschlesien rund 6 Pf., beim staatlichen Erzbergbau am Oberhartz 5 Pf. auf eine Schicht betrug.

Zum Schluß sei den Lohnverhältnissen der Bergarbeiter noch das Einkommen der in den vorstehenden Ausführungen nicht berücksichtigten Grubenbeamten (einschließlich der ständigen Ausschere, Oberhauer, Fährhauer u. s. w.) gegenübergestellt. Im Jahre 1896 betrug die durchschnittliche Zahl der Beamten 9617 gegen 9585 im Vorjahre und das Netto-Einkommen stieg von 15 511 992 im Jahre 1895 auf 16 585 671 im Jahre 1896.

Der französische Gewerkschafts-Kongress.

Paris, 27. September. Vom 20.—25. September tagte in Toulouse der dritte Jahreskongress der „Konföderation der Arbeit“, jener Organisation, die danach strebt, sämtliche Gewerkschaften ohne Unterschied der politischen Richtung wieder zu vereinigen, nachdem auf dem allgemeinen Gewerkschafts-Kongress von Nantes (1894) die Frage des Generalkongresses eine Spaltung zwischen den auf dem Boden der Arbeiterpartei (Guesdisten) stehenden

und den übrigen Gewerkschaften verursacht hatte. Nach den vorliegenden summarischen Berichten zu urtheilen, scheint die Konföderation seit dem vorjährigen Kongress nicht unerhebliche Fortschritte gemacht zu haben. Die Zahl der vertretenen Organisationen (einzelne Gewerkschaften, Gewerkschafts-Verbände und Arbeitsbüros) ist von 1029 auf über 1300 gestiegen. Indirekt zeigt für die wachsende Bedeutung der Konföderation die Thatsache, daß die nicht zu ihr gehörenden Gewerkschaften weder im Vorjahre noch in diesem Jahre einen Kongress abhalten konnten. Andererseits hat freilich die Konföderation bisher ihre eigene Thätigkeit nur in der Abhaltung von Kongressen kundgegeben. Auch beschäftigte man sich in Toulouse wiederum mit Statutenänderungen: Gerard, der allemanische Leiter der Eisenbahner-Gewerkschaft, schlug ein radikales Mittel vor, um der Konföderation wirkliches Leben einzubringen: die einzelnen Gewerkschaften sollten direkt, ohne Vermittelung der Verbände der Konföderation beitreten. Der Vorschlag, der die selbständige Existenz der Verbände vernichten würde, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt und dem Kommissionsantrage gemäß beschlossen, daß die Konföderation außer den verschiedenen Votals, Landes-, Industrie-Zweigverbänden und der Föderation der Arbeitsbüros nur solche einzelne Gewerkschaften direkt umfassen soll, deren Verbände den Beitritt zur Konföderation ablehnen würden, oder solche, die keinem Verbände angehören. Ferner wurde der alte Beschluß nochmals wiederholt, daß keine gewerkschaftliche Organisation irgend einer politischen Parteiorganisation beitreten darf. Bei der organisatorischen Zersplitterung der politischen Arbeiterbewegung Frankreichs ist dieser Beschluß die unerlässliche Vorbedingung der gewerkschaftlichen Einigung des Proletariats. Dagegen wird der Generalkongress, dieser spezifische Glaubensartikel der allemanischen Richtung, von den Leitern der Konföderation nicht als ein Hinderniß der Einigung betrachtet.

So beschloß denn auch der Kongress von Toulouse, daß die Konföderation für den Generalkongress Propaganda zu machen hat.

Die zum zweiten Mal verhandelte Frage eines gewerkschaftlichen Tagesblattes hat infolgedessen einen Schritt vorwärts gethan, als der Kongress einen ausführlichen Gründungsplan genehmigte. Es sollen 2000 zinnslose Aktien zu 100 Franks ausgegeben werden, welche nur von Gewerkschaften und Arbeitergenossenschaften erworben werden könnten. Vor Erscheinen des Blattes müßten wenigstens 100 000 Franks für die Aktien eingezahlt und 10 000 Franks an dreimonatlichen Abonnementgeldern eingegangen sein bezw. 150 000 und 5000 Franks. Ob aber der Plan zur Ausführung kommt, das ist angesichts des in den Gewerkschaften verbreiteten Geldmangels sehr fraglich. Daher erübrigt sich vorläufig die Wiedergabe der weiteren Einzelheiten des Gründungsplanes.

Die Boykott-Frage wurde erledigt durch eine Resolution, in welcher der Boykott empfohlen wird als Mittel bei ungünstig verlaufenden Streiks.

In bezug auf die Altersversorgung sprach man sich aus gegen das System der unternehmerischen Pensionskassen.

Ferner beschloß man die Abschaffung der Gefängnisarbeit und des Zwangsmeisterthums, sowie die Einrichtung einer Arbeitskammer, deren Mitglieder von den Gewerkschaftskongressen zu ernennen sind.

Der Sitz der Konföderation bleibt in Paris, aber außerhalb der offiziellen Arbeitsbüros, um Scherereien seitens der Regierung zu vermeiden.

Der Kongress hat u. a. gegen das Vorgehen des Präfekten des Seine-Departements protestirt, der den Delegirten der Gewerkschaft der Pariser Kommunalarbeiter den Urlaub verweigert hatte.

Der nächste Kongress wird in Grenoble tagen.

Unmittelbar vor Eröffnung des Gewerkschaftskongresses hielt in Toulouse die „Nationale Föderation der Arbeitsbüros“ ihren eigenen Kongress ab. Es betheiligten sich daran 24 Arbeitsbüros, etwas mehr als die Hälfte sämtlicher Arbeitsbüros. Aus den Verhandlungen ist hervorzugehen die Debatte über die politische Aktion. Im Vorstand des Arbeitsbüros-Verbandes sthen nämlich anarchoistische Elemente, so daß der Berichterstatter des Vorstandes in seinem Jahresbericht einen Rath gegen die politische Aktion einschmuggeln versucht hat. Der Anstich ist aber thätlich mißlungen. Die Mehrheit beschloß die Streichung des Satzes und lud den Vorstand ein, künftighin derartige Versuche, den Anarchismus durch eine Hintertüre einzuführen, zu unterlassen.

Verfassungen.

Im demokratischen „Berliner Arbeiter-Verein“ sprach am Donnerstag, den 23. Septbr. Dr. M o s e s über das Thema: „Das Bürgerthum bei den nächsten Wahlen“. — In der Diskussion theilten sämtliche Redner die Hoffnung des Referenten, daß sich in Kürze ein fester Zusammenschluß aller radikalen und sozialen demokratischen Elemente des Volkes vollziehen möge, um gemeinsam die Grundlagen für allen weiteren politischen und wirtschaftlichen Fortschritt zu schaffen. Jedoch wurde bezüglich der Wahlen, bei denen ein Erfolg der Reaktion von vornherein ausgeschlossen sei, hervorgehoben, daß der kommende Reichstag noch mehr Aufgaben habe, als die Bekämpfung des Junkerthums, und daß in dieser Beziehung die freisinnige Volkspartei weder politisch noch wirtschaftlich den Anforderungen wahrer Demokratie genüge, ebenso wie sie nicht einträte für das allgemeine gleiche Wahlrecht für Kommunalwahlen. — Der Referent erkannte in seinem Schlußwort die Ausführungen der Diskussionsredner an. Er betonte, daß mit ihm zahlreiche Anhänger der freisinnigen Volkspartei nicht starr an allen Forderungen ihres Programms hingen, sondern weit darüber hinausgingen und vernahmte sich dagegen, daß man alle freisinnigen für die Haltung der Partei bezw. ihr Programm verantwortlich machen könne, er selbst sei auch für das allgemeine Wahlrecht für Kommunalwahlen. Er würde lieber einem Sozialdemokraten seine Stimme geben, als einem zweifelhaften Mitgliede seiner eigenen Partei. Der Vorsitzende, Gärtler Gansert gab seiner Freude Ausdruck, daß der Referent eigentlich ganz den Standpunkt vertritt, den der Berliner Arbeiter-Verein schon seit Jahren vertritt und der ihn zwang, aus der freisinnigen Partei auszutreten, weil er in derselben kein Entgegenkommen fand. Der Referent möge dazu beitragen, daß seine Anschauungen im freisinnigen Lager die herrschenden würden, dann würde er der Sache des Volkes einen großen Dienst erwiesen.

Eine für die in der Wäschebranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zum 29. September nach Schülze's Festsaal, Neue Königl. 7, einberufene öffentliche Versammlung war nur schwach besucht. Das in Aussicht genommene Referat Dr. Wepf's wurde deswegen von der Tagesordnung abgesehen. Nach Entgegennahme des Berichtes des Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission entsandte die Versammlung K o p m a n n als Vertreter in die Gewerkschafts-Kommission. K o p m a n n regte hierauf die Vereinigungsfrage zwischen der Organisation der Wäschebranche und derjenigen der Plätterinnen an; er konstatierte, daß es gegenwärtig Beschäftigungslose in diesen Branchen nicht gäbe, daß man angesichts einer so überaus günstigen Konjunktur verzichtbar sei, gegen die zahllosen Mängel und Mißstände in den verschiedenen Arbeitsstätten energisch Front zu machen. Hierzu wäre aber als erste Vorbedingung eine geeinigte kräftige Organisation notwendig. Diese Anregung erschloß eine recht rege Debatte, in der auch die Organisationsform berührt wurde. Zu endgültiger Beschlußfassung kam es nicht. Schließend wurde der Hoffnung Raum gegeben, daß bei beiderseitigem guten Willen recht bald eine Einigung zu erzielen sei.

Die Sattler und Tapezierer der Filiale Berlin I hielten am 25. September im Englischen Garten ihre regelmäßige Mitglieder-

versammlung ab. Herr Dr. Christeller hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Geschlechtskrankheiten“. In der hierauf folgenden Diskussion, welche eine sehr lebhaft war, wurden seitens des Referenten mehrere Fragen beantwortet. Unter Gewerkschaftlichem kam das Agitationskomitee mit Vorschlägen, wie es in nächster Zeit die Agitation zu betreiben gedenkt. Hierauf gab das Agitationskomitee die Abrechnung von Maskenball und Dampferparthie. Ersterer ergab einen Ueberschuß von 107,90 M., letztere 42,70 M. Dem Agitationskomitee wurde Decharge ertheilt. Zum Revisor wurde von der Filiale I Kollege Wolff gewählt.

In einer öffentlichen Versammlung der Färber, Appreteure und Veräugneten, die am Sonntag, den 19. d. M., in Wille's Lokal, Andreasstr. 26 stattfand, referirte Häbsch über: „Soziale Ummwälzungen“. Anknüpfend hieran wurden von verschiedenen Rednern die traurigen Verhältnisse in den Berliner Färbereien geschildert. In der Riedel'schen Färberei und Appretur, Rappinerstraße, werde bei einer Arbeitszeit von 94 Stunden ein Wochenlohn von 20—21 M. erzielt. Ferner wurde gerügt, daß bei Bloch die Ueberstunden mit 25 Pf. und halbe Stunden garnicht bezahlt würden. Trotz dieser Mißstände und der großen Nähe, die sich einige Kollegen geben, sei es bisher nicht möglich gewesen, diese Leute zur Organisation zu bewegen. Zum Vertrauensmann wurde F ö r s t e r gewählt.

Die Modell- und Fabrikfächler hielten am Montag den 27. September eine Brancherversammlung im Vorstädtischen Kasino in der Ackerstraße ab, in welcher Herr Ingenieur G r e m p e einen beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Unter Verbandsangelegenheiten wurden die Kollegen S t a n g e n b e r g und V o g e l e r in die Vertheilungs-Kontrollkommission gewählt.

Die Jahreshilfe des Verbandes der Buchbinder hielt am 19. und 26. September Mitgliederversammlungen ab. In beiden Versammlungen wurde verhandelt über die Herabsetzung der Verbandsbeiträge, welche demnächst durch eine Uradmimmung herbeigeführt werden soll. Der Vorstand empfahl, für einen Wochenbeitrag von 30 Pf. zu stimmen. Aus der Mitte der Versammlung wurden jedoch auch Stimmen laut, die für Beibehaltung von 35 Pf. eintraten. — In der ersten Versammlung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Franz G r i t t in der üblichen Weise geehrt.

Die Handelshilfsarbeiter hielten am 28. September eine öffentliche Versammlung ab. In diesem Berufe bestehen bekanntlich zurzeit eine zentrale und eine lokale Richtung. Nach stundenlangem Gezänk über die beste Organisationsform und die vorliegenden persönlichen Differenzen, wurden Schumann und Schulze als Delegirte zum Gewerkschaftskongress gewählt. Zu Revisoren für die Vertrauensmänner wurden P l o g, G a r n i s c h und B r i e s c h e gewählt. Die Versammlung nimmt eine Resolution an, die sich zu Gunsten des Zentralverbandes ausspricht.

Die Freie Vereinigung selbständiger Barbiers, Friseur u. s. beschloß, mit den organisierten hiesigen Gehilfen einen gemeinsamen Arbeitsnachweis zu gründen. Als Kandidat für den Nachweisdirektor-Boten wurde S c h r o l l e bestimmt. Ueber den Kongress gab K a p p e Bericht, welcher angenommen wurde. Ferner wurde beschlossen, auch in diesem Winter eine Fachschule zu errichten und wurden zu Fachschullehrern B o r g e s und R i e s e l e t gewählt. Endlich wurde der Antrag angenommen, von jetzt an alle Vierteljahre die Mitgliederliste im „Vorwärts“ zu veröffentlichen.

In der letzten Monatsversammlung des Vereins der graphischen Arbeiter Deutschlands referirte nach Besetzung von 27 neuangeworbenen Mitgliedern Herr Wagner über „Vollbildung und Klassenkampf“. Der Vorsitzende machte dann bekannt, daß die Urmas für den 6. Februar nachmittags 2 Uhr gemietet sei und die Brandenburger Konferenz die Erhöhung des Beitrages auf 40 Pf. beschlossen habe. Auch wurde allen Kollegen der Besuch der Brancherversammlungen und ein lebhaftes Interesse für das graphische Kartell dringend empfohlen.

Der Agitationsverein für Groß-Bichterfeld-Bankwitz und Umgebung hielt am Sonntag, den 27. September, im Lokale des Herrn Holz in Südbude seine ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorstandes geht hervor, daß es demselben, trotz aller Bemühungen, nicht gelungen ist, ein passendes Lokal für die Vereinsversammlungen zu erhalten; jeder Wirth scheint die Maßregelungen der Polizei. Der Kassendbericht weist eine Einnahme mit Bestand vom Vorjahre von 198,11 M. auf, Ausgabe 118,20 M., bleibt ein Bestand von 84,91 M. Mitgliederzahl 67. Hieron vertheilen sich auf die einzelnen Berufe: 23 Maurer, 12 Tischler, 9 Buchdrucker, 7 Arbeiter, 4 Metallarbeiter, 3 Zimmerer, 2 Schriftgießer, je 1 Maler, Barbier, Stereotypen, Expedient, Mohrleger, Dachdecker und Hausdiener. Der dritte Punkt der Tagesordnung, Vorstandswahl, ergab folgendes Resultat: P l a t t r i c h, erster, W e n z e l, zweiter Vorsitzender; S a b j u h n, erster, S e r n o w, zweiter Schriftführer; W r o n i k y, Kassierer, S c h n e e d e, Rabwan, W a l l e r, L u b a s c h, Richter in Biebendorf, Bezirkskassierer. Zu Revisoren wurden S c h u l z und K ä l l i n e r gewählt.

Die Parteigenossen von Stralan-Rummelsburg hielten am 28. d. M. eine Vereinsversammlung ab, in welcher Genosse H a m m e r einen Vortrag über „Die Sozialreform im heutigen Klassenstaat“ hielt. In der darauffolgenden Diskussion sprachen sämtliche Redner im Sinne des Referenten und verlangten unbedingt, daß der auf dem Papier stehende Arbeiterschutz auch endlich in die That umgesetzt werde. Nachdem noch verschiedene Vereinsangelegenheiten erledigt, wurde die Versammlung geschlossen.

Pankow. Zum Zweck der Besprechung von Gemeindeangelegenheiten fand hier am Dienstag, den 23. September, eine öffentliche Versammlung statt. Die Versammlung nahm vorher den Rechenschaftsbericht vom letzten Sommer (in Nieder-Schönhausen), welches mit einem Defizit von 27,43 M. abschließt, entgegen und beschäftigte sich dann mit Gemeinde-Angelegenheiten. Genosse H o f f m a n n empfiehlt sämtliche seinerzeit vom hiesigen Arbeiterverein der Gemeindevertretung überwiesenen Anträge — betreffend die Errichtung einer Volks-Bade-Anstalt, einer Turnhalle und von Bedürfnis-Anstalten für Männer und Frauen — derselben aufs neue zu unterbreiten und bespricht dann die „unweltlichen“ Zustände der hiesigen Mühlensstraße, der Hauptstraße zwischen Berlin und Schönholz. Genosse S c h o c k e l weist darauf hin, daß in unserem Ort häufig Scharlach und Diphtherie epidemisch auftreten, er sieht die Ursache dieser Erscheinung hauptsächlich in der mangelhaften Reinigung und Säftung der Schulen und spricht die Ansicht aus, daß es unbedingt notwendig ist, um diesen Umständen wenigstens zu mildern, Schuldneuer anzustellen, welche sich nur der Reinigung und Bedienung der Schulen zu widmen und nicht, wie es zu sein scheint, den größten Theil ihrer Zeit sich anderen Gemeinde-Arbeiten hingeben haben. Genosse B i l z theilt mit, daß neuerdings von der Gemeindevertretung die niedrigsten Steuerzahler bis zu einer gewissen Grenze steuerfrei gemacht worden sind und somit ihr Wahlrecht, außer zum Reichstag, verloren haben. Genosse S c h l e r t hat im letzten letzten Sommer, als unsere Wasserleitung eine zeitlang regelmäßig nachmittags verfiel, mit Oranien an die Möglichkeit eines an einer oder mehreren Stellen ausbrechenden Fensers und die Folgen des Wassermangels gedacht; er hält es für wissenswert, zu erfahren, ob und welche Stellung die Gemeindevertretung gegenüber einer etwaigen Wiederholung dieses Uebelstandes genommen hat oder zu nehmen gedenkt. Die Versammlung beauftragt das Bureau (die Genossen K r a u s e, S c h o c k e l und S c h l e r t) alle hier vorgebrachten Anträge zu knüpfen aufzuarbeiten und dieselben einer demnächst abzuhaltenen öffentlichen Versammlung zu unterbreiten, von woher dieselben dann, wenn genehmigt, event. der Gemeindevertretung zugehen sollen.

**Filz-Hüte**  
in größter Auswahl für Damen u. Kinder, garnirt u. ungarnt zu anerkannt billigen Preisen, auch Trauerhüte.

**W. A. Peschke**  
Berlin, 1. Geschäft  
Königsstr. 30,  
2. Geschäft  
Königsstr. 30.  
Eigene Strohh- und Filzfabrik  
bei den Geschäftsräumen.  
Geogr. 1871. Fernspr. Amt VI. 6341.

**Gardinen**  
denkbar größte Auswahl in den neuesten Mustern zu bekanntlich billigen Preisen

**Reste**  
zu 1, 2 bis 4 Fenster passend, bedeutend unter Preis.

**Carl Schloss,**  
Warenhaus „Düb. Str.“  
22, Wienerstrasse 22,  
1. Grünauerstr. 1.

**Nur 4 Mark 25 Pf.**  
folgt eine hochfeine, elegante, vorzüglich abgestimmte, leichtspielende **Concert-Zug-Harmonika** mit 10 Tasten, 40 Stimmen, 2 Registern, 2 Klappen, 2 Doppelklappen mit dauerhaften Stahlschneefedern, 2 Juchhaltern, offener Melodielinatur und ungemein harter orgelartiger Klang. Größe 14 cm. Ein Schönes Prachtstück nur 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mark, ein Schönes nur 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mark, ein Schönes nur 17<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mark, Dreifaches mit 10 Tasten, Größe 18 cm., nur 12 Mark. Sämtlichen Instrumenten gebe ich eine Schule, wonach das Spielen in einer Stunde zu erlernen ist, gratis. Verpackung frei. Porto 50 Pf. Versand per Nachnahme unter Garantie für gute Ankunft. Umtausch gestattet.

**Rob. Husberg,**  
Neuenrade, Westfalen.

**Möbel. Möbel.**  
In den neu erbauten großen Sälen Neue Schönhauserstr. 2 (früher Kolonnenstr. 13), Seitenstraße u. Querstraße, erste u. zweite Etage, dicht an Hofischen Markt, werden neue u. verlebene gewählte elegante u. einf. Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft; für Brautleute und zum Umzuge ganz besonders geeignet: Kuchenschrank, Mahagoni-Schreibtische u. Büchertische, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200, 202, 204, 206, 208, 210, 212, 214, 216, 218, 220, 222, 224, 226, 228, 230, 232, 234, 236, 238, 240, 242, 244, 246, 248, 250, 252, 254, 256, 258, 260, 262, 264, 266, 268, 270, 272, 274, 276, 278, 280, 282, 284, 286, 288, 290, 292, 294, 296, 298, 300, 302, 304, 306, 308, 310, 312, 314, 316, 318, 320, 322, 324, 326, 328, 330, 332, 334, 336, 338, 340, 342, 344, 346, 348, 350, 352, 354, 356, 358, 360, 362, 364, 366, 368, 370, 372, 374, 376, 378, 380, 382, 384, 386, 388, 390, 392, 394, 396, 398, 400, 402, 404, 406, 408, 410, 412, 414, 416, 418, 420, 422, 424, 426, 428, 430, 432, 434, 436, 438, 440, 442, 444, 446, 448, 450, 452, 454, 456, 458, 460, 462, 464, 466, 468, 470, 472, 474, 476, 478, 480, 482, 484, 486, 488, 490, 492, 494, 496, 498, 500, 502, 504, 506, 508, 510, 512, 514, 516, 518, 520, 522, 524, 526, 528, 530, 532, 534, 536, 538, 540, 542, 544, 546, 548, 550, 552, 554, 556, 558, 560, 562, 564, 566, 568, 570, 572, 574, 576, 578, 580, 582, 584, 586, 588, 590, 592, 594, 596, 598, 600, 602, 604, 606, 608, 610, 612, 614, 616, 618, 620, 622, 624, 626, 628, 630, 632, 634, 636, 638, 640, 642, 644, 646, 648, 650, 652, 654, 656, 658, 660, 662, 664, 666, 668, 670, 672, 674, 676, 678, 680, 682, 684, 686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 714, 716, 718, 720, 722, 724, 726, 728, 730, 732, 734, 736, 738, 740, 742, 744, 746, 748, 750, 752, 754, 756, 758, 760, 762, 764, 766, 768, 770, 772, 774, 776, 778, 780, 782, 784, 786, 788, 790, 792, 794, 796, 798, 800, 802, 804, 806, 808, 810, 812, 814, 816, 818, 820, 822, 824, 826, 828, 830, 832, 834, 836, 838, 840, 842, 844, 846, 848, 850, 852, 854, 856, 858, 860, 862, 864, 866, 868, 870, 872, 874, 876, 878, 880, 882, 884, 886, 888, 890, 892, 894, 896, 898, 900, 902, 904, 906, 908, 910, 912, 914, 916, 918, 920, 922, 924, 926, 928, 930, 932, 934, 936, 938, 940, 942, 944, 946, 948, 950, 952, 954, 956, 958, 960, 962, 964, 966, 968, 970, 972, 974, 976, 978, 980, 982, 984, 986, 988, 990, 992, 994, 996, 998, 1000.

**Steppdecken-Fabrik**  
Berlin C., Wallstr. 72.  
Vorzügl. Handarbeit; staunend billig.  
Alle Decken werden aufgearbeitet.

**Enorm billig!**  
**Knaben-Anzüge**  
**Knaben-Paletots**  
**Burschen-Anzüge**  
**Mädchen-Mäntel**  
**Mädchen-Jacken**  
**Mädchen-Kleider**  
Riesige Auswahl  
**J. Rosenberg** Rester-Handlung  
Kottbuser Damm 93, part.

**Möbel,**  
Spiegel u. Polsterwaren  
zu billigen Preisen, empfiehlt  
**H. Strelow, Tischlermstr.**  
Richardstr. 116,  
Rixdorf, am Teufelsberg.

# Baer Sohn

24a Chausseestrasse 24a. 11 Brückenstrasse 11,  
16 Gr. Frankfurterstr. 16.

Fabrikation im grossen Maassstabe.

Streng feste, sehr billige, in Zahlen gezeichnete Preise.

## Eröffnung der Winter-Saison.

<b>Winter-Paletots,</b> weicher Double, in schönen glatten Farben, mit warmem Futter, 25.- 20.- 18.- 12.-	<b>Festtags-Anzüge,</b> Kammgarn, Kammgarn-Cheviots u. elegant durchwirft. Stoff, 50.- 45.- 40.- 35.- 30.- 25.- 20.-
<b>10 Mk.</b>	<b>18 Mk.</b>
<b>Winter-Paletots,</b> Edelwoll, Kammgarn, Cheviots, Flaconno in prächtiger Auswahl mit eleg. Futter, 45.- 35.- 25.-	<b>Gehrockt-Anzüge,</b> zweiteilige, lange Tragen, mit vorzüglichem Schnitt, 60.- 50.- 40.- 35.-
<b>21 Mk.</b>	<b>33 Mk.</b>
<b>Winter-Hosen,</b> Schwere Velour-Waaren. — Besondere Verstärkungsfähigkeit 6.- 5.- 4.-	<b>Loden-Joppen</b> mit warmem Futter, in enormer Auswahl, 18.- 15.- 12.- 9.-
<b>3 Mk.</b>	<b>6 Mk.</b>
<b>Hohenzollern-Mäntel</b> mit großer, weisfarbiger feinen Ausführungen, 65.- 60.- 50.- 45.- 35.- 30.- 25.-	
<b>21 Mk.</b>	

<b>Schlaf- Hüte</b> 24.- 18.- 15.- 12.-	<b>8</b> MZ. 50	<b>Knaben- Mäntel</b> 12.- 8.- 6.- 4.-	<b>3</b> MZ.	<b>Jünglings- Mäntel</b> 25.- 20.- 15.- 12.-	<b>9</b> MZ.
--	-----------------	---	--------------	---	--------------

Jede obige Angebote ausverkauft sind, wird Ersatz oder Neuankündigung ohne Preis-Ausschlag gewährt.

**Moderne Maß-Anfertigung.**  
Einfacher, mittlerer und sehr vornehmer Geschmack.

## HERREN- u. KNABEN- Bekleidung.

## Der Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz

welcher Anfang Oktober d. J. in dem Hause  
**Chausseestrasse 116 in Berlin**  
**2 Verkaufsstellen**  
für  
**Material- und Kolonial-Waaren,**  
**Landesprodukte,**  
**Delikatessen, Konserven aller Art, Wein,**  
**Tabak und Cigarren**  
eröffnet, ist eine Aktiengesellschaft und verkauft seine Waaren an Jedermann.  
Genügend großes Betriebskapital, Bezug der Waaren in großen Posten aus den besten Quellen, und mehr als 30 jährige Erfahrungen im Geschäftsbetriebe legen diese Firma in den Stand, den Anforderungen ihrer Kunden nach allen Richtungen hin zu genügen.  
Alle Waaren sind von bester Qualität und anerkannt billig.  
Wer einmal Waaren von dieser Firma bezogen, gehört darum auch dauernd zu ihren Kunden.  
Schon seit Jahren haben Hunderte von Berliner Familien ihre Waaren aus dem Waaren-Einkaufs-Verein in Görlitz oder seiner Zweigniederlassung in Frankfurt a. D. bezogen, und begründen es freudig, daß es ihnen nun ermöglicht wird, ohne besondere Schwierigkeiten ihren Bedarf in der hiesigen Verkaufsstelle dieser Firma zu decken.

**Ritter-Bad, Bad Frankfurt,**  
18 Ritterstr. 18 (Ecke Prinzenstr.) 136 Gr. Frankfurterstr. 136.  
Bäderleitung für sämtliche Krankenkassen Berlins und Umgegend.

## Schuhwaarenhaus Carl Stiller

Jerusalemmer Strasse 40  
am Dönhoffplatz.  
Gegründet 1867.

<b>Wer</b>	gut bedient sein will
<b>Wer</b>	modern beschuht sein will
<b>Wer</b>	bequeme Stiefel wünscht
<b>Wer</b>	viel zu laufen hat
<b>Wer</b>	eleganten Gang zu haben wünscht
<b>Wer</b>	Wert auf dauerhaftes Schuhwerk legt
<b>Wer</b>	Stiefel mit Spiegelglatter Innenfläche wünscht
<b>Wer</b>	wasserdichte Schuhe braucht
<b>Wer</b>	große Auswahl wünscht
<b>Wer</b>	recht bedient sein will
<b>Wer</b>	sachgemäß berathen sein will
<b>Wer</b>	empfindliche Füße hat
<b>Wer</b>	gut passende Schuhwaaren will
<b>Wer</b>	die Stiefel mehr als einmal befohlen lassen will
<b>Wer</b>	Geld sparen will

**kaufe**  
**Stiller's Schuhwaaren**  
Jerusalemmer Strasse 40  
am Dönhoffplatz.